Gold: Gezieltes Störmanöver S.2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 17 – 27. April 2013

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Symptom einer verkehrten Welt: Der jetzt wegen seiner Mafia-Kontakte kritisierte „Gangsta-Rapper“ Bushido

Bild: Davids

Gegen das Land

Politik und Medien hofieren jene, die unser Gemeinwesen verachten

Die deutschen Medien feierten Bushido als geläuterten bösen Buben, als Musterbeispiel für Integration, und sonnten sich dabei in ihrer angeblichen Toleranz – sie ignorierten, welches Signal sie damit setzen.

Die Affäre um den „Skandal-Rapper“ Bushido ist mehr als eine frivole Komödie um einen gewesenen Freund, der sich zur Blamage seiner Gönner als ziemlich peinliche Bekanntschaft entpuppt hat. Die Schmach, welcher sich hohe und mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sogar höchste Repräsentanten des Staates durch die Mafia-Verbindungen des Sängers ausgesetzt sehen, sagt etwas aus über dieses Land, diese Gesellschaft und ihre Eliten.

Nur gut ein Jahr, nachdem Anis Mohamed Youssef Ferchichi, wie der Sohn eines Tunesiers und einer Deutschen mit bürgerlichem Namen heißt, mit der Verleihung des „Bambi für Integration“ im November 2011 zu höheren Weihen gelangte, wurde die Musikgruppe „Frei.Wild“ nach Protesten einiger Musiker von der Verleihung des Musikpreises „Echo“ ausgeschlossen. Kein Politiker intervenierte für die Südtiroler, eine fällige Empörungswelle anderer Prominenter blieb aus. Was hat die Gruppe „Frei.Wild“ verbrochen? Sie zeigt sich offen patriotisch, singt von „Volk“, von „Heimat“ und sogar von „Helden“. Das reichte, um sie ins Abseits zu schießen.

> Loyalität und Gesetzestreue aber werden abgestraft

Hier die konstruktive, dem eigenen Land gegenüber positiv, ja liebevoll eingestellte Rockgruppe, die sich ans Gesetz hält und die Regeln des respektvollen Miteinanders praktiziert. Dort der „Gangsta-Rapper“, der in seinen Liedern Gewalt verherrlicht, auf die öffentliche Ordnung spuckt und intimste Beziehungen ins kriminelle Milieu unterhält. Wer wird gefeiert, wer wird verstoßen?

Das müsste eigentlich klar sein. Nur eine Gesellschaft, die auf eigentümliche Weise gegen sich selbst gerichtet ist, vermag es, die normale Verteilung von Gunst und Verachtung ins Gegenteil zu verkehren.

Ein Einzelphänomen? Nein: Man denkt spontan an friedliche Demonstrationen gesetzestreuer Bürger, die als „Störung des öffentlichen Friedens“ von der Polizei aufgelöst werden, weil staats- und landesfeindliche Linksradikale mit Gewalt drohen. Der Staat sorgt dafür, dass die Bürger weichen müssen, weil die Extremisten es wollen. Oder an Strafverfahren gegen brutale Gewalttäter, denen alle erdenkliche Nachsicht des Staates zuteilwird, derweil ihre Opfer unbeachtet zurückbleiben.

Die Verhältnisse stehen Kopf: Loyalität und Gesetzestreue werden abgestraft, die plumpe Verachtung des Gemeinwesens aber als Ausdruck „kritischen Bewusstseins“ gefeiert, Gewalt und Regelbruch hingenommen.

Doch die Tonangeber in Politik, Medien und der übrigen Gesellschaft sollten nicht vergessen: Es sind nicht die Bushidos, die Extremisten oder die Schläger, die dieses Land am Laufen halten, es sind die kujonierten „Biedermänner“ und Patrioten, die unser Gemeinwesen tragen. Es wird Zeit, daran zu erinnern. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Kein Elfmeter

Hätte der Bundesrat Ende vergangenen Jahres das deutsch-schweizerische Steuerabkommen abgenickt, wäre Uli Hoeneß wohl davongekommen. Er hätte seine Auslandserträge über seine Bank pauschal versteuert und wäre unerkannt und straffrei geblieben. Doch dann ließ der von der Opposition dominierte Bundesrat das Abkommen platzen. SPD und Grüne wollten lieber auf erhebliche Steuermehreinnahmen als auf den Steuerpranger verzichten. Pech für Hoeneß, der geglaubt hatte, durch eine Selbstanzeige den Kopf aus der Schlinge ziehen und dabei anonym bleiben zu können. Dass die Steuerbehörden nun seine Identität kennen, ist die eine Sache, dass die Medien darüber informiert wurden, dagegen eine ganz andere. Das Steuergeheimnis schützt auch Prominente. Die Staatsanwaltschaft sollte daher nicht nur den Steuerstraftäter Hoeneß zur Verantwortung ziehen, sondern auch denjenigen, der diesen strafbaren Bruch des Steuergeheimnisses begangen hat.

Allzu leid muss einem der bayerische Fußballboss und Würstchenkönig allerdings nicht tun. Wer als Sportler, Vereinsfunktionär und Unternehmer Millionen verdient und diese ins Ausland schafft, um den Fiskus zu hintergehen, gehört wie jeder kleine Steuersünder bestraft. Vor allem taugt er nicht als wohltätiger Saubermann, als der Hoeneß sich so gern selbst inszeniert hat. Vom einstigen Vorbild ist nur noch ein gefallenes Großmaul übrig geblieben. Trotzdem hat er Anspruch auf ein faires Verfahren und ein gerechtes Urteil.

Der Fall Hoeneß ist aber kein Elfmeter für die SPD. Dass sie ihn jetzt als bestes Beispiel für die angeblichen Mängel des durch sie verhinderten Steuerabkommens hinstellt, ist Heuchelei.

Selbst gezüchteter Terror

Bostoner Attentäter hatten keine ausländischen Drahtzieher

Die USA seien „die großartigste Nation der Welt“, beeilte sich Präsident Barack Obama nach dem Attentat von Boston zu versichern. Damit wollte er sagen, dass das Böse nur von außen gekommen sein könne. Folglich forderte er die Suche nach islamistischen Drahtziehern im Ausland, die seine Sicherheitsexperten ausgerechnet im Iran ausgemacht haben wollen. Ebenso konsequent wollen einige US-Politiker die Attentäter als rechtlose „feindliche Kämpfer“ eingestuft und von einem Militärgericht abgeurteilt sehen. Doch es gibt keine Hintermänner. So schmerzlich die Erkenntnis für die US-Amerikaner auch sein mag, die Marathonbomber sind Einzeltäter. Vor allem aber sind sie US-Staatsbürger. Ihr Terror ist im eigenen Land gewachsen. Das ist neu, denn bisher waren alle Attentäter einem vom Ausland aus agierenden Terrornetzwerk zuzuordnen. Damit gilt das schöne Bild nicht mehr, nach dem Amerika gut und alles Böse per se unamerikanisch ist.

> Es gibt keine Spur in den Iran

Der überlebende Attentäter hat erklärt, er habe „den Islam schützen“ wollen. Warum und auf welche Weise er radikalisiert wurde, wird er möglicherweise im Zuge weiterer Vernehmungen offenbaren. Dass in Washington voreilig kolportiert wird, der Iran stecke hinter dem Anschlag, lässt aufhorchen. Denn bislang gab es keinen konkreten Verdacht, dass das Mullah-Regime den islamistischen Terror unterstützen würde. Den gab es vor zehn Jahren gegen den Irak allerdings auch nicht. Dennoch nutzte der damalige US-Präsident George W. Bush dieses Argument und die vermeintliche Existenz von Massenvernichtungswaffen, um das Land anzugreifen und Saddam Hussein zu beseitigen. Möglicherweise tut Obama es ihm jetzt nach, indem er das Attentat von Boston instrumentalisiert, um sich gegen den „Schurkenstaat“ Iran in Stellung zu bringen. *Jan Heitmann*

Kein Projekt für die Ewigkeit

Regierungsberater prognostiziert Ende des Euro in fünf Jahren

Der Euro hat mittelfristig nur eine geringe Überlebenschance. Davon ist der Finanzwissenschaftler Kai A. Konrad, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, überzeugt. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ erklärte Konrad, kein Land könne beliebig Schulden machen, „ohne sich der Gefahr auszusetzen, dass die Anleger irgendwann den Stecker ziehen“. Angesichts der trotz Sparpolitik in den meisten EU-Mitgliedsstaaten weiter gestiegenen Verschuldung plädiert er für die Aufgabe des Sparkurses. Die Länder, sollten die Freiheit haben, sich so zu verschulden, wie sie es möchten – allerdings unter der Bedingung, dass sie dafür auch allein die Verantwortung tragen. Dafür müsse man den Bankensektor krisenfest machen und aus der Staatsfinanzierung herausziehen. So könne man im Falle einer Insolvenz die Gläubiger des jeweiligen Staates zur Kasse bitten, ohne gleich eine Systemkrise zu riskieren. Europa ist dem Finanzexperten wichtig, „der Euro nicht“. Dass dessen Ende in fünf Jahren kommt, hält er für realistisch.

> Expertenmeinung oder politisches Kalkül?

Konrads Einschätzung hat Gewicht, denn er gehört zu den wichtigsten Wirtschaftsberatern der Bundesregierung. Als Wissenschaftler und Hochschullehrer ist er idealiter ohnehin unabhängig, doch auch als Beiratsvorsitzender soll er den Finanzminister laut Satzung „in voller Unabhängigkeit“ beraten. Eine unvoreingenommene Expertenmeinung also, nach der der Euro vor dem Scheitern steht. Denkbar wäre aber auch, dass hier eine regierungsnahe Stimme suggerieren soll, die Kanzlerin habe in der Euro-Frage einen Plan B – nämlich den Austieg aus der Gemeinschaftswährung. Das könnte dazu dienen, diejenigen Euro-Skeptiker einzufangen, die ihre Stimme bei der Bundestagswahl einer alternativen Kraft geben wollen. *J.H.*

Zwischenruf

Erneuter Rechtsbruch

Wie sehr eine Partei mit alternativem Programm zur Europa-(Euro)Politik von Nöten ist, zeigte sich in der vergangenen Woche im Bundestag. Die große Koalition der „alternativlosen“ Euro-Politik bestehend aus CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP genehmigte den Beschluss der Euro-Finanzminister, zehn Milliarden Euro an den bankrotten Zwergstaat Zypern zu überweisen, damit dort die überschuldeten Banken vor der Pleite bewahrt werden. Der rechtsstaatlich denkende FDP-Abgeordnete Frank Schäffler machte deutlich, dass damit wieder Rechtsbruch begangen werde. Im ESM-Vertrag ist festgehalten, dass Finanzhilfen an ein Euroland nur gewährt werden dürfen, wenn dies unabdingbar für die Systemstabilität des Euroraumes ist. Die überschuldeten Banken des Inselstaates sind ganz gewiss nicht systemrelevant. In Deutschland sind etliche Sparkassen größer als die größte Bank Zyperns. Sollte eines Tages die Sparkasse in Hamburg oder Frankfurt "Landunter" melden, würden die Euro-Retter keinen Finger rühren. Einstimmiges Votum: Nicht systemrelevant.

Die große Euro-Koalition benutzt zur Begründung der Rettungspolitik immer wieder eine unwahre Behauptung. Kein Land habe vom Euro so sehr profitiert wie Deutschland. Das Gegenteil ist richtig. Kein Land hat mehr Finanzhilfen für das Euro-Projekt bereitgestellt als die Bundesrepublik. Seriöse Berechnungen weisen aus, dass Deutschland bisher 2000 Milliarden Euro in das Euro-Projekt und seinen Vorläufer Ecu investiert hat. Dem deutschen Michel wird klar werden, worauf er sich eingelassen hat, wenn die erste Griechenlandbürgschaft fällig wird. Wir erinnern uns: Beim Abschluss des Maastrichtvertrages, mit dem die Euro-Misere ihren Anfang nahm, wurde in Frankreich konstatiert: „Maastricht ist Versailles ohne Krieg.“

Rechtsbrüche, Wortbrüche und Unwahrheiten sind ständige Begleiter des Euro-Projekts. Ist das die angestrebte seriöse Rechtsgemeinschaft EU?

Wilhelm v. Gottberg

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Bruderhilfe e. V. bei

Die Schulden-Uhr:

Verwandte beschäftigt

Nachdem der Speyrer Verwaltungsrechtler Herbert von Arnim kürzlich ermittelt hatte, dass Bayern bei der Beschäftigung von Abgeordnetenmitarbeitern "Vetternwirtschaft erlaubt", liegen inzwischen konkrete Fälle vor. Laut dem „Spiegel“ beschäftigen 17 CSU-Landtagsabgeordnete in ihren Büros Familienmitglieder. Zu den Abgeordneten, die Kinder oder Ehefrauen beschäftigen, gehören Kultusminister Ludwig Spaenle, Innenstaatssekretär Gerhard Eck und CSU-Fraktionschef Georg Schmid. *M.R.*

2.080.277.126.477 €

Vorwoche: 2.079.746.944.141 €
Verschuldung pro Kopf: 25.369 €
Vorwoche: 25.363 €

(Dienstag, 23. April 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Gezieltes Störmanöver

Zwar ist der Goldpreis gefallen, aber es deutet einiges darauf hin, dass hier manipuliert wurde

Der Einbruch des Goldpreises kam für viele überraschend. Ist das Ende des Höhenfluges erreicht? Oder war dies nur ein Zwischentief? Ein Blick in die Geschichte könnte Antworten geben.

Was war da passiert? Auch zwei Wochen nach dem plötzlichen Einbruch des Goldpreises rätseln Experten über die Ursachen des Absturzes. Manche sehen sich darin bestätigt, was sie schon immer sagten: Gold habe keinen „wirklichen“ Wert, es lebe allein davon, dass man das Metall seit Jahrtausenden für wertvoll erachte. Damit stütze sich Gold ebenso wie die Papierwährungen, wie Aktien oder Anleihen auf das Vertrauen der Anleger. Daher könne sich sein Preis ebenso pulverisieren wie der anderer Anlageklassen.

Anhänger dieser Theorie sehen den jüngsten Absturz daher als Ende eines 13-jährigen Hochpreiszyklus bei Gold, der schon im September 2011 beim Allzeithoch von 1920 US-Dollar pro Unze (gut 31 Gramm) seinen Gipfel erreicht habe. Viele sprechen (in Anspielung auf den Aktien- oder besonders den Immobilienmarkt) seit Längerem schon von einer „Preisblase“, in der sich Gold befinde. Soll heißen: Der Absturz war absehbar und unvermeidlich, von nun an geht's bergab.

Von solch düsteren Prophezeiungen will die schweizerische Investoren-Legende Marc Faber nichts wissen. Er sieht Gold eher in einer „Zwischenkorrektur“, die Gelegenheit biete, günstig einzukaufen. Auch wenn der Preis noch einmal nachgeben könne, werde es mittelfristig wieder aufwärts gehen. Von einer Blase könne man ohnehin erst sprechen, wenn sich der Preis eines Vermögenswertes innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt habe.

Dies allerdings ist bei Gold in der bisherigen Aufwärtsentwicklung, die schon seit 2000 anhält, noch nicht einmal ansatzweise passiert. Zwar vervielfachte sich der Preis von unter 300 Dollar zeitweise auf das Sechsfache. Doch dies geschah nur Schritt für Schritt über viele Jahre verteilt.

Daher hinken die Vergleiche mit der „Goldhysterie“ zur Jahreswende 1979/80. Damals verdoppelte sich der Preis des Metalls am Ende binnen einiger Wochen, bevor er dann einbrach und in eine 20-jährige Flaute einmündete.

Was oft verdrängt wird, ist die Tatsache, dass auch die damalige Aufwärtsbewegung keinesfalls gleichmäßig verlief. Sie begann Anfang der 70er Jahre, nachdem die feste Bindung der Währungen ans Gold 1971 aufgehoben worden war. Von 1974 bis 1976 aber halbierte sich der Preis plötzlich. Wer indes damals sein Gold panisch abstieß, der verpasste das Beste: Von 1976 bis zum Januar 1980 stieg der Goldkurs auf das Achtfache.

Gold-Optimisten verweisen ebenfalls auf die 80er und 90er Jahre. Damals, als das Edelmetall in Depression versank, erfreute sich der Aktienmarkt einer 20-jährigen Aufwärtsphase. Doch auch diese war von einer schweren Erschütterung unterbrochen: Im Spätsommer 1987 kam es zum „Crash“, viele sahen die Blütezeit der Aktie beendet und stiegen,

> Es wurde offenbar nur »Papiergold« auf den Markt geworfen

nicht selten mit kräftigen Verlusten, aus. Ein teurer Fehler: Danach setzten die Aktien ihre Aufwärtsentwicklung noch weitere 13 Jahre fort, die sattesten Gewinne standen von 1987 an gesehen erst noch an.

Über den tatsächlichen Auslöser des jüngsten Goldpreis-Einbruchs kursieren verschiedene Theorien. Auch darüber, wessen Interessen hier im Spiel waren. Unstrittig ist, dass die gigantischen Abverkäufe, die mehr als 1000 Tonnen umfasst haben sollen, so gut wie ausschließlich sogenanntes „Papiergold“ betrafen.

Nicht „echtes“, also physisches Gold wurde auf den Markt geworfen, sondern Gold-Derivate. Einige Großbanken sollen sich mit großen Mengen sogenannter Verkaufsoptionen, englisch „puts“, eingedeckt haben, mit welchen man von fallenden Goldpreisen profitieren kann. Mit ihrer großen Marktmacht hätten die Geldhäuser mittels ihres „Papiergoldes“ jenen Einbruch selbst herbeigeführt, von dem sie dann profitierten. Dabei spielte ihnen in die Hände, dass ein Großteil des Börsenhandels über computergestützte Programme erfolgt. Diese sind etwa auf einen Mindestkurs programmiert, ab dem sie automatisch verkaufen sollen, um Verluste gering zu halten. Durch diese automatischen Verkäufe setzt sich eine Eigendynamik in Gang, die den Kurs immer weiter nach unten prügelt.

Interessant ist, dass beim „echten“, physischen Gold kaum Verkäufe registriert wurden. Im Gegenteil: Händler meldeten teils sprunghaft ansteigende Nachfrage von langfristig orientierten Anlegern. Diese misstrauen oft dem „Papiergold“ und nutzen den Preisrückgang, um günstiger an echtes Gold zu kommen.

Für die Finanzwirtschaft ebenso wie für Regierungen und ihre Notenbanken ist Gold eher lästig. Banken verkaufen lieber ihre eigenen Anlageprodukte an ihre Kunden, statt dass diese ihr Geld in Gold bunkern. Regierungen und Notenbanken sehen in Gold das metallgewordene Misstrauensvotum gegen ihr Papiergeld und gegen Staatsanleihen. Daher ist eine Verunsicherung der Goldanleger ganz in ihrem Sinne.

Skeptiker wähnen solche Mächte hinter dem jüngsten Preiseinbruch. Hatten doch gerade erst die EU-Finanzminister beschlossen, bei Bankpleiten auch Privatkonten heranzuziehen wie in Zypern, als das Gold gen Tal rauschte. Sollte hier ein Ausweg verbaut werden, über den Sparer ihr Geld vor dem Zugriff des Staates retten, indem sie es von den Konten holen und in Gold anlegen? Nicht zu vergessen ist auch, dass die Mächtigen in EU und Euro-Zone mehr und mehr versuchen, Bargeld-Geschäfte zu erschweren oder ab einer bestimmten Höhe gar zu verbieten. Auch damit werden die Bürger gezwungen, ihr Geld auf die Banken zu tragen, wo es der Staat sehen kann.

Für Anhänger des Goldes handelte es sich bei dem Preiseinbruch denn auch vor allem um ein Störmanöver, das nur belege, dass die Regierungen in Schwierigkeiten steckten und Alternativen zu ihrem Geldsystem gezielt schädigen wollten. Dieses Störmanöver aber werde kaum auf Dauer erfolgreich sein. *Hans Heckel*



Weiterhin begehrt: Beim physischen Gold wurden eher Käufe als Verkäufe registriert Bild: pa

Wie der Islam sich zerfleischt

Bruderkämpfe zwischen verschiedenen Richtungen nehmen zu

Einig sind sie sich nur in ihrem Hass auf Christen und Juden, aber sonst zutiefst zerstritten: Schiiten und Sunniten bekämpfen sich immer erbitterter. Attentate und Repressalien häufen sich. Es gibt inzwischen Tausende von Toten. Der Glaubenskrieg zwischen den beiden Religionsgruppen des Islam spaltet die gesamte arabische Region und hält auch längst in Pakistan blutige Ernte.

Es handelt sich dabei nur oberflächlich um einen Streit über die Auslegung des Korans, es ist vielmehr ein geopolitischer Kampf, der mit großem finanziellem Einsatz vorangetrieben wird. Hauptakteure sind der sunnitische, reiche Ölstaat Saudi-Arabien mit seiner wahabitischen Auslegung der Lehren Mohammeds und der schiitische Iran, der derzeit im Bürgerkrieg Syriens eine Chance sieht, sein Einflussgebiet im Nahen Osten auszudehnen, und der auch im Irak und erneut im Libanon versucht, fester Fuß zu fassen.

In Pakistan kam es wiederholt zu blutigen Auseinandersetzungen wie in Quetta, wo 81 Pilger starben. In Karachi riss im März eine Bombe 50 Menschen eines schiitischen Wohnviertels in den Tod. Urheber des Terrors sind die sunnitische Extremistengruppe Lashkar-e-Jhangvi und die Taliban. Den schiitischen Trauermonat Muharram verwandeln die Terroristen regelmäßig in ein Blutbad. Die schwächelnde Regierung der Atommacht in Islamabad ist nicht in der Lage, diesem Morden Einhalt zu gebieten.

Rund 20 Prozent der 190 Millionen Pakistaner hängen dem

> Vor allem Pilger sind beliebte Anschlagsziele

schiitischen Glauben an. Nach Recherchen von „Human Rights Watch“ starben bei Anschlägen in Pakistan allein 2012 mehr als 400 Schiiten. Insgesamt stellen in den meisten islamischen Ländern Sunniten die Mehrheit mit Ausnahme von Iran, Irak, Bahrain, Aserbaidschan, Oman und Libanon. Dazu kommen noch die Aleviten in der Türkei und Alawiten in Syrien, deren grundsätzlich schiitischer Ausrichtung auch Syriens Machthaber Assad angehört. Eine besondere Gruppe bilden die Ismaeliten in Ostafrika, die unter Führung des jeweiligen Aga Kahns stehen.

Auf Druck salafistischer Extremisten stoppte jetzt die ägyptische Regierung die Flüge zwischen Teheran und Kairo bis Mitte Juni. Die Salafisten fürchten eine schiitische Missionierung. Einfluss nehmen hier saudische Fernsehsender, denn Saudi-Arabien bekämpft, wo es geht, eine Zunahme schiitischen Einflusses, der sich ebenfalls raffinierter Methoden bedient, wie etwa die Verlockung für Marokkos Jugend, kostenlose Stipendien in Teheran anzunehmen.

Zwischen Ägypten und dem Iran ist eine neue Eiszeit angebrochen, hinter der regional-, energie- und bündnispolitische Interessen stehen. Die Verhandlungen über eine Annäherung sind geblockt. Schuld ist ein iranischer Film über Ägyptens einstigen Staatspräsidenten Anwar al-Sadat, durch den sich die Ägypter beleidigt fühlen. Zudem wurden iranische Touristen durch Muslimbrüder massiv attackiert. Es geht auch um die Rolle der Palästinenser-Organisationen Hamas und Fatah. Während der Iran die Hamas sponsert, bemüht sich Ägypten um einen Ausgleich, da es an seinen Grenzen nach Osten Ruhe schaffen will.

Joachim Feyerabend

Rassismuspranger

UN-Ausschuss rügt Deutschland wegen Sarrazin

Der Antirassismusausschuss der Vereinten Nationen hat Deutschland gerügt, weil es seine Pflichten aus der UN-Antirassismuskonvention verletzt habe. Zur Begründung führt er an, dass die deutschen Behörden strafrechtliche Sanktionen gegen Thilo Sarrazin unterlassen hätten. Konkret geht es um dessen Äußerungen über Türken und Araber in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ sowie in einem Interview. Daraufhin hatte der Türkische Bund Brandenburg-Berlin (TBB) Strafanzeige wegen Beleidigung und Volksverhetzung gestellt. Die Staatsanwaltschaft sah Sarrazins Äußerungen jedoch durch die Meinungsfreiheit gedeckt und stellte das Ermittlungsverfahren ein. Dagegen reichte der TBB beim UN-Antirassismusausschuss eine Beschwerde ein, da türkischstämmige Menschen durch deutsche Behörden nicht ausreichend vor Rassismus geschützt seien.

> Meinungsfreiheit soll hier nicht gelten

Der Ausschuss stellte fest, dass Sarrazins Äußerungen eindeutig rassistisch gewesen seien und Deutschland durch die Einstellung des Verfahrens seinen menschenrechtlichen Schutzpflichten nicht nachgekommen sei. Der Staat sei verpflichtet, Rechtsschutz gegen rassistische Äußerungen zu garantieren und habe diesen effektiv durchzusetzen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung lässt der Ausschuss ausdrücklich nicht gelten, wenn es um die Verbreitung rassistischer Gedankenguts geht. Er hat Deutschland aufgefordert, die bestehende Gesetzgebung und Praxis im Bereich der Strafverfolgung rassistischer Äußerungen zu überprüfen.

Auch wenn seine Entscheidungen nicht unmittelbar rechtlich verbindlich sind, hat sich Deutschland ihm durch die Unterzeichnung der UN-Antirassismuskonvention unterworfen. Die Bundesregierung soll innerhalb von 90 Tagen erklären, mit welchen Maßnahmen sie die Entscheidung umsetzen will. Dem Ausschuss gehören 18 „Sachverständige“ aus verschiedenen Ländern an. Sie haben die Aufgabe, die Einhaltung der Konvention zu überwachen. Deutschland ist nicht vertreten, dafür aber Länder wie China, die wegen Missachtung der Menschenrechte berüchtigt sind. *J.H.*

Problemhauptstadt

Von Vera Lengsfeld

Klaus Wowereit, der weltberühmte Oberbürgermeister von Berlin, verdankt seinen Ruhm zwei flotten Sprüchen. Er outete sich kurz nach seiner Amtsübernahme als schwul, „und das ist auch gut so". Sein Regierungsprogramm fasste er so zusammen: „Berlin ist arm, aber sexy." Nicht nur die Berliner waren begeistert von dieser coolen Attitüde.

Wowereit wurde zum führenden Partygänger seiner Stadt. Auch das wurde von den Berlinern lange Zeit goutiert. Dabei übersahen sie großzügig, dass ihre Stadt grottenschlecht regiert wird. Schließlich ist Berlin ja eines der beliebtesten Touristenziele. Aber leider kommen nicht nur Menschen aus aller Welt, die an den Sehenswürdigkeiten der Stadt und ihren musealen Schätzen interessiert sind, sondern auch Leute, die gehört haben, dass man hier in aller Öffentlichkeit ungestraft die Sau raus lassen kann.

Jugendliche mit Alkoholflaschen aller Art in der Hand, die ihren Müll ungeniert auf die Straße schmeißen oder in den öffentlichen Verkehrsmitteln zurück lassen, dominieren ab dem späten Nachmittag das Stadtbild. Gefeiert wird permanent, ohne Rücksicht auf die arbeitenden Bewohner. Nicht nur in der Mitte Berlins, sondern überall, wo es zu Ferienwohnungen umgewidmete Quartiere gibt.

Langsam werden die Zeichen der Verwahrlosung unübersehbar. Zur Freude über den endlich eingekehrten Frühling gesellt sich der Ärger über Straßen, die entweder löchrig oder mit Baustellen übersät sind. Es ist kaum noch möglich, von A nach B zu kommen, ohne die immer länger werdenden Meldungen über Verkehrsprobleme zur Kenntnis nehmen zu müssen und viel Zeit einzuplanen.

Die öffentlichen Verkehrsmittel sind keine Alternative. Die Störungen bei der S-Bahn sind inzwischen so alltäglich geworden, dass die Vorstellung, es könnte mal einen normalen Betrieb gegeben haben, unwirklich zu werden beginnt. Die Hauptstadtzeitungen sind voll von Meldungen über „Horrorbuslinien", wo die Passagiere in den unregelmäßig verkehrenden Bussen wie die Sardinen in der Büchse zusammengedrängt sind, mit Schlägen oder Diebstählen rechnen müssen. Abends muss man darauf gefasst sein, dass man seine Wohnung ausgeräumt findet.

Die chronisch unterbesetzte Polizei muss sich auf die zu erwartenden Gewaltexzesse der Linksradikalen am 1. Mai vorbereiten und hat keine Zeit, sich angemessen um die Sorgen der Bürger zu kümmern. Dazu kommen Pleiten, Pech und Pannen bei fast allen Vorhaben der öffentlichen Hand.

Nun sind die langmütigen Berliner so genervt, dass sie ihrem OB die Zustimmung entziehen. Die Stadt braucht aber mehr als einen neuen OB. Sie braucht einen neuen Geist.

»Ein wahrgewordener Albtraum«

Berlins dramatische Bilanz 2012: Noch mehr Gewalt und 1000 Wohnungseinbrüche pro Monat



Seltener Erfolg: Anfang April konnte die Polizei eine Gruppe von Buntmetalldieben an der Berliner Sonnenallee stellen

Bild: imago

Gewalt und Wohnungseinbrüche haben in Berlin im Jahr 2012 weiter erheblich zugenommen. Das belegt die jetzt veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2012. Jeden Monat gab es über 1000 Wohnungseinbrüche. Es gab noch mehr Tötungsdelikte, noch mehr Raubtaten und noch mehr Fälle von gefährlicher Körperverletzung. Gesunken ist die Aufklärungsrate.

Mit 11006 Wohnungseinbrüchen war bereits im Jahr 2011 ein Rekordhoch erreicht. Prozentual zur Bevölkerungszahl waren dies bereits über 40 Prozent Wohnungseinbrüche mehr als in New York City. Innensenator Frank Henkel (CDU) und die Berliner Polizei versprachen, verstärkt gegen die Einbrecher vorzugehen. Das Ergebnis: Im Jahr 2012 stieg die Zahl der Wohnungseinbrüche noch einmal um 11,7 Prozent auf 12291 Fälle.

Das hatte sich bereits bei der Halbjahresbilanz im Sommer 2012 abgezeichnet. Doch auch im zweiten Halbjahr versagte die personell ausgedünnte Polizei kläglich. Die Aufklärungsquote sank weiter auf 6,5 Prozent. Die Zahl der Einbrüche in Einfamilienhäuser stieg um 32 Prozent, diejenige bei Wohnungen um 7,4 Prozent. Pro Tag gab es rund 33 Einbrüche in Berlin. Statistisch war 2012 jede 174. Wohnung beziehungsweise jedes 76. Einoder Zweifamilienhaus von einem Einbruch oder Einbruchsversuch betroffen. Dabei gab es auch 343 Raubüberfälle in Wohnungen. 58 Männer und 65 Frauen im Alter von über 60 Jahren wurden in der Wohnung Opfer eines Raubüberfalls.

Die Zunahme bei Mord und Totschlag betrug 15,7 Prozent – 167 Fälle, darunter 43 vollendete Taten. Die erfassten Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung (674) stiegen um rund sechs Prozent. Es wurden 4175 Fälle von Gefährlicher und Schwerer Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen registriert – eine Zunahme um rund sieben Prozent. Die Rauschgiftdelikte stiegen um rund neun, die Taschendiebstähle um 18,8 Prozent.

6419 Raubtaten wurden gezählt – eine Steigerung um 5,1 Prozent. Die Aufklärungsquote bei Raub sank gegenüber dem Vorjahr – 2011 war sie bereits mit 33,8 Prozent die niedrigste im Bundesgebiet – auf nur noch 33,2 Prozent. Die große Mehrheit der Räuber wird in Berlin niemals gefasst. Auch deshalb ist ein Fragezeichen hinter die PKS-Aussage zu setzen, wonach es bei der Jugendgruppengewalt einen Rückgang um 13,5 Prozent auf 2768 Fälle gegeben habe.

> GdP: Der Senat muss die Polizei massiv verstärken

Wenn man die Mehrheit der Räuber nicht fasst, weiß man auch wenig über ihr Alter. Das Gewaltdelikt Raub wird dabei häufig von Jugendlichen begangen, und häufig rauben sie auch in Gruppen. Im Übrigen bewegt sich die Jugendgruppengewalt mit 2768 erfassten Fällen weiter auf hohem Niveau. Die „ethnischen Kolonien" Berlins sind von ihr besonders hart betroffen.

Es gab 684 Fälle von Raub auf Geldinstitute, „sonstige Zahlstellen", Postfilialen und Geschäfte. Raubüberfälle auf SB-Märkte und Lebensmitteldiscounter bildeten einen Schwerpunkt. Bei 372 Raubüberfällen wurde mit Schusswaffen gedroht. Das „Tatmittel Messer" wurde bei 985 Raubüberfällen, bei 709 Fällen von Gefährlicher und Schwerer Körperverletzung sowie bei 56 Fällen von Mord und Totschlag eingesetzt.

Um rund 30 Prozent stiegen die Raubüberfälle auf Spielhallen (134), dabei wurde in 34 Fällen mit einer Schusswaffe gedroht. Von den 41 ermittelten Tatverdächtigen waren 26 Nichtdeutsche (ein Migrationshintergrund von als „Deutsche" gezählten Tatverdächtigen wird hier nicht genannt). In der Rubrik „Sonstige Raubüberfälle auf Straßen, Wegen und Plätzen" weist die PKS mit 2427 Fällen eine Steigerung um 23,8 Prozent aus.

3183 Gewaltvorfälle gab es im Jahr 2012 allein in U-Bahnen (im Zug und auf dem Bahnsteig) sowie in Bussen und Straßenbahnen. Es gab 505 Fälle von Handtaschenraub; 208 Opfer waren 60 Jahre und älter. Über 90 Prozent der Opfer waren Frauen, die oft auch erhebliche Verletzungen erlitten. 53 Tankstellen wurden überfallen und 390 Fahrzeuge angezündet.

Intensivtäter erfasst die PKS anders als die Intensivtäterabteilung der Staatsanwaltschaft. Von beiden wird zwar als Intensivtäter gezählt, wer pro Jahr mehr als zehn Straftaten begangen hat. Die PKS zählt aber auch zum Beispiel Betrugsdelikte oder Ladendiebstähle mit. Von den insgesamt 2333 „PKS-Intensivtätern" (sie verübten 42720 Straftaten) hatten 1060 eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit (45,4 Prozent). Unter ihnen führen mit Abstand die Polen (sie verübten 4214 Straftaten), es folgen Rumänen und Türken.

Die Staatsanwaltschaft verzeichnet für das Jahr 2012 insgesamt 517 Intensivtäter sowie 105 Schwellentäter. Bei ihr gilt als Intensivtäter, wer in der Regel mindestens zehn Raubdelikte (Gewaltdelikte) verübt hat. Wie die Staatsanwaltschaft auf Nachfrage der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* zur Herkunft „ihrer" Intensivtäter mitteilte, hatten von ihnen 76 Prozent Migrationshintergrund, und von diesen wiederum waren 46 Prozent arabischer und 34 Prozent türkischer Herkunft.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) äußerte sich entsetzt über die neue PKS. „Die Zahlen für 2012 lesen sich wie ein wahrgewordener Albtraum", erklärte GdP-Landesbezirksvorsitzender Michael Purper. Der Senat müsse das Personal bei der Polizei massiv aufstocken. Das sei die einzige Chance, die zunehmende Kriminalität in der Stadt in den Griff zu bekommen.

Michael Leh

Bürger wenden sich ab

Brandenburg: Direkte Demokratie scheitert an dubiosen Politikern

Brandenburgs Kommunalreform kommt kaum voran: Die Enquetekommission zur Strukturreform wird von Rot-Rot gebremst. Die Opposition spricht von „Arbeitsverweigerung", während SPD-Landräte die wenigen Bausteine direkter Demokratie in der Mark bereits wieder abschaffen wollen.

Die SPD will die erst vor wenigen Jahren auf Druck der Opposition eingeführte direkte Wahl von Landräten wieder abschaffen. Anlass ist das Scheitern der Landratswahl im Kreis Teltow-Fläming. Peinlich: Dort gingen so wenige Bürger zur Urne, dass die gesetzliche Mindestzahl verfehlt wurde und das Resultat damit ungültig war. Die Ursache für die Zurückhaltung ist indes schnell gefunden und hat wenig damit zu tun, dass direkte Demokratie nicht funktionierte, wie die SPD nun glauben machen will: Nachdem der bisherige Landrat Peer Giesecke einen Strafbefehl wegen Untreue und Vorteilsnahme erhalten hatte, kassierte auch der nachgerückte SPD-Kandidat Frank Gerhard laut dem Sender RBB noch kurz vor der Wahl einen Strafbefehl wegen Vorteilsnahme.

Selbst gegen den CDU-Kandidaten Danny Eichelbaum ermittelte der Staatsanwalt wegen des Anfangsverdachts des Wahlbetrugs. Danach war den Bürgern offenbar die Lust am Wählen vergangen und die Linke-Kandidatin Kornelia Wehlan erntete 36,7 Prozent der Direktstimmen bei zu geringer Wahlbeteiligung.

> Jetzt will SPD die Direktwahlen abschaffen

Die SPD forderte daraufhin das Ende der Direktwahl von Landräten. Dieser Ruf facht den aktuellen Streit um die Ziele einer Kommunalreform an. Die ist kein abstraktes Verwaltungsproblem: Wenn das Land, wie diskutiert, die bisher zweistufige Schulaufsicht ohne konkrete Vorgaben Gemeinden überträgt, ohne die Machbarkeit zu klären, läuft das auf überforderte Kommunen, also Chaos für den Bürger hinaus.

SPD und Linke scheuen hier die notwendige politische Auseinandersetzung, seit die Landesbediensteten aufgeschreckt sind, die um ihre Posten in der Landesverwaltung bangen. Es mache keinen Sinn, neue Kreise und Verwaltungen festzulegen, wenn Rot-Rot deren Kompetenzen nicht klären wolle, hielt indes auch die Opposition aus CDU, FDP und Grünen dagegen. Die Regierung gab ihre Blockade inzwischen auf. Sogar erste Lösungen bei der Aufgabenverteilung bahnen sich an, doch das Demokratiedefizit der SPD-Lokalreformer bleibt, vor allem der Nachholbedarf bei Elementen direkter Demokratie.

SV

Diebe dreister

Nun werden massenhaft Autoteile gestohlen

Der Diebstahl von Fahrzeugen im deutsch-polnischen Grenzgebiet lässt nicht nach. Zunehmend wird überdies auch der illegale Handel mit einzelnen Autoteilen zum Wachstumsgeschäft: Polnische und deutsche Polizisten stellten nun bereits zum zweiten Mal in diesem Monat eine Werkstatt mit gestohlenen Autoteilen sicher. Bei Grünberg in Schlesien [Zielona Góra] hoben Fahnder die Werkstatt aus, wie die „Sonderkommission Grenze" bestätigte.

> Polizei hebt Werkstatt in Schlesien aus

Die polnischen Beamten entdeckten zuerst eine Vielzahl von Autoscheinwerfern, Scheibenwischern und Sitzen sowie anderen Teilen. Die Polizei konnte diese anfangs fünf Autos zuordnen, die in Berlin, Königs Wusterhausen und in Frankreich gestohlen worden waren. Inzwischen ist die Zahl auf 17 Fahrzeuge gestiegen. Die Beamten benötigen jedoch noch Hilfe bei der weiteren Zuordnung.

Die Diebstahlserie in der Mark geht derweil weiter: In Falkensee schraubten Diebe einem Kleinbus der Deutschen Bahn vor wenigen Tagen die gesamte Fahrzeugfront nach erfolgreichem Diebstahl ab, ließen das Wrack zurück. In Hönow entwendeten Diebe vor wenigen Tagen die Steuereinheit eines von ihnen aufgebrochenen Wohnmobils auf dem Gelände eines deutschen Autoteilehändlers.

Banden beliefern mit derart in Deutschland und Polen gestohlenen Teilen aus sofort zerlegten Fahrzeugen über illegale Werkstätten den osteuropäischen Schwarzmarkt. Bessere Autos hingegen werden als Ganzes nach Russland, in die Ukraine und ins Baltikum verschoben.

SV

Linker Anschlag auf Politikerhaus

Der Kreuzberger CDU-Landtagsabgeordnete Kurt Wansner hat nach einem Farbbeutelanschlag gegen sein Wohnhaus Strafanzeige erstattet. In einem Bekennerschreiben der „Autonomen Antirassisten Berlin" wurden wiederholte „besonders rassistische Äußerungen und Forderungen" des Abgeordneten als Begründung für den Überfall angeführt. Vermutlicher Hintergrund: Wansner hat sich zum Hassobjekt der linksextremen Szene gemacht, weil er die Räumung eines illegalen Lagers von Asylanten auf dem Oranienplatz fordert. Der CDU-Politiker ist den Linken ohnehin ein besonderes Ärgernis, weil er trotz Drohungen seit Jahren am 1. Mai in Kreuzberg einen Infostand der CDU aufbaut, der stets von einem starken Polizeiaufgebot geschützt werden muss. Weiter wurden auch Anschläge auf ein Gebäude der Innenverwaltung sowie zwei Buchläden verübt. Die Taten könnten im Zusammenhang mit den bevorstehenden 1. Mai stehen.

T.M.

Strahlendes Erbe

Endlager für radioaktiven Müll ist überfällig, aber die Suche beginnt wieder bei Null

Deutschland steigt zwar aus der Atomenergie aus, wird die strahlende Erbschaft so schnell aber nicht los. Nun wird ein neuer Anlauf gestartet, ein sicheres Endlager für nuklearen Müll zu finden.

Die Zahlen strahlen alles andere als Ruhe und Zuversicht aus: 700 000 Tonnen hochradioaktiver Abfall lagern auf der Erde. Jährlich kommen 12 000 Tonnen hinzu. Der strahlende Müllberg wächst und wächst. Und niemand weiß bislang, wohin damit für die nächsten paar tausend (oder vielleicht Millionen) Jahre.

Seitdem die gewaltige Energie, die bei der Spaltung von Atomkernen frei wird, vom Menschen genutzt wird, zerbrechen sich Forscher, Ingenieure und Politiker in aller Welt den Kopf darüber, wie man die Hinterlassenschaft dieser Technologie wirksam und dauerhaft von unserem Lebensraum fernhalten kann.

Anfangs war die Begeisterung für das neuartige Energiewunder nahezu flächendeckend. Blinde Fortschrittsgläubigkeit verdrängte das Bewusstsein für Risiken – und folglich auch die Bereitschaft, langfristig Vorsorge zu treffen. Energie-Versorgung geht vor Entsorgung, so dachte auch der kettenrauchende Weltökonom der SPD, Helmut Schmidt, in dessen Amtszeit als Bundeskanzler die meisten bundesdeutschen Kernkraftwerke gebaut wurden.

Erst 1979 wurde mit der Erkundung eines Endlagers für den hochradioaktiven Abfall aus den Kernkraftwerken begonnen. Zuvor waren, eher halbherzig, schwach- und mittelaktive Abfälle, zum Beispiel aus der Medizin, in stillgelegten Bergwerken abgelagert worden. Die wirklich gefährliche Fracht wartete in Abklingbecken oder Zwischenlagern auf ein ungewisses Schicksal – Endlager oder Wiederaufarbeitung?

Verhinderung der Kernenergie durch die Hintertür

Als Standort für ein mögliches Endlager war das niedersächsische Gorleben ausersehen. Vier Jahre lang wurde die Eignung der dortigen Salzstöcke im wörtlichen Sinne oberflächlich erkundet. 1983 beschloss die nunmehr schwarz-gelbe Bundesregierung die Erkundung unter Tage. 1986 begannen die Arbeiten. Ende 2000 – inzwischen regierte Rot-Grün – wurde die Erkundung unterbrochen, für „drei bis zehn Jahre", wie es in dem Moratorium hieß. Nach dessen Ablauf wurde es hektisch. Die Bundesregierung, neuerdings wieder schwarz-gelb, verlängerte Ende 2010 die Laufzeiten der Kernkraftwerke und beendete den Stillstand in Gorleben. Ein halbes Jahr später stieg dieselbe Bundesregierung aus der Kernenergie aus. Ende 2012 erklärte Bundesumweltminister Peter Altmaier die Erkundungsarbeiten in Gorleben für vorerst beendet. Im Frühjahr 2013 gewann Rot-Grün die niedersächsischen Landtagswahlen unter anderem mit dem Versprechen, Gorleben stehe als möglicher Standort definitiv nicht mehr zur Verfügung.

Wenige Wochen später wurde daraus: Es gilt das gebrochene Wort. Das neue Hannoversche Kabinett stimmte einer Vereinbarung von Bund und Ländern zu, erneut nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll zu suchen – einschließlich Gorleben.

Die Wendland-Gemeinde symbolisiert den deutschen Sonderweg des massiven Widerstands gegen alles Nukleare. Gorleben dient nämlich auch als Zwischenlager für die nicht mehr als Brennstoff wiederverwendbaren Strahlenabfälle, die Deutschland vertragsgemäß von den Wiederaufbereitungsanlagen in Frankreich und England zurücknehmen muss. Die Regierenden mussten erkennen, dass weitere Castor-Transporte ins Wendland wegen der massiven Proteste weder finanzierbar noch öffentlich vermittelbar sind. Die sogenannten Demonstranten hatten ihr Ziel erreicht: Verhinderung der Kernkraftnutzung durch die Hintertür, nämlich durch Verhinderung einer sicheren Endlagerung. Die Erfahrung zeigt, dass auch das Zurück aufs Startfeld – wie bei Monopoly oder „Mensch ärgere dich nicht" – daran nichts ändern wird. *H.-J. Mahlitz*

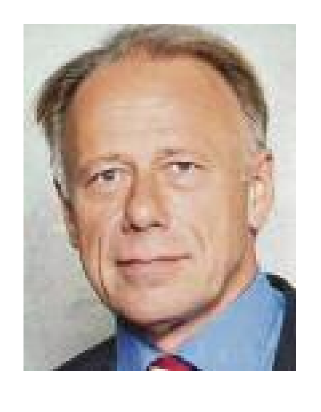


Negativbeispiel: Die katastrophalen Zustände in der Lagerstätte Asse II haben das Vertrauen in der Bevölkerung erschüttert Bild: pa

Zeitzeugen



Angela Merkel – Die deutsche Bundeskanzlerin ist promovierte Physikerin und hat in den 90er Jahren im Kabinett Kohl als Bundesumweltministerin auch Verantwortung für Betrieb und Sicherheit von kerntechnischen Anlagen getragen. Lange Zeit galt sie als behutsame, durchaus risikobewusste und einem Höchstmaß an Sicherheit verpflichtete Befürworterin einer verantwortungsvollen Nutzung der Kernenergie. Nach der Tsunami-Katastrophe in Japan im Frühjahr 2011 vollzog sie die Energiewende und verkündete den Ausstieg aus der Atomenergie – wohl auch im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl. Damit sollte den Grünen der Nimbus der Anti-Atom-Partei genommen werden, ein Effekt, der möglicherweise durch den Verlust an Glaubwürdigkeit wettgemacht wird.



Jürgen Trittin – Der ursprünglich dem Kommunistischen Bund (KB) entstammende Grünen-Politiker, den man heute vorzugsweise im Nadelstreifen sieht, hatte sich im Kabinett Schröder als Bundesumweltminister für den Atomausstieg stark gemacht. Ihm war aber klar, dass der bislang versuchte Weg über eine Verhinderung der Endlagerung nicht zum Ziel führte. So musste er in Gorleben Castor-Transporte durchziehen, die er vorher vehement bekämpft hatte. Und das regierungsamtliche „Atomkraft – Nein danke" erlebte er von der Oppositionsbank aus als Zuschauer.

Peter Altmaier – Der CDU-Politiker, seit knapp einem Jahr Bundesumweltminister, bemüht sich, als getreuer Gefolgsmann der Bundeskanzlerin deren Energiewende umzusetzen. AKW-Gegnern, Solar- und Windprofiteuren gilt er als Bremser, Konservative und Wirtschaftsliberale fühlen sich von ihm zu wenig vor Kostensteigerungen geschützt.



Franz Josef Strauß – Der langjährige bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende hatte sich schon im Kabinett Adenauer als Atomminister für die friedliche Nutzung der Kernkraft eingesetzt. Mit der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wollte er einen wichtigen Beitrag zu einem in sich geschlossenen Entsorgungssystem leisten. Kurz vor seinem Tod 1988 musste er noch das Scheitern erleben.

Die Welt lacht über den Musterknaben

Zwei Milliarden Euro hat die Erkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager für stark strahlende nukleare Abfälle bislang gekostet. Dahinter stecken drei Jahrzehnte wissenschaftlicher Arbeit mit beachtlichen, wenn auch wohl nicht endgültigen Ergebnissen.

Das alles soll nun nichts mehr wert sein. Die Bundesregierung, getrieben von Wahlterminen und selbstauferlegtem Wendedruck, fährt alles auf Null zurück. Die erneute Suche nach einem Endlager soll noch einmal zwei Milliarden Euro kosten. Ein Ergebnis ist, bei Berücksichtigung der üblichen Termingestaltung der öffentlichen Hand, wiederum erst in Jahrzehnten zu erwarten. Es sei denn, zwischendurch vollzieht irgendeine Bundesregierung wieder einmal eine Wende – und beginnt wieder einmal, neu zu suchen. Schon jetzt aber wird – wieder einmal – darüber gestritten, wem die Rechnung präsentiert werden soll. Am Ende wird es wohl auf Stromkunden und Steuerzahler hinauslaufen.

Der Bürger darf am Ende alles zahlen

Der Umgang mit der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle aus Kernkraftwerken ist ein Paradebeispiel dafür, warum die Welt gut beraten ist, am deutschen Wesen nicht genesen zu wollen. Ausgerechnet unser Land, das jahrzehntelang zu Recht als Musterknabe in Sachen atomarer Sicherheit galt, macht sich im Umgang mit dem dringlichsten Problem, nämlich dem Verbleib der strahlenden Erblast, vor aller Welt lächerlich. So kann man schon Wetten abschließen, was wohl in einigen Jahrzehnten als erstes fertig (oder zur milliardenteuren Fortschrittsruine) wird – ein nukleares Endlager, der ebenfalls unterirdische Stuttgarter Hauptbahnhof oder der Hauptstadt-Flughafen. *H.J.M.*

Wo der Strahlenmüll entsteht

Manche radioaktive Spaltprodukte zerfallen erst nach Jahrmillionen

Radioaktiver Abfall kann auf vielfältige Weise entstehen: in der Medizin durch die Anwendung von Strahlenquellen zur Diagnose und Therapie, in naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, in militärischen Anlagen, bei der Energiegewinnung in Kernkraftwerken und inzwischen auch bei der Stilllegung solcher Anlagen.

Ursprünglich wurden diese Abfälle in drei Kategorien gekennzeichnet: hoch-, mittel- und schwachaktive Stoffe (HLW, ILW und LLW laut Internationaler Atomenergie-Behörde IAEC). Heute unterscheidet man zwischen wärmeentwickelnden und sonstigen (nicht oder kaum wärmeentwickelnden) Abfällen. Die Radioaktivität der ersten Kategorie liegt oberhalb 10^{14} Becquerel, die Zerfallswärme kann bis zu 20 Kilowatt pro Kubikmeter erreichen. In der unteren Kategorie liegt die Aktivität unter 10^{14} Becquerel; hier kann die Wärmeentwicklung vernachlässigt werden. Die Abfälle brauchen also keine Kühlung und nur relativ leicht zu beherrschende Abschirmungen.

Problematisch sind vor allem die hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken. Sie machen zwar nur zehn Prozent des gesamten anfallenden Atommülls aus, tragen aber über 99 Prozent der gesamten Aktivität. Daher ist die Endlagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle in den meisten Industrieländern, auch in Deutschland, unproblematisch, zumindest aber nicht aufwendiger als der Verbleib sonstigen Sondermülls.

Neben der Strahlung ist auch die Wärme problematisch

In den Kernkraftwerken werden die instabilen, also radioaktiven Isotope Uran-235 und Plutonium-239 mit Neutronen beschossen. Bei der Spaltung der Atomkerne entstehen neue, sogenannte Spaltprodukte. Jeder Treffer setzt Energie in der Größenordnung von durchschnittlich 200 Millionen Elektronenvolt (MeV) frei.

Die Spaltprodukte sind ebenfalls instabil, also radioaktiv, haben allerdings eine höchst unterschiedliche Zerfallsdauer, die als Halbwertzeit gemessen wird (also die Zeit, in der die Hälfte der Atome zerstrahlt ist). So ist Jod-131 zwar stark strahlend, bei einer Halbwertzeit von nur acht Tagen aber unproblematisch. Hingegen hat Plutonium-239 eine Halbwertzeit von 24 110 Jahren, Uran-235 bringt es auf über 700 000 Jahre, und Thorium-232 „glänzt" gar mit über 14 Millionen Jahren. Diese Zeiten machen deutlich, welche extremen Anforderungen an ein sicheres Endlager gestellt werden müssen.

Abgebrannte Brennelemente werden nach mehrjährigem Aufenthalt in Abklingbecken und Zwischenlagern in Wiederaufbereitungsanlagen zerlegt. Rund zehn Prozent des Materials kann erneut in Brennelementen verwendet werden, der Rest wird in Glas eingeschmolzen und zusätzlich in Edelstahlbehälter verpackt.

Als Lagerstätten kommen tiefliegende Salzstöcke oder massiver Fels in Frage, nicht jedoch der Eispanzer der Antarktis. Illusorisch wäre es auch, den Atommüll mit Raketen in die Sonne zu schießen: die Transportkosten wären zu hoch, und ein Fehlstart wäre Katastrophe. *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Keine Experimente

Die Partei »Die Linke« setzt fest, dass ihr Überleben wichtiger ist als Provokation

Während der FDP das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde bei der nächsten Bundeswahl von mehreren Seiten nicht zugetraut wird, ist ganz aus dem Blick geraten, dass sich auch eine andere Partei der kritischen Marke nähert. Auch das dürfte ein Grund sein, warum Parteiikone Oskar Lafontaine im Herbst nicht wieder für „Die Linke" kandidiert.

Die Bundestagswahl von 2009 ist zwar noch keine vier Jahre her, doch die Partei „Die Linke" hat seitdem viel durchgemacht. So viel, dass sich auch in den eigenen Reihen keiner der Illusion hingibt, an das Ergebnis von damals anzuknöpfen. Die mit den Zugpferden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky 2009 erreichten 11,9 Prozent werden auch gar nicht als Zielmarke angegeben. Offiziell werden die bei der Bundestagswahl 2005 erlangten 8,7 Prozent anvisiert, doch Umfragen wollen der Partei nicht einmal diese zusprechen. Dort ist eher von zirka sechs Prozent die Rede und vieles spricht dafür, dass sich der Zuspruch bis zur Bundestagswahl am 22. September eher verringern als vergrößern dürfte.

Erstaunlicherweise wird der dramatische Niedergang von der Partei „Die Linke" in der Öffentlichkeit gar nicht groß wahrgenommen. In der Partei blickt man auf die schlechten Umfrageergebnisse eher ängstlich wie das Kaninchen auf die Schlange, statt durchzustarten. Dabei wollten die SED-Erben, die sich 2007 mit der überwiegend westdeutschen Hartz-IV-Protestpartei WASG zusammengetan hatten, im letzten Sommer eigentlich zu neuen Ufern aufbrechen, nachdem sich die neue Führung nach dem erkrankungsbedingten Rücktritt von Oskar Lafontaine 2009 als Klotz am Bein erwiesen hatte. Weder Gesine Lötzsch noch der in jedes Fettnäpfchen tretende Klaus Ernst hatten sich auch nur als annähernd ebenbürtige Nachfolger von Bisky und Lafontaine erwiesen. Katja Kipping und Bernd Riexinger sollten den Aufbruch wagen, doch obwohl der baden-württembergische Gewerkschafter Riexinger als Freund und sogar Kandidat des linken Provokateurs Lafontaine galt, gibt er sich bisher eher bieder. Und auch Kipping, die vor ihrem Karriereschub an die Parteispitze kraftvolle Reden schwang, verwaltet die Partei eher, als dass sie sie führt. Doch dies ist auch schwierig, denn „Die Linke" gilt als gespalten. Kommentatoren sprechen immer davon, dass sich die Partei aus westdeutschen Linksutopisten und Pragmatikern aus den neuen Ländern zusammensetze, doch so ganz scheint das nicht zu stimmen, zumindest wenn man die Basis der Partei betrachtet. So soll laut der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" Schatzmeister Raju Sharma vor Kurzem die Mitgliederkartei aufgeräumt haben und dabei festgestellt haben, dass beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, wo man besonders sozialistisch und kommunistisch durchsetzte Mitglieder vermutete, deutlich weniger existieren als vermutet. Über 2000 zahlen gar keinen Beitrag und sind demnach auch keine stimmberechtigten Mitglieder. Von 8100 auf 6800 Mitglieder schrumpfte durch diese Aufräumaktion allein in diesem Bundesland der Landesverband. Überhaupt blieben nach dem Ausmisten von Karteileichen nur noch 63 761 Mitglieder übrig. Und noch etwas wurde bei der gewissenhaften Aktion deutlich: Auf dem Boden der ehemaligen DDR sterben der Partei die Mitglieder weg. Zugleich kommen nicht genügend Neumitglieder hinzu. Und während der Tod viele loyale Mitglieder dahinrafft, erweisen sich viele Anhänger der Partei als launische Wähler, was auch das Wesen einer Protestpartei ist, ein Status auf den „Die Linke" lange stolz war. Inzwischen betont Kipping, dass man doch auch eine Gestaltungspartei sei, und versucht so, Protestwähler bei der Stange zu halten. Doch die flirten schon längst fremd. Im letzten Jahr war es die „Piratenpartei" und in diesem Jahr dürfte die „Alternative für Deutschland" (AfD) der Linkspartei besonders gefährlich werden. Laut einer Umfrage gaben 35 Prozent der potenziellen AfD-Wähler an, ihr Kreuzchen 2009 noch bei der Partei „Die Linke" gemacht zu haben. Die AfD „ist ein Problem für alle Parteien, nicht nur für uns", antwortete der „Linke"-Fraktionschef Gregor Gysi kurz angebunden, als er von Journalisten darauf angesprochen wurde.

> Mitgliederschwund und zu viele illoyale Protestwähler



Foto: pa

Schuster, bleib bei deinen Leisten!: Kipping und Riexinger beteuern, dass ihre Partei „100 Prozent sozial" ist

„100 Prozent sozial" heißt das Parteiprogramm für die Bundestagswahl, das die beiden Chefs vor wenigen Tagen durch den Vorstand ihrer Partei bekommen haben und über das im Juni auf dem Parteitag abgestimmt werden soll. Dessen Inhalt versprüht genauso wenig Aufbruchstimmung wie der Name. Aus Sicht von Schwarz-Gelb radikale Forderungen wie ein Hartz-IV-Satz von 500 Euro, eine Mindestrente von 1050 Euro, Renteneintritt schon ab 60, spätestens aber ab 65 Jahren, ein Spitzensteuersatz von 53 Prozent, höhere Erbschafts- und Vermögenssteuer sowie eine Vermögensabgabe für Europa sind darin festgelegt. Das Ganze ist typisch Linkspartei und zollt dem Umstand wenig Rechnung, dass sich die Zeiten geändert haben.

Es spricht also vieles dafür, dass die Parteiführung darauf setzt, die Stammwähler bei der Stange zu halten, um so die Fünf-Prozent-Hürde sicher nehmen zu können. Keine Experimente, so das Credo, denn noch linkere Positionen würden genauso Stammwähler verschrecken wie ein moderateres Programm. Zumal gleichzeitig nichts zu gewinnen wäre. Sich zahmer zu geben, wäre nur sinnvoll, wenn man die Chance auf eine Regierungsbeteiligung in Form von Rot-Rot-Grün hätte. Doch dies wird immer unwahrscheinlicher. Was allerdings nicht daran liegt, dass sich Rot oder Grün deutlicher als sonst von der Linkspartei distanzierten, sondern daran, dass der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück die besten Chancen hat, ein für seine Partei historisches Ergebnis zu erzielen – in Form eines Negativrekords.

Rebecca Bellano

MELDUNGEN

EU-Richtlinie verärgert Firmen

Berlin – Die geplante Umsetzung einer EU-Richtlinie sorgt derzeit für Unmut. Nach Handwerk und Baugewerbe protestiert nun der Einzelhandel. Sie alle sind überzeugt, dass die von der EU geplante Zahlungshöchstfrist von 60 Tagen ihre Liquidität gefährdet. Bisher gilt im deutschen Geschäftsverkehr das Zahlungsziel von spätestens 30 Tagen. Wird nun die EU-Richtlinie, deren Ziel die schnellere Bezahlung von Rechnungen in Südeuropa war, auch in Deutschland übernommen, könnte dies die Zahlungsmoral hierzulande verschlechtern. Da fertige Waren und Dienstleistungen bei Rechnungsstellungen zumeist produziert beziehungsweise erbracht sind, das Geld dafür aber häufig erst nach 30 Tagen eingeht, müssen Unternehmen schon jetzt oft auf Zwischenfinanzierungen zurückgreifen, doch die kosten Zinsen und verringern somit den Gewinn der Unternehmen. *Bel*

Gehandelt statt geredet

Berlin – Während die Opposition und viele Medien die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder (CDU), als „Anti-Frauenministerin" bezeichneten, weil sie gegen eine feste Frauenquote ist, schuf diese in ihrer Behörde Fakten. Laut dem Nachrichtenmagazin „Focus" sind 49 Prozent der Führungspositionen in ihrem Ministerium mit Frauen besetzt, bei Schröders Amtsantritt waren es nur halb so viele. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, die sich zum Unmut vieler in ihrer Partei massiv für eine feste Frauenquote einsetzt und die sich offenbar hinter den Kulissen mit Grünen-Politikerin Renate Künast abgesprochen hat, kann lediglich auf 31 Prozent Frauen in Führungspositionen in ihrem Haus verweisen. *Bel*

Unnötiges Gratisstudium

Auch Studenten aus dem Ausland studieren in Deutschland kostenlos

Die staatliche Hochschule für Musik und Theater (HMT) in Leipzig führt ein Bezahlstudium für ausländische Studenten ein. Dieser Schritt kommt einem Dammbruch in der deutschen Hochschulfinanzierung gleich. Ab dem kommenden Semester sollen alle Nicht-EU-Bürger für ihr Bachelor- oder Masterstudium einen Beitrag von 3600 Euro im Jahr zahlen. Möglich gemacht wurde dies durch das neue sächsische Hochschulgesetz.

Die Leipziger Hochschule betritt mit ihrer neuen Gebührenordnung Neuland in Deutschland. Während es international weit verbreitet ist, dass ausländische Studenten für die Kosten ihres Studienplatzes aufkommen, verzichtet Deutschland bisher auf Gebühren. Während Studenten in den USA selbst bei weniger renommierten Universitäten leicht auf Studiengebühren von umgerechnet bis zu 30 000 Euro pro Studienjahr kommen, verfolgt Deutschland seit Jahrzehnten einen Sonderweg. Das Angebot, kostenlos in Deutschland zu studieren, wird seit den 1960er Jahren als eine Form von Entwicklungshilfe für die Dritte Welt angesehen. Die naheliegende Konsequenz, die entsprechenden Kosten dann auch als Entwicklungshilfe zu bilanzieren, ist allerdings unterblieben. Dass ausgerechnet Sachsen von dieser Form von Entwicklungshilfe nun Abstand nimmt, hat einen guten Grund: Die Besoldung an der Leipziger Hochschule liegt im Bundesvergleich unter dem Durchschnitt. Zusätzliche Einnahmen sollen eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte ermöglichen.

Der Deutsche Akademischen Austauschdienstes (DAAD) lehnt die neuen Gebühren vehement ab. Um die Kosten für internationale Studierende auszugleichen, sollten die Hochschulen eine staatliche Betreuungspauschale erhalten, so DAAD-Präsidentin Margret Wintermantel. Mit anderen Worten: die Fortsetzung des bisherigen Systems gebührenfreier Studienmöglichkeiten.

> Gleichzeitig fehlen Plätze für eigene Abiturienten

Statt derartiger Forderungen wäre es allerdings angebracht, die bisherige Praxis einmal infrage zu stellen. So ist Deutschland nicht in der Lage, genügend Studienplätze für die eigenen Studierwilligen zur Verfügung zu stellen. Als Folge weichen immer mehr Studenten in deutschsprachige Nachbarländer aus und beginnen ihr Studium in Basel, Innsbruck oder Wien. Gleichzeitig bietet Deutschland ausländischen Studenten weiterhin die Möglichkeit, gebührenfrei zu studieren, so dass sich das Studienplatzangebot verknappt. Aktuell gibt es rund 250 000 ausländische Studenten an den deutschen Hochschulen. Geht es nach Wintermantel, soll die Zahl bis 2020 sogar auf 350 000 steigen. Dazu beitragen soll nach Ansicht des DAAD auch der Ausbau englischsprachiger Vorlesungen an den deutschen Hochschulen.

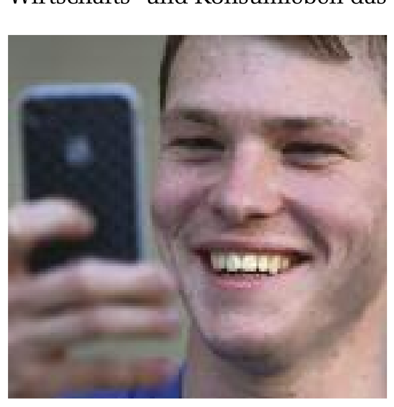
Ungeachtet nicht abreißender Klagen über die Unterfinanzierung des Bildungssystems werden schon jetzt über 650 englischsprachige Masterkurse an deutschen Hochschulen angeboten. Auf Kosten der hiesigen Steuerzahler stoßen diese Angebote in Ländern mit Studiengebühren, etwa in Großbritannien, auf immer mehr Resonanz. Die komplett englischsprachigen Studienangebote machen es nicht einmal erforderlich, dass überhaupt noch Grundkenntnisse der deutschen Sprache erlernt werden müssen. Entsprechend gering dürfte auch der Nutzen im Hinblick auf den von der deutschen Wirtschaft regelmäßig beklagten Fachkräftemangel sein. *Norman Hanert*

Zum Kredit verführen?

Schufa will Schüler über Finanzen informieren – Schulden bejaht

Sind sie nur Realisten oder Kundenzutreiber für die Finanzwirtschaft? Diese böse Frage schießt einen in den Kopf, wenn man ein Interview liest, das Karsten John von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) und Andreas Knaut von der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung, kurz Schufa, dem Deutschlandradio gegeben haben. Beide hatten aus bürgerlicher Sicht gute Nachrichten zu verkünden. Und zwar hatte eine Umfrage der GfK unter 15- bis 20-Jährigen ergeben, dass nicht einmal jeder dritte der 500 Befragten bereit ist, sich für die Erfüllung seiner Konsumwünsche Geld zu leihen. Fast drei Viertel der jungen Leute sagten hingegen, sie kämen mit ihrem Geld aus und seien sogar zum Teil in der Lage, Geld zu sparen. Zwar bezeichnet man eine Umfrage bei unter 1000 Personen als nicht repräsentativ, doch geben die Aussagen der Schufa zu denken, denn 82 Prozent der Befragten fühlten sich in Bezug auf Finanzen schlecht informiert. Nun sollen Unterrichtsmaterialien erstellt werden, die dann im Juli auf einer Pressekonferenz vorgestellt werden sollen.

Was auf den ersten Blick wie ein löbliches Engagement klingt, bekommt einen faden Beigeschmack, wenn man einige Sätze des Schufa-Pressesprechers Knaut vor dem wirtschaftlichen Hintergrund der Schufa hinterfragt. So sagte er dem Deutschlandradio: „Man muss einfach sehen, dass unser heutiges Wirtschafts- und Konsumleben das



Moderne Technik: Sie bringt Spaß, kostet aber auch Bild: pa

Instrument des Kredits, der Rate braucht. Sie können ja heute viele teurere Güter wie Auto und so weiter ohne Ratenzahlung gar nicht mehr bezahlen. Und aus diesem Grund ist es wichtig, um sozusagen ein Konsumleben in Gang zu halten."

Um das Wirtschaftsleben in Gang zu halten, bedarf es also des Kaufs auf Pump? Und das will die Schufa in ihren Unterrichtsmaterialien auch den Schülern erklären? Ist nicht der flüchtige Konsum auf Kredit gerade eine Ursache der Krisen in der Weltwirtschaft? Und gab es nicht Zeiten, in denen die Menschen erst Geld zurücklegten und erst dann, wenn der notwendige Betrag zusammengespart war, sich ihre Wünsche erfüllten? Das Problem an den alten Zeiten war allerdings, dass Konsum aufgeschoben wurde, und vor allem, dass die Banken nicht daran verdient haben. Und die sind es letztendlich, denen die Schufa überwiegend dient, denn sie gehört Kreditinstituten, Handelsunternehmen und sonstigen Dienstleistern. Diesen liefert die Schufa Informationen über Kredite und zahlreiche Geschäftsabschlüsse von etwa 66,2 Millionen Deutschen, die sie zuvor selbst geliefert bekommen und gesammelt hat. Und anhand dieser Informationen bewertet sie auch die Kreditwürdigkeit der Personen, ohne jedoch die Vollständigkeit der gesammelten Daten gewährleisten zu können.

Für die meisten Bürger ist die Schufa jedoch gefühlt wie eine Art Behörde, die streng, aber seriös Informationen gewichtet. Ob sie Schüler auch ganz unparteiisch über die Finanzwelt informieren kann, wird sie nun beweisen müssen. Ihre Eigentümerstruktur und besagte Aussagen von Andreas Knaut lassen jedoch Skepsis aufkommen. *Bel*

MELDUNGEN

Nachschub für syrische Kämpfer

Konya – Noch während der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu beteuerte, dass Mitglieder der Freien Syrischen Armee von türkischem Boden aus keinerlei Unterstützung erhielten, beobachteten türkische Sicherheitsbehörden bereits seit Monaten eine Gruppe von Männern im Wahlbezirk des Politikers. Mitte April wurden nun neun Männer festgenommen, die nicht nur Waffen nach Syrien geschmuggelt, sondern auch Kämpfer für die syrischen „Rebellen“ rekrutiert haben sollen. Allein aus Davutoglus Wahlbezirk sollen über 200 Dschihadisten gen Syrien gezogen sein, so die in Konya erscheinende Zeitung „Rasyonel“. Ende März wurden bereits bei einer Razzia in einem Dorf nahe der syrischen Grenze mehr als 5000 Gewehre sowie Munition in einem Lagerhaus entdeckt, die wohl auch für Syrien bestimmt waren. *Bel*

Serbien/Kosovo: Kleine Einigung

Straßburg – Am 19. April einigten sich Serbien und das Kosovo, fünf Jahre nach dessen einseitig proklamierter Unabhängigkeit, auf eine erste Normalisierung ihres Verhältnisses. Belgrad will das Kosovo nicht weiter in internationalen Organisationen behindern, dafür wird Pristina im Gegenzug die regionale Autonomie der Serben im kosovarischen Norden, bislang als „Parallelstrukturen“ bekämpft, als legales Eigenleben akzeptieren. Beide Seiten bemühen sich um gemeinsame Rechtspflege und Polizeiorgane. Die Einigung wurde am 22. April vom Kosovo-Parlament und der Regierung in Belgrad akzeptiert, was von Brüssel bis Moskau Erleichterung auslöste. Serbiens Weg zur EU dürfte bald frei sein, sofern es nicht Deutschland oder die Niederlande weiter bremsen. *W.O.*

Umsturz könnte im Massaker enden

Bisher beliefert Washington syrische »Rebellen« nur inoffiziell, denn die USA wissen um mögliche Folgen

Während Außenminister John Kerry lautstark erklärt, dass Washington bisher keine Waffen an die syrischen „Rebellen“ geliefert habe, enthüllt die „New York Times“ das genaue Gegenteil. Die Doppelzüngigkeit kommt nicht von ungefähr. Der Umsturzversuch in Syrien ist ein riskantes Abenteuer, bei dem verheerende Folgen drohen.

Bisher hat das kleine Kontingent kroatischer Soldaten, die an einem Uno-Einsatz auf den Golan-Höhen teilnehmen, für keine Schlagzeilen gesorgt. Umso erstaunlicher mutet die plötzliche Ankündigung von Kroatiens Premier Zoran Milanovic an, dass die kroatischen Blauhelme aus Sicherheitsgründen abgezogen werden. Milanovics Befürchtungen haben einen reellen Hintergrund. Wenige Monate vor dem Beitritt zur EU sieht sich Kroatien Vorwürfen ausgesetzt, in einen umfangreichen Waffenhandel verstrickt zu sein. Mindestens 3500 Tonnen Waffen – darunter ein erheblicher Teil aus kroatischen Beständen – sollen per Luftbrücke in die Türkei, nach Jordanien und Katar und von dort an die syrische „Rebellen“ geliefert worden sein, so ein Bericht, mit dem unlängst die „New York Times“ aufgewartet hat. Während US-Außenminister John Kerry nach wie vor behauptet, Washington habe die „Rebellen“ in Syrien bisher nicht aufgerüstet, belegen die vorgelegten Recherchen das Gegenteil. Organisiert vom CIA und bezahlt von Saudi-Arabien sollen die Waffenlieferung bereits seit Januar 2012 laufen, auch unter Nutzung des US-Luftwaffenstützpunktes Al-Udeid in Katar.

Die Waffenlieferungen sind nicht das einzige Anzeichen, das auf eine Eskalation im Syrien-Konflikt hindeutet. Von US-Verteidigungsminister Chuck Hagel ist inzwischen die Entsendung von 200 Soldaten nach Jordanien angekündigt worden. Laut Hagel sollen sie den Schutz vor chemischen Kampfstoffen der syrischen Armee gewährleisten, laut „Los Angeles Times“ könnte es sich tatsächlich aber um ein Vorauskommando handeln, dem weitere 20000 US-Soldaten folgen, um „konventionelle militärische Einheiten nach Syrien marschieren zu lassen, falls erforderlich“.

Auf Eskalation setzt auch US-Außenminister Kerry, der Damaskus nun damit droht, auch ganz offiziell die Assad-Gegner aufzurüsten. Es sei ein kritischer Punkt erreicht, der Konflikt drohe auf die Nachbarstaaten überzugreifen, so Kerry. Tatsächlich zeichnet sich im Syrien-Konflikt aber ein ganz anderer kritischer Punkt ab. Der von Saudi-Arabien, Katar, der Türkei und den USA forcierte Umsturzversuch in Syrien hat sich festgefahren. Folgt jetzt keine massive Unterstützung der syrischen Opposition, dann droht ein Scheitern des Projekts.

> In Syrien setzen die USA auf gefährliche Verbündete

Das Vorhaben gleicht einem Pakt mit dem Teufel mit ungewissen Folgewirkungen. Nicht von ungefähr versucht man, in Washington den Anschein zu erwecken, dass man nun ganz gezielt gemäßigte Kräfte in der syrischen Opposition stark machen müsse. Es ist der Versuch, schon vorab Schadensbegrenzung zu betreiben. Kommt der Machtwechsel in Damaskus zustande, könnte sich das Gerede von den gemäßigten Kräften unter den „Rebellen“ schnell als Wunschdenken, wenn nicht gar als bewusste Desinformation herausstellen. Der schwedische Journalist Aron Lund, der profundeste Kenner der syrischen Opposition im Westen, geht davon aus, dass praktisch alle großen bewaffneten Gruppen einen islamischen Staat wollen.

Als ebenso irreführend wird sich der Begriff syrische „Rebellen“ entpuppen. Längst hat sich Syrien zum Magneten für islamische Söldner entwickelt. Tunesische Medien gehen davon aus, dass allein 6000 rekrutierte Tunesier in libyschen Ausbildungslagern auf ihren Einsatz in Syrien vorbereitet werden. Ist der Umsturzversuch erfolgreich, droht ein Szenario wie nach dem Sturz Gaddafis: Große Mengen von Waffen verbreiten sich über die Region und kampferprobte Dschihadisten suchen eine neue Aufgabe.

Auf welches Risiko sich der Westen beim Syrien-Konflikt zudem mit Bündnispartnern wie Saudi-Arabien und Katar einlässt, hat erst unlängst Frankreich zu spüren bekommen. Die radikalen Islamisten, die Frankreichs Armee in Mali bekämpft, werden von Katar finanziert, so das Satireblatt „Canard Enchainé“.

Die Bemühungen Washingtons, verbale Abgrenzung von Islamisten in Syrien zu betreiben, haben allerdings noch einen weiteren Hintergrund. Es besteht durchaus die Gefahr, dass Syrien zum Schauplatz eines der größten Massaker der jüngeren Zeit wird, so der US-Publizist Webster Tarpley. Anzeichen, dass ein solches Szenario im Laufe eines Machtwechsels in Damaskus Realität werden könnte, sind bereits vorhanden. Schon jetzt machen sunnitische Extremisten unter den „Rebellen“ die alawitische Volksgruppe in Syrien zum Ziel gezielter Angriffe. Zu den 2,5 Millionen syrischen Alawiten gehören der Präsident Baschar al-Assad und rund 80 Prozent seines Offizierskorps. Schnell ins Visier salafistischer Gotteskrieger können allerdings auch alle anderen Minderheiten in Syrien geraten: Schiiten, Drusen, Maroniten und Christen. Sollte der Umsturzversuch in Syrien tatsächlich als erstes großes Massaker des jungen 21. Jahrhunderts in die Geschichte eingehen, wäre die Nahost-Politik Washingtons nachhaltig kompromittiert. Vorkehrungen für eine Schadensbegrenzung scheinen selbst für ein derartiges Horror-Szenario schon einmal getroffen zu werden. Auffällig oft wird in US-Medien die Information gestreut, die CIA sei in Syrien personell extrem schlecht aufgestellt. Man habe wenig Einfluss, eigentlich wisse man kaum, was im Lande vor sich gehen würde. *H. Müller*



Gräber statt Häuser: In der zerstörten Stadt Azaz expandiert derzeit nur der Friedhof Bild: Getty

Putins Phantomsoldaten

Moskau: Armee soll vergrößert werden und mehr Bedeutung erhalten

In Russland dienen über fünf Millionen Menschen in bewaffneten Formationen, allein 1,5 Millionen beim Innenministerium, 900000 bei der Staatssicherheit, dem Katastrophenschutz und ähnlichem, aber nur 800000 bei der Armee. Dieses Übergewicht von Inlandstruppen passt nicht zu Putins auswärtigem Feindbild – Aufrüstung weltweit, Nato und USA immer aggressiver –, so dass er die Armee auf eine Million Soldaten aufstocken, mit neuen Informationssystemen versehen und ihr mehr internationale Präsenz als zu Sowjetzeiten verschaffen will. Sergej Schojgu, seit fünf Monaten neuer Verteidigungsminister, soll diesen Auftrag erfüllen, nachdem Amtsvorgänger Serdjukow die Armee 2008/2009 verschlankt hatte.

Putins jetzige Aufrüstung empfinden Experten wie Alexander Konowalow, international angesehener Fachmann vom Moskauer Institut für strategische Analysen, als Rache unfähiger Betonköpfe: „Sie versprechen uns, zehn Schiffe zu bauen, schaffen aber bestenfalls eins, da schon fürs zweite kein Geld mehr da ist.“ Auch Alexander Golz, Russlands scharfzüngigster Armeekritiker, hält Militärs für „Zeit verschwendende Reformbremser“, wie er 2004 in einem Buch schrieb, das auch in den USA erschien. Putins aktuelle Pläne erscheinen Golz wegen Menschenmangels illusorisch, da „das Land mit Getöse in ein demografisches Loch stürzt“. „Zahlenmanipulationen zu den Streitkräften“ sollen vertuschen, dass „die Leute mit allen Mitteln den Wehrdienst umgehen wollen“.

> Doch wo sollen Mensch und Material herkommen?

Aus der schlecht besoldeten, miserabel versorgten Armee flüchten auch Fachoffiziere in lukrativere Jobs. Woher Putins geplante 200000 zusätzliche Soldaten kommen sollen, weiß niemand. Will der Präsident das Höchstalter der Wehrpflichtigen von derzeit 27 auf 30 Jahre erhöhen? Minister Schojgu plant „Wissenschaftskompanien“, die wie Sportkompanien Talente konzentrieren, was die 65 Armeehochschulen ablehnen. Frühere Pläne, ein Viertel der Offiziere als gut bezahlte Söldner anzuwerben, waren nicht zu finanzieren. Die Praxis aus Sowjetzeiten, in der Armee Frauen einzusetzen, ist längst erschöpft, nachdem 115000 Frauen Uniform tragen, darunter eine als General und 14 als Obristen.

Bleiben noch Putins „neue Grenzen“, wie er sein Vorhaben erneuerter Militärpräsenz im Ausland betitelte. Russland verfügt derzeit über 20 „Basen“ in der GUS, alle für teures Geld gemietete Stützpunkte der ehemaligen Sowjetarmee. Von Bedeutung sind nur Gabalinks in Aserbaidschan, von wo aus man die Türkei, Indien und Australien kontrollieren kann, und das Raketenzentrum Bajkonur in Kasachstan. Als mediterranes Kronjuwel gilt eigentlich die 1971 angelegte Flottenbasis Tartus in Syrien. Doch der Krieg in Syrien hat Tartus personell sehr ausgedünnt, auch wenn er wegen der Nähe zum Suezkanal und zu Gibraltar, dem Tor zum Atlantik, wichtig bleibt.

Militärbasen sind riskant, da sie Besorgnisse der Gegenseite auslösen. Darum will Moskau auch keine Stützpunkte im russischen Sezessionsgebiet Transnistrien (Moldau) anlegen. Dort führte Russland 1990 bis 1992 Krieg, was Rumänien, zu dem Moldawien historisch gehört, 2004 förmlich in die Nato trieb.

Als Ersatz für verletzliche Seebasen testet Russland „schwimmende Piers“, die sogar Flugzeugträger versorgen können. *Wolf Oschlies*

Chefsache Migrationspolitik

Putin will illegale Einwanderung nach Russland eindämmen

Sie hausen unter unmenschlichen Bedingungen in feuchten Kellern, sind schlecht ernährt und arbeiten für ein paar Rubel: Seit Jahren wächst die Zahl der illegalen Arbeitsmigranten aus den strukturschwachen Republiken Zentralasiens, die auf dem russischen Arbeitsmarkt ihren Lebensunterhalt verdienen wollen. Mit ihnen steigt die Kriminalitätsrate und verbreiten sich ansteckende Krankheiten. Laut Umfragen sind über 70 Prozent der Bevölkerung für eine schärfere Überwachung der Zuwanderung oder für die Einführung einer Visapflicht für Bürger aus Tadschikistan, Usbekistan und Kirgistan.

Seit Jahresbeginn reagiert nun die Politik auf den wachsenden Unmut der Bevölkerung. Nicht nur die Einwanderer selbst sollen schärfer kontrolliert und notfalls ausgewiesen werden, sondern auch die Unternehmer erwartet eine saftige Strafe, wenn sie Illegale beschäftigen.

Präsident Wladimir Putin stellt unter Beweis, dass er die Sorgen und Nöte seiner Bürger ernst nimmt. Er hat die Migrationspolitik zur Chefsache erklärt, nachdem auch Vize-Premier Dmitrij Rogosin immer wieder angemahnt hatte, dass man etwas tun müsse.

Ab dem 1. Januar 2015 müssen alle Ausländer, die nach Russland einreisen wollen, einen Auslandspass vorweisen können. Ausgenommen sind lediglich die Bürger der Zollunionsmitglieder Weißrussland und Kasachstan. Von dieser Regelung sind in erster Linie die Arbeitsmigranten aus Mittelasien betroffen, die bislang mit ihrem Personalausweis einreisen konnten. Darüber hinaus soll der staatliche Migrationsdienst (FSM) nach der Vorstellung einiger Duma-Abgeordneter, die bereits einen Antrag auf Änderung des Ausländergesetzes eingebracht haben, mehr Befugnisse bekommen. Bisher musste der FSM vor einer geplanten Überprüfung innerhalb von 24 Stunden die Staatsanwaltschaft informieren und konnte erst nach einer richterlichen Anordnung aktiv werden. Zudem musste vor einer Razzia der betroffene Unternehmer oder Vermieter informiert werden. „Das ist absurd. Man warnt den Verbrecher, dass man ihn fangen will“, sagte der Duma-Abgeordnete Alexej Schuraljow (Einiges Russland).

> Ausländer sind auch dringend benötigte Arbeitskräfte

Mit einer strengeren Migrationspolitik will Moskau gegen die Millionen illegalen Einwanderer vorgehen, aber keineswegs Migration insgesamt verhindern. Denn: Die in Russland arbeitenden Ausländer sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Im Jahr 2011 transferierten die Migranten aller GUS-Staaten zwar knapp 13 Millionen Euro in ihre Heimatländer, aber sie haben auch mit rund 50 Millionen Euro zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen.

Gegner der Verschärfungen meinen, dass die neue Regelung sich für die angestrebte Eurasische Wirtschaftunion negativ auswirken wird. Der Versuch, den postsowjetischen Raum stärker an Russland zu binden, könnte daran scheitern. Wenn Russland eine Visapflicht für eine Reihe von GUS-Ländern einführt, könnten diese sie im Gegenzug für Russland fordern. Dies stünde der Idee einer Zoll- und Wirtschaftsunion allerdings entgegen. Ein Ausweg könnte die Einführung eines gemeinsamen Auslandspasses für alle GUS-Länder sein. Doch soweit ist es noch nicht. Zunächst einmal muss sich zeigen, ob es der Regierung gelingt, trotz der weit verbreiteten Korruption auf der Beamtenebene die russischen Unternehmer, die von der Beschäftigung Illegaler profitieren, zu erwischen. *M. Rosenthal-Kappi*

Absturz eines Musterschülers

Auch wenn Slowenien beteuert, keine Hilfe von der EU zu benötigen, sprechen die Fakten eine andere Sprache

In Rekordzeit hat Sloweniens politische Elite das Land von einem Erfolgsmodell zu einem Sanierungsfall heruntergewirtschaftet. Nur fünf Jahre nach dem Beitritt zur Währungsunion gilt Slowenien als nächster Kandidat für den Euro-Rettungsschirm.

„Schweiz des Balkans“ – nicht lange ist es her, dass viele Slowenen stolz diesen Vergleich gezogen haben. Erst 2004 der EU beigetreten, galt das Land schon drei Jahre später als reif für den Beitritt zum Euro. Nur fünf Jahre später ist das Bild vom Musterschüler ramponiert. Slowenien gilt nach Zypern als nächster Krisenherd in der Euro-Zone und sogar als ernsthafter Pleitekandidat. Und wieder einmal ist es der Euro, der sich im Rückblick als verhängnisvolles Dopingmittel entpuppt hat. Das niedrige Zinsniveau nach dem Euro-Beitritt im Jahr 2007 haben Sloweniens Firmen dazu genutzt, sich auf Pump in einen Kauf- und Expansionsrausch zu stürzen. Die Kreditgeber waren in vielen Fällen die drei größten Banken des Landes, die sich allesamt in Staatshand befinden.

Schaut man genauer hin, wer häufig von den Krediten profitiert hat, dann bekommt das Bild von einer Marktwirtschaft einen weiteren Kratzer. Bei dem, was in den 90er Jahren der Öffentlichkeit als Privatisierung präsentiert wurde, hat es sich oft genug um Scheinprivatisierungen gehandelt. Der Verkauf an dem Staat nahestehende Personen sollte zwar auch Geld in die Staatskasse bringen, vorrangig war aber, dass ein staatlicher Einfluss auf die Wirtschaft erhalten blieb. „Das Ziel war die Kontrolle durch Insider“, wie selbst die Brüsseler EU-Kommission inzwischen einräumen muss. Resultat der geschickt eingefädelten „Privatisierungen“: Die Regierung

Der Staat dominiert bei Banken und Unternehmen

kontrolliert immer noch direkt oder indirekt rund 50 Prozent der Wirtschaft. Zusammen mit dem Marktanteil von 40 Prozent, den die drei großen staatlichen Banken haben, eine verhängnisvolle Mischung. Zum einen haben die alten politischen Eliten die Banken in staatlicher Hand regelrecht ausgeplündert. Zum anderen hat die Politik Druck gemacht, dass Kredite an Firmen häufig nicht nach wirtschaftlichen Kriterien vergeben werden. Das Resultat der Verfilzung von Politik und Wirtschaft: Sloweniens staatlicher Bankensektor sitzt auf einem Berg fauler Kredite. Wie die Industrieländerorganisation OECD in ihrem jüngsten Bericht schreibt, gilt inzwischen jeder vierte an ein Nicht-Finanzunternehmen vergebene Kredit als Ausfall.

Slowenien selbst scheint zu Staatshilfen für den maroden Bankensektor allerdings kaum in der Lage. Nicht zuletzt weil immer wieder frisches Geld in die maroden Banken gepumpt werden musste, ist Sloweniens Staatsverschuldung in einem starken Tempo gestiegen. Noch 2008 betrug das Defizit nur 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), inzwischen ist die 60-Prozent-Marke erreicht. Gleichzeitig wird der Zugang zum Kapitalmarkt immer schwieriger. Gemessen an den Kosten für Kreditausfallversicherungen halten die Märkte eine Pleite Sloweniens mittlerweile für wahrscheinlicher als eine Insolvenz Ungarns. Kritsch werden könnte es für Slowenien bereits in wenigen Wochen, wenn 2,5 Milliarden

Banken vergaben Kredite an Firmen, die nicht rentabel sind

Euro an Auslandsschulden refinanziert werden müssen.

Sloweniens Probleme mit faulen Bankkrediten haben allerdings nicht allein für den rasanten Anstieg der Staatsschulden gesorgt. Auch Sloweniens Rentensystem hat sich zu einer tickenden Zeitbombe entwickelt. Mit 58 Jahren liegt das offizielle Renteneintrittsalter so niedrig wie in keinem anderen Industrieland. Massenweise Frühpensionierungen haben dafür gesorgt, dass der tatsächliche Rentenbeginn im Schnitt sogar nur bei 54 Jahren liegt. Als Folge der großzügigen Regelung stehen mittlerweile 450 000 Rentenempfänger nur noch 750 000 Einzahlern in die Rentenkasse gegenüber. Alle Versuche, das Rentensystem zu reformieren, sind bisher an der „Demokratischen Rentnerpartei Sloweniens“ (DeSUS) gescheitert. Im politischen System Sloweniens mit instabilen Mehrparteienkoalitionen hat es die Rentnerpartei fertig gebracht, sich als einzige Konstante im politischen System zu etablieren. Seit Jahren an jeder Regierungskoalitionen beteiligt, sorgt die Partei dafür, dass ihre Klientel vor Reformversuchen beschützt bleibt. Noch nicht absehbar ist, ob Sloweniens neue Regierungschefin Alenka Bratušek („Positives Slowenien“) den Ernst der Lage wirklich erkannt hat. Kritiker glauben, bei ihr ein „Hollande“-Syndrom ausgemacht zu haben. Befürchtet wird, dass Bratušek – ähnlich wie der französische Präsident – notwendige Reformen und Einsparungen im Staatshaushalt erst einmal auf die lange Bank schiebt. Sollte es den bisherigen Dementis von Bratušek zum Trotz in den nächsten Monaten ein slowenischer Hilferuf an den Euro-Rettungsfonds kommen, könnte dies leicht als schlechtes Vorzeichen für das nächste EU-Neumitglied, für Kroatien, gelten.

Schon jetzt hat das Beispiel Slowenien in einigen europäischen Hauptstädten für Ernüchterung gesorgt: Wenn schon der einstige Musterschüler Slowenien derartige Probleme hat, wie mag es dann erst bei den weniger erfolgreichen Ländern Ex-Jugoslawiens, bei Kroatien und Serbien aussehen, die erst noch in die EU aufgenommen werden sollen.

Norman Hanert



Noch wird die slowenische Regierungschefin in Brüssel herzlich empfangen: Alenka Bratušek und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso Bild: pa

KURZ NOTIERT

Frust bei wissenschaftlichem Nachwuchs: Während die Politik und die Hochschulen jubeln, dass sich die deutschen Universitäten und Fachhochschulen immer mehr über Gelder aus der freien Wirtschaft, sogenannte Drittmittel, freuen können, sorgen diese in der Praxis offenbar für eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für wissenschaftliche Mitarbeiter. Schon vor Jahren wurde kritisiert, dass zu viele der bundesweit 134 000 Mitarbeiter in diesem Bereich nur befristet tätig seien. Doch da Drittmittel nur zeitlich begrenzt vergeben werden, hat diese zunehmende Befristung bei der Finanzierung der Hochschulen dafür gesorgt, dass inzwischen 90 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter nur befristete Arbeitsverträge haben, was die Lebensplanung in Bezug auf Familiengründung oder Immobilienfinanzierung massiv einschränkt. *Bel*

Schwaches Vertrauen in Bestand der Euro-Zone: Laut einer Umfrage von TNS Infratest unter 4000 mittelständischen Unternehmen rechnet jeder zweite der befragten Betriebe mit der Insolvenz eines Euro-Staates. 20 Prozent halten sogar ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone für wahrscheinlich. *Bel*

Bauern verärgern Windbauern: Laut der Windkraftbranche behindern Landwirte den Ausbau der erneuerbaren Energien. Grund seien die immer höheren Pachtforderungen, die Landwirte an die Aufsteller von Windrädern stellten. So seien 60 000 Euro pro Jahr pro Windrad an Pacht keine Seltenheit, was in etwa zwölf Prozent des durchschnittlichen Ertrages eines Windrades entspricht. *Bel*

Rotkäppchen auf Erfolgskurs: Die Sektkellerei „Rotkäppchen“ expandiert weiter. Das Ex-DDR-Unternehmen stand zu Zeiten der „Wende“ vor der Pleite. Nachdem 1993 die Geschäftsführung das Unternehmen von der Treuhand gekauft hatte, stellte sich der Erfolg ein. Seitdem konnte „Rotkäppchen“ Mitbewerber wie „Mumm“ sowie die Weinmarken „Blanchet“ und „Chantré“ dazukaufen. Der Umsatz stieg 2012 um 2,9 Prozent auf 856 Millionen Euro. *H.L.*

Vom Schuldenberg erschlagen

Dänen wird tilgungsfreie Immobilienfinanzierung zum Verhägnis

Nicht im krisengeplagten Süden Europas, sondern im Norden des Kontinents wird man fündig, wenn es um einen eher unrühmlichen Rekord geht. Gemessen am Kriterium Privatverschuldung sind die Dänen das am höchsten verschuldete Volk in der EU. Jeder Bürger des Landes steht im Schnitt mit 322 Prozent seines verfügbaren Einkommens in der Kreide.

Inzwischen ist es zehn Jahre her, dass mit einer Kreditreform die Grundlage für diese Entwicklung gelegt wurde. Die damalige Koalition aus liberaler „Venstre“ und konservativer „Folkeparti“ einigte sich im Jahr 2003 darauf, dass Dänemarks Banken ihren Kunden tilgungsfreie Kredite anbieten dürfen. Ein Darlehen von umgerechnet einer halben Million Euro, für die monatlich 400 Euro an Zinsen, aber kein Tilgungsbetrag gezahlt werden musste, so sahen vor allem 2006 und 2007 in der Folge der Kreditreform Angebote aus, mit denen ein Immobilienkauf für viele Dänen auf einmal erschwinglich erschien. Und die Banken finanzierten 80 Prozent des Wertes der Immobilie, nur die letzten 20 Prozent musste man selbst aufbringen.

Was oftmals unbeachtet blieb: Das dicke Ende kommt, wenn es nach zehn Jahren um die Rückzahlung der Billigkredite geht. Im Gegensatz zu herkömmlichen Darlehen ist der Schuldenberg am Ende der Kreditlaufzeit noch immer genauso hoch wie zu Anfang. Kein Problem, so lautete vor zehn Jahren die Diagnose

Finanzierungslücke, da Immobilie im Wert gesunken

der dänischen Regierung, als sie grünes Licht für derartige Kredite gab, die mit gutem Grund in einigen Ländern verboten sind. Nach Ablauf der tilgungsfreien Zeit sei der Wert der Immobilien so weit gestiegen, dass die Käufer problemlos eine günstige Anschlussfinanzierung aufnehmen können, abgesichert mit der inzwischen im Wert gestiegenen Immobilie.

Doch das war eine Milchmädchenrechnung, wie inzwischen immer mehr Kreditnehmern klar wird. Denn die Immobilienpreise sind nicht gestiegen, sondern massiv gesunken. Die Schulden, die viele Dänen mit dem Kauf von Häusern angehäuft haben, übertreffen in vielen Fällen deutlich den Immobilienwert. Und nicht nur das. Viele Kreditnehmer sitzen in einer regelrechten Schuldenfalle. Vorhandene Immobilien wurden mit den Billigkrediten beliehen, um sich bis über die Ohren für Konsumzwecke zu verschulden.

Abrupt beendet war der Traum vom Reichtum aus dem Nichts mit der weltweiten Finanzkrise, die auch in Dänemark die Häuserpreise einbrechen ließ. Häuser, die auf dem Höhepunkt des Preisbooms zwischen 2006 und 2007 gekauft wurden, sind jetzt im Schnitt 25 Prozent weniger wert, damit ist ebenso der Beleihungswert für die Banken gesunken. Bei den Anschlussfinanzierungen vieler Objekte klaffen nun massive Lücken, die viele dänische Familien nicht füllen können. 2016 bis 2017, wenn die Refinanzierung der Masse der Darlehen ansteht, droht vielen Dänen der Verlust ihres Eigenheims.

Inzwischen drängt der Internationale Währungsfonds, dass Dänemark die tilgungsfreien Hypothekenkredite verbietet. *N.H.*

Billiges Geld dank Fracking

USA: Gas-Fördermethode floriert vor allem dank US-Spekulanten

Bisher entzweit das Fracking, eine Kombination mehrerer Technologien, das die schwierige Förderung von Erdgas und Erdöl aus Schiefergestein möglich macht, hierzulande die Gemüter. Während die einen die Chance auf billige Energie sehen, befürchten andere unkalkulierbare Risiken für die Umwelt. Doch während sich die Diskussion in Deutschland fast nur um den Umwelt-Aspekt dreht, wird eine wichtige Frage bisher kaum gestellt: Macht Fracking aber wirtschaftlich Sinn?

Der festgefahrenen Diskussion in Deutschland würde ein Blick auf die Entwicklung in den USA gut tun. Dort hat die Erdgasförderung per Fracking seit dem Jahr 2010 einen rasanten Aufschwung genommen. US-Präsident Barack Obama hofft, dank niedriger Energiepreise eine Re-Industrialisierung einleiten zu können. Bei renommierten Kritikern wie etwa Arthur Berman, der 25 Jahre als Geologe für Amoco (Standard Oil) gearbeitet hat, wächst aber ein Verdacht. Beim umjubelten Fracking könnte es sich weniger um eine „Energie-Revolution“ als um ein Strohfeuer von wenigen Jahren, wenn nicht gar um einen neuen Wirtschaftsskandal im Stile des „Subprime“-Krise handeln.

Bereits 2011 hat die „New York Times“ eine Zusammenstellung von Dokumenten veröffentlicht, die auf massive Bilanzmanipulationen bei Förderunternehmen hindeuten. Die Voraussetzungen, um Anleger zu täuschen, sind denkbar günstig. Das Fracking lie-

Neue Ressourcen verbessern Bonität der Ölmultis

fert in der Anfangsphase beeindruckende Ergebnisse. Was bei der relativ jungen Fördertechnik vielen Investoren allerdings nicht recht bewusst ist: Die Ausbeute fällt in rasantem Tempo ab. Binnen drei Jahren liegt der Ausstoß bei den Bohrungen oft nur noch bei einem Zehntel des Anfangsjahres. Um Anleger zu beeindrukken, ist es bisher Usus, den maximalen Anfangsförderwert einfach in die Zukunft hochzurechnen. In der Realität macht der Abfall der Förderrate von bis zu 30 Prozent pro Jahr aber einen enormen Aufwand nötig, wenn die Ausbeute auf konstantem Niveau gehalten werden soll. Resultat ist, dass derzeit kaum ein Förderunternehmen mit dem Fracking von Erdgas Gewinn einfährt.

Dass sich trotz dieser Bedingungen US-Energiekonzerne 2010 massiv in entsprechende Unternehmen eingekauft haben und „Anfangsverluste“ schlucken, scheint dennoch sinnvoll – zumindest in bilanztechnischer Hinsicht. Die US-Ölmultis, die mittlerweile erhebliche Teile ihrer Gewinne mit Finanzgeschäften einfahren, verbessern mit den Zukäufen von Fracking-Unternehmen ihre Bonität bei Ratingagenturen. Wird nachhaltig mehr an Öl- und Gasreserven abgebaut als neu entdeckt wird, sinkt die Bonität. Der Nachweis, in den Büchern mehr Ressourcen zu haben, als gefördert werden kann, verbessert hingegen das Kreditrating. Eine Gesetzesänderung aus dem Jahr 2010 – zufällig das Jahr, in dem die Euphorie um das Schiefergas-Fracking ausgebrochen ist – erlaubt es den Multis, die zugekauften Frackingressourcen in der Bilanz aufzuführen und damit relativ kostengünstig die eigene Bonität aufzupolieren. *N.H.*

Tschüß Oskar

Von Harald Tews

Als Oskar Lafontaine bekannt gab, dass er für die kommende Bundestagswahl nicht mehr kandidieren werde, dürften wohl selbst einige seiner „Linken“-Mitstreiter klammheimlich die Sektkorken knallen gelassen haben. Endlich nervt der nicht mehr. Wem fiel der nicht alles auf die Nerven? Den eigenen Parteileuten wie Gregor Gysi und der Führung mit Katja Kipping und Bernd Riexinger (siehe Seite 5), früher schon Kanzler Schröder und dem SPD-Volk sowie letztlich uns allen, wenn „Lafo“ seine Kapitalismuskritik herausschrie, die nur bei den treuesten Alt-Linken aus der Ex-DDR Gehör fand.

Klar, mit 69 Jahren wird es Zeit, in Rente zu gehen. Doch Lafontaine gilt als Kämpfer und als Stehaufmännchen. Das war 1990 so nach dem auf ihn verübten Messerattentat und ebenso 1999, als er nach seinem Rückzug als Finanzminister im Kabinett Schröder eine neue Heimat bei den Linken fand. Nein, nicht das Alter ist der Grund für seinen Abgang, sondern dass er von seinen Parteifreunden „links“ liegen gelassen wird. In den Talkshows im Fernsehen wird er uns sicher weiter nerven. Denn klar ist: Er ist zwar eine Reizfigur, aber eine mit hohem Unterhaltungswert.

Vorbild Russland

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Viele Russen haben Angst vor Ausländern, trauen sich in einigen Stadtteilen nicht mehr auf die Straße. Davon, dass es Ecken gibt, wie das ehemalige Geschäftsviertel „Apraksin Dwor“ im Zentrum von St. Petersburg, wo es einem beim Durchgehen mulmig wird, konnte ich mich bei meiner letzten Russland-Reise überzeugen. Auch davon, dass die Zunahme von Ausländern auf den Straßen der Hauptstadt ein Thema ist, das den Menschen auf der Haut brennt. Verständlich, dass die Mehrheit der Russen eine schärfere Migrationspolitik der Regierung herbeigesehnt hat.

Für seine Entscheidung, der illegalen Einwanderung aus Zentralasien durch strengere Einreiseregeln Einhalt zu gebieten, gebührt Putin Achtung, denn er nimmt in Kauf, dass die von ihm seit Jahren angestrebte Eurasische Wirtschaftsunion einen Rückschlag erleidet.

Vielleicht sollten unsere Politiker hierzulande doch einmal Russland zum Vorbild nehmen, wenn es darum geht, gegen kriminelle Ausländer vorzugehen. Dafür, dass in Berlin ein einziger Familien-Clan von 200 bis 300 libanesischen Kriminellen – wie viele es genau sind, weiß niemand – Polizei und Behörden seit Jahren in Atem hält, ohne dass er wirksam bekämpft wird, fehlt auch deutschen Bürgern jegliches Verständnis. Wenn ein Berliner Stadtteil als „no go area“ für Polizisten bezeichnet wird, wie soll sich dann Otto Normalverbraucher noch auf die Straße wagen? Auch, wenn noch niemand sagen kann, ob Putins Migrationspolitik Erfolg beschieden sein wird, er hat es wenigesten versucht.

Merkel mit Merkel geschlagen

Von Jan Heitmann

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Streit mit Ursula von der Leyen um die Frauenquote verloren. Die Bundessozialministerin hat voll auf Risiko gesetzt und ihrer Chefin und Parteivorsitzenden heftig zugesetzt. Dass sie den dramaturgischen Höhepunkt in der Auseinandersetzung um die Frauenquote für sich entscheiden konnte, vermag allerdings nicht zu überraschen. Denn von der Leyen steht für Leidenschaft in der Sache und Durchsetzungsstärke. Merkel dagegen ist eine nüchtern kalkulierende Machtpolitikerin, die das Risiko scheut und ihre Überzeugungen jeder veränderten Lage anzupassen versteht. Sie sitzt die Dinge so lange aus, bis sie glaubt, den richtigen Weg gefunden zu haben, und reagiert dann höchst flexibel. Wer aber das Risiko scheut und auf Konzessionen statt auf Überzeugungen setzt, macht sich erpressbar. Genau hier hat von der Leyen angesetzt und Merkel mit Merkel geschlagen. Sie wusste, dass ihre Kontrahentin am Ende einknicken würde. Die Frauenquote kommt zwar noch nicht gleich, aber zumindest ist sie jetzt auch für die CDU ein Thema. Ein ungeheuerlicher Vorgang, hat von der Leyen doch der wohl mächtigsten Frau der Welt ihre Grenzen aufgezeigt.

> Um ihre Zukunft hat sich von der Leyen damit nicht gebracht

Gleichwohl hat Merkel der Renegatin öffentlich ihr „ungebrochenes Vertrauen“ ausgesprochen. Diese Geste ist etwa so süß wie der Todeskuss der Cosa Nostra. Wer bisher medienwirksam das Vertrauensbekenntnis der Kanzlerin empfangen hat, war kurz danach weg vom Fenster. Auch im Falle von der Leyen dürfte Merkel auf Rache sinnen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob sie überhaupt dazu kommt, Rache zu üben. Weiter aufsteigen könnte von der Leyen unter ihrer Kanzlerschaft ohnehin nicht. Und ein Revirement im Sozialministerium dürfte Merkel so kurz vor der Bundestagswahl scheuen. Also bliebe nur, von der Leyen für die Zukunft Steine in den Weg zu legen. Deren Weg in das nächste Ministeramt dürfte jetzt schon steinig genug sein. Als Seiteneinsteigerin besitzt sie in der Partei keine Hausmacht und mit ihren diversen Alleingängen hat sie bei ihren Parteifreunden viel Kredit verspielt. Und nun steht auch noch der Vorwurf der Illoyalität gegenüber der Regierungs- und Parteichefin im Raum. Letztlich hat von der Leyen aber genau das gemacht, wofür ihre Wähler sie in den Bundestag entsandt haben. Sie ist ihrem Gewissen gefolgt und für ihre Überzeugung eingetreten.

Um eine politische Zukunft hat sie auch jetzt noch nicht gebracht. Alles, was sie jetzt haben muss, ist Geduld. Alle vier Jahre wird gewählt und Merkels Kanzlerschaft ist, auch wenn sie im September im Amt bleiben sollte, endlich. Auf Merkel wird dann wohl ein Kanzler folgen, aber dann könnte es durchaus wieder eine Kanzlerin sein. Das wäre eine Chance für von der Leyen. Dass sie das Zeug dazu hat, dieses dicke Brett zu bohren, hat sie gerade bewiesen.



Hat der wohl mächtigsten Frau der Welt ihre Grenzen aufgezeigt: Ursula von der Leyen und ihre Kontrahentin Angela Merkel

Bild: Getty

Gastbeitrag



Umerziehung ist das Ziel

Von Hinrich E. Bues

Die jüngsten Umfrageergebnisse des Forsa-Instituts sind ein Schlag ins Gesicht fast jedes real existierenden oder regierenden Politikers. Die befragten Eltern lehnen mit 81 Prozent die rot-grünen Pläne zur Abschaffung des Ehegatten-Splittings ab. Auch der von führenden Unionspolitikern und Ministern immer wieder ins Spiel gebrachte rasche Wiedereinstieg in den Beruf nach der Geburt eines Kindes entspricht nicht den Vorstellungen der meisten Väter und Mütter. Nur jeder Vierte sprach sich für die Babypause von nur einem Jahr aus, wohingegen über 40 Prozent drei und mehr Jahre forderten.

Hier trifft offensichtlich das reale Leben auf die Scheinwelt der Politiker. Wer oftmals selbst keine Kinder hat und großzieht, der weiß offensichtlich nicht um den Alltag einer Familie. Von der Politik, die ständig die sinkende Geburtenzahl in unserem Land beklagt, erwarten Väter und Mütter aber, dass das Elternleben auch ermöglicht wird. Selbst 83 Prozent der SPD-Wähler und 76 Prozent der Grünen-Wähler hielten nichts von der Streichung des Ehegatten-Splittings. Dabei hatte sich die Opposition mit dieser Forderung ein Coup ausgedacht, der ein Mehr von 19 Milliarden pro Jahr in die staatlichen Kassen spülen sollte. Als Trostpflaster will man Eltern ein höheres Kindergeld in Aussicht stellen, ohne dieses Mal (wie bei der Debatte um das Betreuungsgeld) davor zu warnen, man könne von diesem Geld ja auch Alkohol und Zigaretten kaufen.

Die Umfrage, die im Auftrag der Zeitschrift „Eltern“ gemacht wurde, beleuchtet schlaglichtartig die wahre Situation der großen Mehrheit unseres Volkes. Die früher in der DDR herrschende doppelte Berufstätigkeit beider Eltern ist hierzulande nicht sonderlich beliebt. 57 Prozent der Eltern praktiziert nach wie vor die alte Rollenteilung, wonach der Mann Vollzeit arbeitet und die Frau allenfalls einen Teilzeitjob hat. Wünschen würden sich aber die meisten Eltern, dass auch der Mann weniger arbeiten müsste und mehr Zeit für die Familie hätte. Ideal wäre demnach für viele, dass beide Elternteile jeweils 30 Stunden arbeiten würden, was aber heute bei nur sechs Prozent der Familien möglich ist oder geschieht. Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten ist daher eine der großen Forderungen der Familien an Wirtschaft und Politik.

Wird die Politik diese Ergebnisse (wieder einmal) ignorieren oder dieses Mal auf die klaren Fakten reagieren? Neben der Euro-Frage wird die Familienpolitik, sagen Wahlforscher voraus, eines der großen Themen des anstehenden Bundestagswahlkampfes werden. Die Mehrheit der Wähler stimmt der flächendeckenden Schaffung von Krippen- und Kindergartenplätzen ebenso wie der Schaffung von Ganztagsschulen zu; aber keines dieser Angebote soll verpflichtend werden, so der Tenor der Eltern. Sie wollen die Freiheit der Wahl haben und sollten daher steuerlich nicht noch mehr belastet werden, wie dies durch die Abschaffung des Ehegatten-Splittings, der Erhöhung von Einkommens- und Verbrauchssteuern geschehen würde. Familien brauchen im Gegenteil eine steuerliche Entlastung, um die Freiheit der Wahl zu haben. Vorbildhaft sind hier die geburtenstarken Länder, wo Familien mit einem mittleren Jahreseinkommen und zwei bis drei Kindern weitgehend von Einkommens- oder Lohnsteuern befreit sind.

> Ob Ehegatten-Splitting oder Erziehungszeiten: Bürger und Politik sind sich uneins

Gegenüber solchen Forderungen scheint die Politik aber hierzulande weitgehend immun, taub und blind zu sein. Stattdessen wird im Bundestag über die Frauenquote in Aufsichtsräten diskutiert. Gender-Politik oder die Zulassung der Homo-Ehe stehen auf der Tagesordnung. Weitgehend unisono fordern Wirtschaft und Politik, dass wegen des absehbaren Fachkräftemangels die Frauen alsbald nach der Geburt in die Büros und Fabriken einrücken sollen, damit Wohlstand und wirtschaftliche Leistungskraft erhalten bleiben. Dabei wird übersehen, dass ohne eine höhere Geburtenzahl das sich abzeichnende Desaster in den Sozialkassen nicht zu verhindern ist. Das Dilemma ist klar absehbar. Über kurz oder lang geht ein Land den Krebsgang, wenn Ehe und Familie nicht angemessen unterstützt, sondern ständig geschröpft werden. Das Dilemma verschärft sich sogar, weil Politiker offenbar davon ausgehen, dass nicht sie, sondern das Volk falsch „denkt“. Die Segnungen der Politik werden vom Volk immer noch nicht richtig „verstanden“. Wenn das wahre Glück in den Büros und Fabriken unseres Landes zu finden ist, warum wehren sich dann die Leute gegen einen solchen Segen, fragen sich Politiker? Die ideologische Verwandtschaft dieses Politik-Bewusstseins mit dem des untergangenen Paradieses der Arbeiter und Bauern ist unschwer zu erkennen.

Wer oder was hat hier das falsche Bewusstsein, das ist hier die Frage: die Familien oder die Politiker? Kinder brauchen, wie wir alle wissen, nun einmal zuallererst Zeit und die liebevolle Aufmerksamkeit ihrer Eltern. Wenn ein Kind krank wird, was bekanntlich häufiger vorkommt, werden vollzeitarbeitende Mütter und Väter stets vor Zerreißproben gestellt. Krippen, Kitas oder Kindergärten können in diesen Fällen nur begrenzt helfen. Schwer vorstellbar also, dass man Familien umerziehen könnte im Sinne sozialistischer Ideale bei dieser Sachlage.

> Frauenquote nur als erster Schritt zur erzwungenen Gleichstellung

Wie aber wäre eine Umerziehung einer Politiker-Kaste zu denken, die so verliebt in ihre eigenen und wirklichkeitsfremden Ideen ist? Eine der maßgeblichen Kräfte, die die derzeitige Diskussion um die Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten im Bundesrat angestoßen und durchgesetzt hat, ist die Hamburger Senatorin für Justiz und Gleichstellung, Jana Schiedeck. Die kinderlose, 39-jährige SPD-Frau kämpft mit Vehemenz für dieses Projekt, weil sie „die Quote“ quasi für das Allheilmittel auf dem Weg zur völligen Gleichstellung und für das Glück von Mann und Frau hält. Die Wirtschaft habe sich, wie sie meint, in den letzten Jahren zu wenig in der Gleichstellungsfrage bewegt, daher helfe jetzt nur noch der Zwang. Dass viele Frauen ihre Prioritäten anders als Frau Schiedeck setzen, die mit 30 Jahren ihre juristische Ausbildung abschloss und danach eine Partei- und Beamtenkarriere machte, ist der Karrierefrau, die ihren jetzigen Senatoren-Posten wohl auch „der Quote“ verdankt, fremd.

Nach der Quote für die Frauen, muss eventuell auch eine Quote für Männer, beispielsweise im Erziehungsbereich, eingeführt werden, da heute in Kindergärten und Grundschulen fast ausschließlich Frauen arbeiten. Was würde die Einführung einer Quote in den so genannten MINT-Fächern, den technischen und mathematischen Studiengängen, anrichten? Dort sind bisher über 90 Prozent der Absolventen Männer. Bisher heißt es in diesen Bereichen, dass Begabung und Fähigkeit, die Auswahl der geeigneten Kandidaten gut regelt.

Normalerweise überlässt man die Entscheidung, welches Lebensmodell oder welcher Berufsweg eingeschlagen werden sollte, jedem selbst. Diese Freiheit jedoch war linken Verfechtern von Zwangsbeglückungssystemen schon immer ein Dorn im Auge. So richtig und auch zeitgemäß es ist, Frauen und Männern eine gute Berufsausbildung zu ermöglichen, so verhängnisvoll ist ein Staat, der alles durch Quoten und andere Zwangsmaßnahmen regulieren will. Ob und wie Frauen und Männer Karriere machen und wie sie für ihre Kinder sorgen wollen, sollte man ihnen getrost selbst überlassen. Wer sich der wertvollen Aufgabe der Familie widmen will, darf dafür von Seiten des Staates keine Steine in den Weg gelegt bekommen.

Mehr Platz für die Heimat

Lüneburgs Ostpreußisches Landesmuseum platzt aus allen Nähten – Von 2015 an soll ein Neubau für mehr Attraktivität sorgen

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg braucht Platz. Neuerwerbungen von Sammlungsstücken und eine Neuausrichtung des Museums machen eine Erweiterung notwendig. Noch in diesem Jahr wird eine erste Bauphase eingeläutet, für die eigens ein ganzer Häuserblock im historischen Zentrum Lüneburgs umgestaltet wird.



Vorzeigeadresse: Der zukünftige Eingang des Landesmuseums neben dem Gasthaus „Krone“

Bild: tws

„Das gehört alles den Ostpreußen.“ Der Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums Joachim Mähnert weist im Biergarten, der hinter seinem Museum gelegen ist, mit der Hand in alle Himmelsrichtungen. Die Deutschbaltische Kulturstiftung und der Verein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum“ haben den ganzen Komplex mit zum Teil 500 Jahre alten Gebäuden im Laufe der letzten Jahre erworben. Und das nur zu einem Zweck: das Ostpreußische Landesmuseum größer und attraktiver zu machen.

Seit 25 Jahren ist das weltweit einzige Ostpreußen-Museum – das Kulturzentrum in Ellingen beherbergt das größte Ostpreußen-Archiv, versteht sich aber nicht als Museum – zwar im historischen Zentrum der früheren Salzmetropole angesiedelt, zu erreichen war das Haus aber quasi nur von hintenherum über eine dunkle Gasse. „Das wird sich bald ändern“, sagt Mähnert, „von 2015 an wird es rechts neben dem Gasthaus ‚Krone‘ einen neuen Museumseingang geben, den man nach nur 50 Metern direkt von Lüneburgs zentralem Marktplatz aus erreichen kann.“

Zukünftig befindet sich der Besuchereingang in einem 500 Jahre alten Kaufmannshaus, dem Scharff'schen Haus an der Heiligengeiststraße. 2008 hatte es die Deutschbaltische Kulturstiftung erworben. Als direkter Zugang zwischen dem Scharff'schen Haus und dem 1987 errichteten Museumsgebäude an der Ritterstraße wird – praktisch im Hinterhof – ein Neubau entstehen. Neben einer Vergrößerung der Ausstellungsfläche von jetzt 1500 auf 2300 Quadratmeter entstehen im neuen Gebäude ein Ostpreußen-Museumsshop, ein Café, ein Lesesaal, ein Raum für Familienforschung und ein Vortragssaal für bis zu 150 Zuhörer.

In einem eventuell späteren zweiten Bauabschnitt soll noch eine weitere, jetzt als Parkplatz genutzte Lücke neben dem alten Gebäude geschlossen werden. Rund 4,5 Millionen Euro investiert man in die Um- und Neugestaltung des Landesmuseums mit Geldern vom Bund, dem Land Niedersachsen, der EU und der Deutschbaltischen Kulturstiftung.

„Die Erweiterung war dringend notwendig“, sagt Mähnert, „denn unser Depot platzt aus allen Nähten.“ Schon jetzt besitzt man mit 1500 Gemälden und 10 000 Grafiken von Künstlern aus Ostpreußen oder solchen, die dort gewirkt haben, die größte Gemäldesammlung Lüneburgs. Nur ein kleiner Teil davon kann in der Dauerausstellung gezeigt werden. Nach dem Tod von Maja Ehlermann-Mollenhauer im November hat man den Nachlass ihres Vaters, des Malers Ernst Mollenhauer geerbt. 200 Gemälde sind da mit einem Schlag neu in den Bestand hinzugekommen. Die Werke werden Ende des Jahres in einer Sonderausstellung über die Künstlerkolonie Nidden im Museum zu sehen sein.

Mähnert will auch darauf vorbereitet sein, falls seinem Museum die Sammlungen von privaten Heimatstuben übertragen werden, wenn deren Besitzer den Betrieb aus Altersgründen aufgeben. Schließlich hat die Landesvertretung Ostpreußen beschlossen, dass dieses Kulturgut für den Fall der Fälle nach Lüneburg und Ellingen gehen soll.

Überhaupt soll die Dauerausstellung überarbeitet werden. „Nach 25 Jahren ist sie nicht mehr aktuell“, gibt Mähnert selbstkritisch zu. Im Neubau wird zudem eine deutschbaltische Abteilung entstehen, die die bislang zwangsläufig enggefassten Grenzen des Ostpreußen-Museums nicht nur in räumlichen Maßstäben ausdehnt. Deshalb will er einen Bogen spannen von der Hansestadt Lüneburg zu den alten Hansezentren an der Ostsee, die über Danzig und Königsberg bis nach Riga und Reval reichen.

Bild: OL

Joachim Mähnert

Museumsdirektor Mähnert hofft, mit der Einbindung Livlands, Kurlands und Estlands neue Publikumsschichten in sein Haus zu locken: „Wenn wir attraktiv bleiben wollen, brauchen wir diese konzeptionelle Veränderung dringend.“

Schließlich wächst der Konkurrenzdruck. Unweit des Landesmuseums wird für zehn Millionen Euro das neue Museum Lüneburg für Stadtgeschichte komplett erneuert und soll im nächsten Jahr eröffnet werden. 2012 verzeichnete das jährlich von Bund und Land mit 850 000 Euro institutionell geförderte Landesmuseum mit knapp 30 000 Besuchern zwar einen Zuwachs um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr, doch wird es immer komplizierter, junge Menschen vom Internet weg- und in die Museen hinzuführen. Viele finden nur über die Schule den Weg ins Museum „Wenn Schüler den Museumsbesuch nur als eine Art ‚Zwangsveranstaltung‘ erleben, wird es schwierig, ihr Freizeitverhalten zu verändern“, so Mähnert über die Pflichtbesuche von Schulklassen in Museen.

Dass das Landesmuseum „jung“ geblieben ist, zeigt ein Gang durch eine der bis zu sechs Sonderausstellungen pro Jahr, die nahezu täglich von Schulklassen mit Begeisterung aufgenommen werden. „Da in den Schulen Geschichts- und Kunstunterricht zurückgefahren werden, zeigt es, wie wichtig Museen als Lehrersatz sind“, sagt Mähnert. In den Schulen werde der Zweite Weltkrieg und die Gründung der Bundesrepublik thematisiert, nicht aber die Zeit dazwischen, in die eben auch die Jahre der Vertreibung fallen.

So bietet das Landesmuseum außerschulischen Unterricht zu Themen an, die in den Klassen sonst nicht auf den Lehrplänen stehen. Schüler und Lehrer haben dann auch grundsätzlich kostenfreien Eintritt. Außerdem gibt es Kooperationen mit Kindergärten, Kinderclubs, Workshops wie Bernsteinschleifen für die Jüngsten. Bis zu 60 Kulturveranstaltungen pro Jahr für erwachsenene Besucher runden das unermüdliche Engagement des Museumsteams ab.

Der Neubau soll auch dabei helfen, ein Stammpublikum zu binden. Denn direkt daneben befinden sich im Hinterhofbereich das Brauereimuseum sowie ein Biergarten des Gasthauses „Krone“, das sich in dem jetzt der Kulturstiftung gehörenden spätmittelalterlichen Ensemble befindet. Direktor Mähnert frohlockt bereits: „Wer ab 2015 in unser Museum geht, kann in der ‚Krone‘ das Erlebte gemütlich ausklingen lassen.“ *Harald Tews*

Überlebt und »Auserwählt«

Auf den ersten Blick wirkt das dunkle Hindenburg-Bild makellos. Doch beim näheren Betrachten erkennt man auf dem Ölgemälde einige Löcher. Als die Russen in Ostpreußen einmarschierten, fiel ihnen das Porträt in die Hände und sie verübten mit einem Bajonettstich und mehreren Revolverschüssen einen „Mordanschlag“ auf den gemalten Feldmarschall.

Und trotzdem hat dieser Hindenburg den Krieg überlebt. Auf Irrwegen landete das Bild im Ostpreußischen Landesmuseum, wo das künstlerisch nicht gerade wertvolle Bild erst jahrelang im Depot lag, bevor es aufwendig restauriert wurde und jetzt erstmalig in der neuen Sonderausstellung „Auserwählt – Sammlungsobjekte der Geschichte“ der Öffentlichkeit präsentiert wird.





Den Weg nach Westen gewiesen: „Leuchtturm von Nidden“

Bild: OL

Bis zum 22. September werden Einzelstücke vorgestellt, die zwar zum Museumsbestand gehören, aber es bislang noch in keine Ausstellung geschafft haben. Und doch kann jedes von ihnen eine ganz individuelle Geschichte erzählen. Da ist zum Beispiel Julius Freymuths expressionistisches Gemälde „Der Leuchtturm von Nidden“, das eines der Lieblingsbilder des Sammlers Paul Ronge war. Im Kinderwagen verstaut rettete er es auf der Flucht mit in den Westen.

Wie kompliziert das Sammeln von Gegenständen eines Landes ist, das Hunderte Kilometer entfernt ist, zeigen Exponate wie zum Beispiel das angerostete Werbeschild aus Emaille der Städtischen Sparkasse Tilsit, das über Jahrzehnte unter einem Haufen Schutt begraben war, ehe es entdeckt und nach Lüneburg gebracht wurde.

Auch Tierpräparate gibt es zu sehen. Ein Taubenzüchter hat seine Sammlung dem Landesmuseum überlassen. Auch dank ihm haben acht der neun ostpreußischen Taubenrassen den Krieg überlebt.

Bei seiner Fahndung nach weiteren Ausstellungsobjekten ruft das Museum die Besucher auch dazu auf, eigene Sammlungsstükke mitzubringen und sie zeitweise dem Museum zu überlassen. Die aktuelle Ausstellung soll dann mit den Exponaten aus privater Hand ergänzt werden. *tws*

Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr.

Hexen-Einmaleins

Die Walpurgisnacht naht. Goethe setzte dem Treiben auf dem Brocken ein literarisches Denkmal im Faust. Doch Hexen gibt es noch heute

Das find ich gut; denn da gehört ihr hin“, meinte schon Mephistopheles im Faust. Die Nacht vom 30. April zum 1. Mai nennt man Walpurgisnacht. Der Sage nach sollen da seltsame Dinge passieren. Alle Hexen fliegen mit dem Besen zum Blocksberg, um sich zu versammeln. Dort tanzen und springen sie um ein Feuer und treffen sich mit dem Teufel.

Mit dem Berg ist der Brocken gemeint, der höchste Berg im Harz. Benannt ist die Nacht nach der Heiligen Walpurga, die am 1. Mai Namenstag hat. Sie lebte im Mittelalter von 710 bis 779 und soll Wunder vollbracht und vor bösen Geistern und Hexen geschützt haben. Schon lange vor Entstehung der Sage zur Zeit Karls des Großen im 8. Jahrhundert nach Christus trafen sich Volksstämme wie die Sachsen genau in dieser Nacht im Harz zu Opferfesten. Als sich das Christentum immer weiter verbreitete, wurden die heidnischen Bräuche verboten. Da alte Sitten aber nicht so schnell auszutreiben sind, verkleideten sich die Menschen und trafen sich heimlich in der Nacht. So konnten sie ihre Feste doch versteckt feiern. Vielleicht ist deshalb das Märchen von den nächtlich feiernden Hexen entstanden. Das Wort „Hexe“ bedeutet eigentlich „dunkles Wesen“ und stammt aus dem westgermanischen Sprachbereich.

Da die Menschen noch wenig von den Zusammenhängen in der Natur wussten, waren sie oft abergläubisch. Wenn man sich etwas nicht erklären konnte, hielt man Geister für die Ursache. So vermuteten sie auch, dass Wettererscheinungen, Krankheiten, Unglück oder Krieg durch Geister oder Hexen verursacht wurden.

Zu verstehen ist es schon, denn wenn durch Unwetter die Ernte verloren ging, mussten die Menschen hungern. Aber leider suchten Menschen schon immer einen Sündenbock für das Übel in der Welt. Es scheint sich leichter damit zu leben, wenn man jemanden verantwortlich machen kann. Egal, wofür. Beispiele gibt es ausreichend in der Geschichte.



Der Blocksberg ruft: Die Nacht zum 1. Mai gehört den Hexen

Bild: Harzer Tourismusverband

So ist auch das Bild der bösen Hexe entstanden. Leider hat das sehr grausame Formen angenommen. Vom 13. bis 18. Jahrhundert sind in Europa etwa 60 000 angebliche Hexen auf den Scheiterhaufen verbrannt oder zu Tode gefoltert worden. Wenn man seinen Nachbarn nicht leiden konnte, reichte es, ihn der Hexerei zu beschuldigen. Jeder konnte angezeigt werden. Wer rote Haare hatte oder grüne Augen, sich gut mit Kräutern auskannte oder lesen und schreiben konnte, wer zufällig bei Gewitter auf dem Feld war und merkwürdige Bewegungen gemacht hatte, war schon verdächtig.

Die vermeintlichen Hexen, darunter nicht selten auch Kinder, wurden gefoltert und gestanden dann alles, was die Folterknechte hören wollten. Manchmal wurden Hexenproben durchgeführt. Man warf die Hexen mit zusammengebundenen Armen und Beinen ins Wasser. Wer oben schwamm, galt als Hexe und wurde verbrannt. Wer unterging, war unschuldig, aber leider auch tot.

Dass die Kirche ordentlich mitmischte, ist bekannt. So entstand der berüchtigte „Hexenhammer“. Das Buch, herausgegeben von den beiden Inquisitoren des Dominikanerordens Jakob Sprenger und Heinrich Kramer, war eine Art Anleitung zur Hexenverfolgung. In 29 Auflagen war es das Regelwerk für Hexenrichter. Erst im Zeitalter der Aufklärung hörte es langsam auf mit den Verfolgungen. Man besann sich auf den Verstand und die Vernunft.

Wann nun genau die letzte vermeintliche Hexe einen Scheiterhaufen betreten musste, lässt sich schwer sagen. Manche meinen, der letzte Prozess habe 1782 in der Schweiz stattgefunden. Andere behaupten, die letzte Hexenhinrichtung sei 1793 im späteren Großherzogtum Posen gewesen. Andernorts liest man, dass noch 1944 in England eine Frau der Hexerei bezichtigt worden wäre. Unglaublich, aber wahr: Die Hexenjagd existiert in afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern sogar noch heute. *Silvia Friedrich*

Baumeister der Staatsnation

Was wir heute mit Preußen verbinden, geht zu großen Teilen auf den Großen Kurfürsten zurück

Der Große Kurfürst machte nicht nur Preußen souverän, sondern legte auch das Fundament für das, was Preußen auszeichnet: der starke Staat mit einer effizienten, straffen Verwaltung und Wirtschaftspolitik sowie einem starken Heer mit einer nicht weniger starken Stellung in der Gesellschaft, die Toleranz (in Glaubensfragen) sowie schließlich die Formung der Untertanen unterschiedlichster Stämme zu einer Staatsnation.

Es war ein ungemütlicher Ort in einer wirren Zeit. In dem heute zu Berlin gehörenden Cölln an der Spree kam der Hohenzollernprinz Friedrich Wilhelm am 16. Februar 1620 zur Welt. Rund um Brandenburg, dem kleinen Fürstentum seines Vaters Georg Wilhelm, tobte der Dreißigjährige Krieg. Der Kurfürst hatte versucht, sein Land aus dem Kampfgeschehen herauszuhalten, doch es befand sich zwischen den Feuern der österreichischen und schwedischen Truppen. Mal zogen die Soldaten des Schwedenkönigs Gustav Adolf, mal die von Kaiser Ferdinand II. marodierend durch das Land.

Der Prinz verbrachte seine Kindheit, meist ohne die Eltern, in der Festung Küstrin, bis die Bemühungen Georg Wilhelms um Neutralität endgültig scheiterten. Gustav Adolf besetzte Brandenburg und nutzte es als Operationsbasis gegen die Habsburger. Der Kurfürst und seine Gemahlin Elisabeth Charlotte sahen sich dringend veranlasst, den 14-jährigen Thronfolger Friedrich Wilhelm in Sicherheit zu bringen. Sie schickten ihn nach Leiden in Holland.

Die Niederlande waren nicht nur sicher, sie waren auch ein Land, in dem der Wohlstand blühte. Die damals bedeutendste Schifffahrts- und Handelsmacht Europas hatte sich in ihren Kolonien große Reichtümer erworben. Die Bürger erlebten goldene Zeiten, das Staatswesen war hoch entwickelt, ganz anders als im rückständigen Brandenburg. An der Universität Leiden studierte Friedrich Wilhelm Staatskunde, Mathematik, Fremdsprachen und Militärkunde. Vor allem aber interessierte ihn das unternehmerische Geschick der Holländer, immer neue Geldquellen zu erschließen, Vergabe von Lizenzen zur Seeräuberei und zum Sklavenhandel inbegriffen.

Der vierjährige Aufenthalt in Holland beeinflusste Friedrich Wilhelm nachhaltig. Das dort Gesehene und Erlernte war ihm Maxime für seine Politik. So heißt es in einem kurfürstlichen Edikt: „Seefahrt und Handlung sind die fürnehmsten Säulen eines Estats, wodurch die Unterthanen beides zu Wasser, als auch durch die Manufakturen zu Lande ihre Nahrung und Unterhalt erlangen."



Luise Henriette von Oranien und Friedrich Wilhelm I.: Die aus einer Familie von Statthaltern stammende Niederländerin brachte eine stattliche Mitgift in die Ehe mit dem Herrscher eines anfänglich armen Landes Bild: Archiv

1638 kehrte Friedrich Wilhelm nach Berlin zurück, zwei Jahre später trat er das Erbe seines Vaters an. Was für ein Erbe! Brandenburg war verwüstet und nach wie vor fest in schwedischer Hand. Eine Armee, mit deren Hilfe der junge Kurfürst sich aus der schwedischen Umklammerung hätte befreien können, gab es nicht. Die Bevölkerung war stark dezimiert und der Staatssäckel leer. Die Regentschaft lag faktisch in der Hand seines Intimfeinds, des Grafen Adam von Schwarzenberg. Friedrich Wilhelm handelte schnell. Er ließ den Grafen verhaften, der kurz darauf starb. Der Bevormundung ledig, schloss Friedrich Wilhelm einen Friedensvertrag mit Schweden und erreichte, dass der polnische König Wladislaw IV. Wasa ihn mit dem Herzogtum Preußen belehnte. Die Heirat mit Luise Henriette von Nassau-Oranien spülte Geld in die Kasse. Die Mitgift der Braut belief sich auf 180 000 Reichstaler, eine damals sehr stattliche Summe.

Der Holländerin folgten viele ihrer tüchtigen Landsleute nach Berlin, Handwerker, Bauern und Kaufleute. Die „Verholländerung", so nannten die Einheimischen den Zustrom aus den Niederlanden, brachte Brandenburg wirtschaftlich voran. Brachliegendes Land wurde wieder bearbeitet, der Handel prosperierte durch den Bau von Straßen, Kanälen und den Aufbau eines Postwesens. Ohne ein schlagkräftiges Heer blieb Brandenburg aber weiterhin ein Spielball der Großmächte. Durch die Erhebung verschiedener Steuern – aufs Mahlen von Getreide, Bierbrauen und Schlachten – trug Friedrich Wilhelm das Geld für ein kleines, schlagkräftiges Heer zusammen.

In den zahlreichen Kriegen und Scharmützeln, die er führte, bewies er großes taktisches Geschick. So gelang es ihm im Zweiten Nordischen Krieg (1655–1660) durch das sogenannte brandenburgische Wechselfieber, sprich den Wechsel der Seite im Krieg, dass an dessen Ende die internationale Gemeinschaft im Frieden von Oliva Preußen als souveränen Staat anerkannte.

Im Zweiten Nordischen Krieg, setzte der Herzog aber nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch seine Interessen mit Entschiedenheit durch. Nachdem in Königsberg wegen der Kriegslasten ein Aufstand ausgebrochen war, gelang es ihm, die Vertreter der Stände hinter sich zu bringen, den Rädelsführer des Aufstands ließ er verhaften.

> Die Niederlande waren ihm eine gute Schule

Neben dem Königsberger Aufstand gefährdete auch der Streit zwischen Lutheranern und Reformierten den inneren Frieden. Als die von Friedrich Wilhelm geforderte Aussöhnung zwischen Theologen beider Glaubensrichtungen misslang, erließ er 1664 ein Toleranzedikt, das die Grundlage für die Religionsfreiheit im späteren Königreich Preußen bildete. Die liberale Einstellung des Kurfürsten kam Brandenburg zugute, als er sich entschloss, 15 000 der in Frankreich grausam verfolgten Hugenotten aufzunehmen. Dieser kluge Schachzug, besiegelt durch das Potsdamer Edikt vom 29. Oktober 1685, bescherte seinem Land einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung. Der Große Kurfürst versprach den gut ausgebildeten, strebsamen Hugenotten nicht nur „mehr facilität", wie es im Edikt heißt, sondern gewährte ihnen auch Privilegien wie Hilfen beim Hausbau und Steuerbefreiung auf einige Jahre. Vor allem rund um Berlin siedelten sich bald erste Industriebetriebe an.

Eher abenteuerlich erscheint der Versuch des Großen Kurfürsten, Brandenburg-Preußen zur Kolonialmacht zu machen. Als Kompagnon eines holländischen Reeders sandte er Handelsschiffe an die afrikanische Westküste, von denen zumindest eines – es konnte Kaperern entkommen – mit Tropenhölzern und Rohgummi nach Pillau zurückkehrte. Ermutigt durch den finanziellen Erfolg beteiligte er sich Anfang der 1680er Jahre an der Gründung der „Afrikanischen Compagnie", der bald 30 Schiffe gehörten. Die „Friedrich Wilhelm zu Pferde", die „Churprinz" und die „Wappen von Brandenburg" segelten nach Guinea und Puerto Rico. Die Kommandanten hatten den Auftrag, Kolonien zu gründen und Eingeborene unter „brandenburgischen Schutz" zu stellen. Das wollten sich die Holländer nicht gefallen lassen. In Guinea empfingen sie die lästige Konkurrenz mit Kanonenschüssen. Dennoch gelang es der Besatzung zu landen und die Festung „Groß Friedrichsburg" zu errichten. Weil seine einstigen Gastgeber immer wieder versuchten, die kolonialen Pläne des Großen Kurfürsten zu torpedieren, plante er eine militärische Strafaktion. Dazu kam es nicht mehr. Friedrich Wilhelm starb mit 68 Jahren am 9. Mai 1688 in Potsdam. Bald nach seinem Tod ging die „Afrikanische Compagnie" pleite, und die Festung „Groß Friedrichsburg" verfiel. 200 Jahre später, als das Deutsche Reich am Golf von Guinea die Kolonie Kamerun gründete, waren Grundmauern der Festung noch vorhanden.

Klaus J. Groth

Nun in Ellingen

Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen

„Angekommen" ist in Ellingen angekommen. Die Wanderausstellung des „Zentrums gegen Vertreibungen" ist seit Sonnabend, dem 27. April, im Kulturzentrum Ostpreußen zu besichtigen. Um 10.30 Uhr geht es los. Nach der Begrüßung durch den Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg, wird der Landrat des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen, Gerhard Wägemann, die Ausstellung eröffnen. Die Ausstellungskuratorin Katharina Klotz aus Berlin wird eine Einführung in die Sonderschau geben.



Bild: Kulturzentrum Ostpreußen

Auch in Ellingen zu sehen: Handwagen der Familie Zauner aus Allenstein

Die Ausstellung zeigt den Weg von der Ankunft über die ersten Jahre durch die Wirtschaftswunderzeit bis hin zur Gegenwart. Die Veränderungen der gesamten deutschen Gesellschaft durch Flüchtlinge und Vertriebene in sozialen, konfessionellen und politischen Belangen werden ebenso präsentiert wie die erkämpften Rahmenbedingungen dafür, seien es Rechtsstatus, Städtebau, Gedenkkultur sowie die Pflege der eigenen kulturellen Wurzeln. Ergänzt wird die Ausstellung durch zahlreiche Objekte aus den Beständen des Kulturzentrums Ostpreußen.

Die Wanderausstellung, die 2011 im Paul-Löbe-Haus des Bundestages erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, ist noch bis zum 8. September im Kulturzentrum Ostpreußen, Schlossstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, E-Mail: info @kulturzentrum-ostpreussen.de, dienstags bis sonntags von 10 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr zu sehen. Nähere Informationen erteilt das Kulturzentrum unter der angegebenen Telefonnummer.

PAZ

In der Tradition Friedrichs II.

Die »Höfischen Festspiele Potsdam« luden zur Pressepräsentation vor das Neue Palais

Bei einer Presseveranstaltung an einem warmen Frühlingsabend vor dem Neuen Palais in der wohl preußischsten aller Städte haben die „Höfischen Festspiele Potsdam e. V." schon einmal einen Vorgeschmack auf das Reitspektakel 2013 von „Le Carrousel de Sanssouci" geboten. Auf der Veranstaltung, an der auch Franz Friedrich Prinz von Preußen, der seit Jahren in Potsdam lebt, teilnahm, wurden einige Elemente eines barocken Feuerwerks vorgeführt, die durchaus beeindruckend waren.

„Es war die hohe Kunst im Barock, mit Feuer zu malen", sagte Kaspar von Erffa, Eventmanager in Potsdam, der zusammen mit Katrin Schramm die Höfischen Festspiele betreibt. Schnell wurde deutlich, dass ein Feuerwerk im Barock wenig zu tun hatte mit dem, was unsereins von Silvesterfeiern kennt. „Wir mögen kein Pfeifen und achten auf Effekte, die kein Geräusch erzeugen", erklärte Sebastian Hoferick, Pyrotechniker der Studios von Babelsberg. Mit seinem Kollegen Volker Schwarz entwickelt er Gestelle nach historischen Unterlagen und baut sie originalgetreu nach. „Bengalfeuer, pyrotechnische Springbrunnen mit Silber- und Goldfontänen und klassische Sonnenbilder, manchmal mit den Namen des Königs, waren sehr beliebt", erklärte Hoferick und zündete nacheinander vier Leuchtbilder an. „Das barocke Feuerwerk hatte keine eigenständige Dramaturgie", fügte Erffa hinzu. Die Dramaturgie ergebe sich am Abend aus der Aufführung. Die von den Reitern vorgegebenen Figuren und das choreografische Geschehen bestimmten den Ablauf der Illuminationen.



Bald auch fürs Publikum: Farbenfrohes Spektakel Bild: Friedrich

Sobald der Adel das Feuerwerk für sich entdeckt hatte, gab es kaum einen Anlass, der zu gering war, um sich der leuchtenden Effekte zu erfreuen. Barock und Rokoko waren wahre Glanzzeiten der nächtlichen Erleuchtungen. Sogar ganze Theaterstücke entstanden durch Feuerwerksinszenierungen.

1750 ließ dann Preußens König Friedrich der Große von allen seinen Brüdern und den besten Reitern seines Staates das „Carrousel de Berlin" aufführen. Anlass war der Besuch seiner Schwester Wilhelmine. Ihr zu Ehren lud er zu höfischen Festlichkeiten nach Berlin und Potsdam. Beim „Carrousel de Berlin" kämpften vier als antike Helden kostümierte Reiter-Quadrillen um wertvolle Preise. Friedrichs jüngste Schwester Prinzessin Amalie durfte diese dann als Karussellkönigin verleihen.

Dieses „Carrousel de Berlin", die größte Festlichkeit in der Regierungszeit Friedrichs des Großen überhaupt, dient als Vorbild für „Le Carrousel de Sanssouci". Die originalen Kostüme von 1750 wurden für die Aufführung nachgeschneidert und komplexe Reitchoreografien von damals neu einstudiert.

Anlässlich der Festlichkeiten zum 300. Geburtstag Friedrich II. sahen vergangenes Jahr mehr als 5100 Zuschauer die Aufführung von „Le Carrousel de Sanssouci". Dieses Jahr nun erwartet von 18. bis 21. Juli die Zuschauer vor der überwältigenden Kulisse des Neuen Palais die hohe Schule barocker Reitkunst, dargeboten von der Fürstlichen Hofreitschule Bückeburg. Geboten werden dem Publikum Künstler in prunkvollen Kostümen, Potsdamer Turmbläser, höfischer Tanz und Gesang, kammermusikalisch begleitet vom Barock-Ensemble Celeste Sirene. Und als Erweiterung des Spektakels ein großartiges barockes Feuerwerk. Zusätzlich wird der Feuerreiter Roland Heiß als Karthager verkleidet mitreiten und mit brennenden Elementen am Körper aufsehenerregende Feuerbilder erzeugen. Nähere Informationen erteilen die Höfischen Festspiele Potsdam e. V., Robert-Koch-Straße 11, 14482 Potsdam, Telefon (0331) 2713068, Fax (0331) 2713068, E-Mail: kontakt@hoefische-festspiele.de, Internet: www. hoefische-festspiele.de/ und www. carrousel-de-sanssouci.de/

Silvia Friedrich

Österreich-Ungarns bekanntester Spion

Am Ende sah der stellvertretende Leiter des k.u.k. Evidenzbüros Oberst Alfred Redl nur noch den Freitod als Ausweg

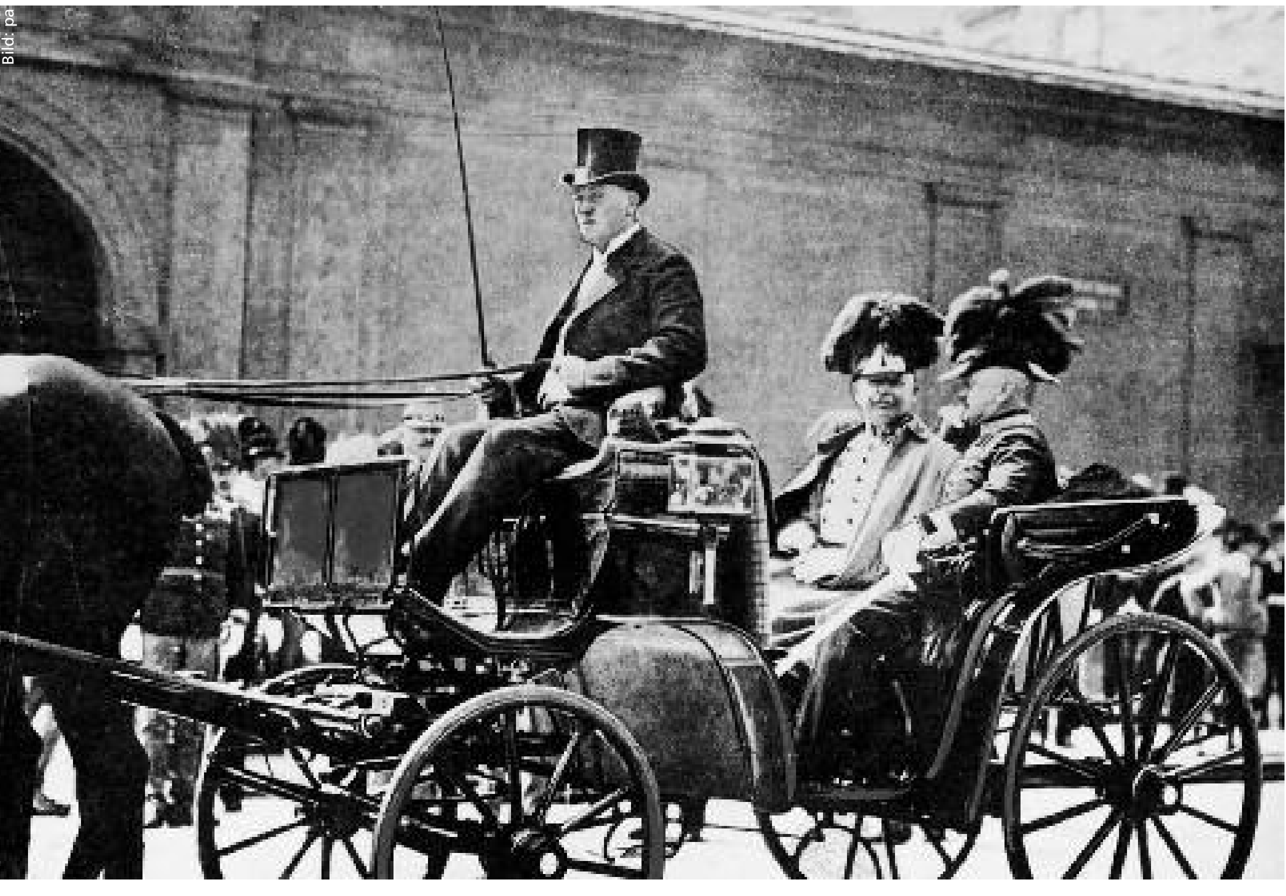
Am frühen Morgen des 25. Mai 1913 erschoss sich der österreichische Generalstabsoberst Alfred Redl in einem Zimmer des Wiener Hotels „Klomser“. Kurze Zeit zuvor hatte ihn in diesem Hotelzimmer eine Gruppe von vier hohen Offizieren, bestehend aus dem stellvertretenden österreichischen Generalstabschef Franz von Höfer, zwei Geheimdienstlern und einem Militärjustizoffizier, aufgesucht. Redl erwartete sie bereits und sagte: „Ich weiß schon, weshalb die Herren kommen. Ich bin das Opfer einer unseligen Leidenschaft; ich weiß, dass ich mein Leben verwirkt habe und bitte um eine Waffe, um mein Dasein beschließen zu können.“

Am 14. März 1864 kam Alfred Redl im damals galizischen und heute ukrainischen Lemberg (Lwiw) als Sohn eines mittleren Eisenbahnbeamten und vormaligen österreichischen Offiziers zur Welt. Wie es für Österreich-Ungarn typisch war, wuchs der kleine Alfred vielsprachig auf und erlernte während seines Militärdienstes über Deutsch, Polnisch und Ukrainisch hinaus weitere Sprachen, darunter Russisch. Wie einst der Vater trat auch der intelligente, äußerst ehrgeizige Alfred Redl ins österreichische Heer ein. Er absolvierte 1894 erfolgreich die Wiener Kriegsschule und wurde daraufhin in den Generalstab berufen. Es folgten verschiedene Truppen- und Generalstabsverwendungen, bis man im Jahr 1900 den perfekt Russisch sprechenden Hauptmann in das k.u.k. Evidenzbüro, den militärischen Nachrichtendienst, versetzte. Dort wurde Redl kurzzeitig als Auswerter für Informationen aus Russland beschäftigt, bis man ihm von 1901 bis 1905 die Leitung der „Kundschaftsgruppe“ anvertraute.

Redl war damit hauptamtlicher Nachrichtendienstoffizier geworden und hatte den österreichischen Agenteneinsatz, der sich in erster Linie gegen Russland und Serbien und in zweiter gegen Frankreich, Italien und die Balkanstaaten richtete, zu organisieren. Im Nachrichtendienst bewies Redl Eifer und ein „glückliches Händchen“ bei der Beschaffung von Informationen. Nachdem Major Redl ein zweijähriges Intermezzo als Stabschef der 13. Landwehr-Infanteriedivision in Wien durchlaufen hatte, wurde er für die Zeit von 1907 bis 1911 wiederum in das Evidenzbüro berufen, um nunmehr als stellvertretender Chef die Aufsicht über die Nachrichtenbeschaffung zu übernehmen, aber ebenso, um als militärischer Gutachter in Spionageprozessen vor österreichischen Gerichten aufzutreten.

Vizechef des militärischen Nachrichtendienstes

Nach den neuerlich vom österreichischen Historikerduo Verena Moritz und Hannes Leidinger angestellten Untersuchungen geriet der als pflichtbewusst und verschwiegen geltende Offizier damals auf die kriminelle Bahn. Redl war homosexuell und unterhielt Verhältnisse sowohl mit seinen Offiziersburschen als auch mit jungen Offizieren, die er für ihre Dienste freigiebig belohnte. Da Redl keiner vermögenden Familie entstammte und seine Offiziersgage gleichfalls nicht üppig war, verfiel er dem Gedanken, sich durch den gezielten Verkauf militärischer Geheimnisse Geld zu verschaffen. Ihm waren die Anschriften der Spionagebüros des für gute Ware



Mit seinem Ex-Vorgesetzten im Evidenzbüro Arthur Giesl von Gieslingen in Prag 1913: Alfred Redl

stets gut zahlenden russischen militärischen Nachrichtendienstes aus seiner dienstlichen Praxis bekannt. Redl glaubte gleichfalls, die nötigen Tricks zu beherrschen, um stets Herr der Lage zu bleiben. Er nahm in den Jahren nach 1907, wann genau ist bis heute nicht bekannt, brieflich über Postfachadressen mit dem russischen Nachrichtendienst Verbindung auf. Redl übersandte alsdann Fotos militärischer Geheimdokumente und ließ sich an seine anonymen Postfachanschriften Antwortbriefe schicken, die größere Geldbeträge enthielten. Redl wurde also nicht von den Russen zur Spionage erpresst und blieb stets so vorsichtig, dass er zwar militärische Geheimdokumente übersandte, aber niemals solche, die bei Nachforschungen konkret auf ihn hätten hindeuten können. Deswegen ist es wahrscheinlich, dass Redl zwar allerlei österreichische Geheimbefehle und militärische Handbücher an die Russen übermittelte, aber wohl kaum Mobilmachungsunterlagen und natürlich keine Dokumente direkt aus dem Evidenzbüro. Die Russen ahnten, dass ihr geheimnisvoller Zuträger ein geldbedürftiger österreichischer Generalstabsoffizier war, wussten aber nicht, dass sie mit dem österreichischen Vizegeheimdienstchef und späteren Generalstabschef des 8. Armeekorps in Prag Geschäfte machten. Neuerdings weiß man, dass Redl auf dem gleichen anonymen Wege Informationen an den französischen und wahrscheinlich auch an den italienischen Nachrichtendienst verkaufte.

Redl zum Verhängnis wurde, dass vom deutschen Pendant des Evidenzbüros, der „Sektion IIIb“ des Großen Generalstabs, der grenzüberschreitende Postverkehr nach Russland diskret überwacht wurde. Dabei fiel ein Brief mit inliegendem hohen Geldbetrag an ein Wiener Postfach auf. Man vermutete russische Spionage, gab den Kollegen in Österreich einen Tipp und alles Weitere war das Ergebnis guter Polizeiarbeit.

Jedoch beging man in der Führung des österreichischen Generalstabs den Fehler, Oberst Redl zur Vermeidung eines öffentlichen Skandals die Möglichkeit zum Selbstmord zu geben, um die Affäre zu vertuschen. Die Sache kam natürlich dank der rührigen österreichischen Presse trotzdem heraus und führte genau zu dem öffentlichen Skandal, den man ängstlich hatte vermeiden wollen.

Die Historiker Leidinger und Moritz ermittelten, dass Redl die Jahre vor seinem Tode weit über seine Verhältnisse als Lebemann auftrat. Doch schien es bis zu dessen Selbstmord völlig undenkbar, dass ein so bewährter Offizier sich zu kriminellen Handlungen würde hinreißen lassen. Aus russischen Archiven erfuhr man hingegen, dass selbst die Russen erst nach Redls Selbstmord 1913 zu ahnen begannen, wer ihr geheimnisvoller Informant gewesen war. *Jürgen W. Schmidt*

Chronist der »Gustloff«

Zeitzeuge und Buchautor Heinz Schön in Bad Salzuflen gestorben

Sein Name ist untrennbar verbunden mit der „Gustloff-Katastrophe“: Heinz Schön, der sein Leben der Forschung zum Thema „Rettung über die Ostsee 1945“ gewidmet hatte, verstarb am 7. April in Bad Salzuflen.

Der 1926 in Niederschlesien geborene und aufgewachsene Ostdeutsche begann bei der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft die Ausbildung zur Zahlmeister-Laufbahn. Sein erstes Bordkommando führte ihn im Februar 1944 auf die „Wilhelm Gustloff“, ein ehemaliges KdF-Urlauberschiff, das zum Lazarettschiff für die Kriegsmarine umgerüstet worden war und nun als Wohnschiff in Gotenhafen lag. Nachdem sich Anfang 1945 die Lage in der östlichen Ostsee zugespitzt hatte, wurden Mitte Januar die dort in den Häfen liegenden großen Schiffe zur Flucht über die Ostsee wieder in Fahrt gebracht. Die „Wilhelm Gustloff“ wurde auf ihrer ersten Fahrt gen Westen durch drei russische Torpedos versenkt. Über 9000 Menschen starben beim Untergang, nur etwa 1250 überlebten. Einer von ihnen war Heinz Schön, der danach auf ein weiteres Flüchtlingsschiff kommandiert wurde und noch elf Rettungsfahrten gen Westen miterlebte.

Der Untergang ließ ihn nicht mehr los. Er suchte schon 1945 nach weiteren Überlebenden und sammelte Zeitzeugenberichte zur Bestandsaufnahme. Artikelserien und Bücher folgten; er wurde Drehbuchmitarbeiter und Fachberater bei dem Film „Nacht fiel über Gotenhafen“, der 1960 in die Kinos kam. Die Bundesregierung hatte 1965 an der Ostakademie Lüneburg eine „Forschungsstelle Ostsee“ eingerichtet, die eine Dokumentation über die Rückführung von Flüchtlingen, Verwundeten und Soldaten mit Schiffen der Handels- und Kriegsmarine über die Ostsee 1945 erarbeiten sollte, Heinz Schön übernahm hier ehrenamtlich den Teil über die Handelsschifffahrt.

Nach intensiver siebenjähriger Tätigkeit wurde die Forschungsstelle kurz vor der Veröffentlichung überraschend geschlossen; im Zeichen der „neuen Ostpolitik“



Heinz Schön Bild: Archiv

erschien die Herausgabe dieser Dokumentation wohl nicht förderlich. Schön hatte zum Glück vereinbart, dass er das Urheberrecht an seinen Informationen behielt und dass das von ihm für die Forschungsstelle erarbeitete Material in seinem Besitz blieb. So hatte er das „Ostsee-Archiv“ wieder in seiner Hand, forschte weiter und veröffentlichte dann 1983 eine 700-seitige Dokumentation „Ostsee 45 – Menschen, Schiffe, Schicksale“, die laufend überarbeitet und neu aufgelegt wurde und heute noch ein Standardwerk zu dem Thema ist. 1984 bekam er den Marienburg-Preis der Landsmannschaft Westpreußen verliehen. Als Medienreferent im Kuratorium „Erinnerungsstätte Albatros“ organisierte er 1985 und 1986 die Ostseetreffen der Geretteten und Retter der Ostseeflucht in Damp. 1986 wurde er für sein vielfältiges Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Nach Öffnung der Mauer suchte er Kontakt zu der russischen Besatzung des U-Boots „S13“, vom dem die tödlichen drei Torpedos abgeschossen worden waren, und traf sich mit dem Ingenieur und dem Torpedoschützen. 2002 wurde er international bekannt, als Günter Grass Schöns „Gustloff“-Dokumentation in seiner Novelle „Im Krebsgang“ verwendet hatte und Heinz Schön dabei namentlich in seinem Werk nannte. Auch in den letzten Jahren war er als Fachberater bei TV-Dokumentationen und Spielfilm-Produktionen tätig und publizierte weiterhin rege, sein letztes Buch „Pommern auf der Flucht“ erscheint in diesen Tagen.

Schön konnte sich erst seit seinem Ruhestand voll seinen Forschungen widmen. Von 1953 bis 1990 war er als Fremdenverkehrsdirektor und Leiter des Stadttheaters tätig und hat für das kulturelle und wirtschaftliche Leben in der Stadt Herford viel bewirkt.

Mit seinem Lebenswerk zur „Rettung über die Ostsee“ hat Heinz Schön erreicht, dass dramatische Schiffskatastrophen nicht nur mit dem TV-aufbereiteten Untergang der „Titanic“ verbunden werden, sowie den vielen Opfern bei der Flucht 1944/1945 ein Denkmal gesetzt. *Britta Heitmann*

Immer bei den Siegern

Der Pole Athanasius Raczynski diente Preußen und dessen Gegnern

Vor 225 Jahren, am 2. Mai 1788, kam Athanasius (Atanazy) Raczynski im damals noch zur polnischen Adelsrepublik gehörenden Posen zur Welt. Er entstammte einer der ältesten Adelsfamilien Polens. Nach der sogenannten Zweiten Teilung Polens, die Posen preußisch werden ließ, schickte ihn sein Vater zum Studium auf die brandenburgischen Universitäten Frankfurt an der Oder und Berlin. Als 1806 der Vierte Koalitionskrieg ausbrach und die Preußen bei Jena und Auerstedt eine vernichtende Niederlage erlitten, hielt Raczynski sich gerade in Dresden auf. Schleunigst trat er die Flucht Richtung Osten an. Bis nach Krakau verschlug es ihn.

Als die Franzosen 1807 das preußische Danzig belagerten, stand Raczynski auf der Seite der Belagerer. Nachdem Napoleon aus ostelbischen Gebieten, die Preußen im Tilsiter Frieden hatte abtreten müssen, 1807 das Herzogtum Warschau mit dem sächsischen König Friedrich August als Herzog gebildet hatte und dieses Herzogtum 1809 im Fünften Koalitionskrieg von Österreich angegriffen worden war, trat Raczynski in die Armee des Herzogtums ein. 1812 integrierte Bonaparte diese Armee des Herzogtums als V. Korps in seine Grande Armée, die er dann in die Weiten Russlands führte.

An Napoleons Russlandfeldzug teilzunehmen, blieb Raczynski jedoch erspart, denn da hatte der umtriebige Pole bereits zur Diplomatie gewechselt. Nach einer ausgedehnten Deutschlandreise trat er 1811 in den diplomatischen Dienst des Herzogtums ein. In dieser Eigenschaft wirkte er in Paris und Sankt Petersburg, diente Friedrich August aber auch in dessen sächsischer Hauptstadt als Kammerherr.

Das Ende des Herzogtums Warschau und der dafür ursächliche Untergang der napoleonischen Ordnung machten Raczynski nun kurze Zeit arbeitslos, was aber für ihn angesichts seines familiären Hintergrundes kein finanzielles Problem darstellte. Nach Reisen durch Frankreich, Deutschland, die Schweiz und Italien heiratete er 1816 Annette Radziwill, die einer ähnlich bedeutenden polnischen



Atanasius Raczynski Bild: Archiv

Familie entstammte. Er zog sich auf das Landleben in seine Heimat zurück, die seit der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress von 1814/15 wieder preußisch war.

Schließlich trieb es ihn doch wieder von seinem Gut bei Colmar in die Politik und das gesellschaftliche Leben. Er wurde wieder Diplomat, nun im Dienste Preußens. 1830 bis 1834 vertrat er Preußen in Dänemark, 1842 bis 1848 in Portugal und dann noch einmal vier Jahre in Spanien. Anschließend – da war er immerhin schon 64 Jahre alt – hielt er sich meistes in Preußens Hauptstadt Berlin auf, wo er auch am 21. August 1874 verstarb.

Während des bereits erwähnten Aufenthaltes in Dresden im Jahre 1806 hatte Raczynski die Liebe zur Kunst entdeckt. Er entwickelte sich zu einem bedeutenden Kunstsachverständigen und -sammler. 1834 hatte er in Berlin ein Palais mit der Adresse Unter den Linden 21 erworben, das für seine Gemälde bald nicht mehr ausreichte. Unter der Maßgabe, dass er dort seine Bilder der Öffentlichkeit zugänglich machte, überließ ihm der preußische König Friedrich Wilhelm IV. ein Grundstück am Königsplatz. 1842 bis 1844 errichtete Heinrich Strack dort das Palais Raczynski.

Der Bauplatz ist prominent, denn heute steht dort das Reichstagsgebäude. Diesem musste das Palais denn auch schon kurz nach Raczynskis Tod weichen. Noch im Todesjahr verkaufte sein Sohn das väterliche Palais samt Grundstück an den Staat, dem und dessen Gegnern sein Vater über Jahre gedient hatte. Entsprechend Athanasius Raczynskis letztem Willen übernahm der preußische Staat die Verwaltung der Gemäldesammlung. Die Bilder wurden erst in der Berliner Nationalgalerie ausgestellt. Nach der Errichtung des Neubaus des 1857 als Museum für polnisches und slawisches Altertum gegründeten Kaiser-Friedrich-Museums in Posen im Jahre 1904 kam die Sammlung in Raczynskis Geburtsstadt, wo sie heute noch ist. Nur, dass das Kaiser-Wilhelm-Museum am Wilhelmsplatz nun Nationalmuseum am Freiheitsplatz heißt. *Manuel Ruoff*

Genauer hinhören

Zu: „Phantastische Aufbruchstimmung“ (Nr. 16)

Ich beobachte schon sehr lange die Bemühungen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zur Gründung einer Partei und ich beobachte auch, wie andere Parteien darauf reagieren. Ich selber bin von dem Programm überzeugt und gebe der AfD meine Stimme.

Sollte es nach den Aussagen keine Erfolge geben, so werden sie so wie die Piraten von der politischen Bühne verschwinden. Nur denke ich, dass man bei der AfD genauer hinhören sollte. Es ist eine sehr gute Alternative zu den festgefahrenen deutschen Großparteien. **Adrian Doru, Berlin**

Lügen bekämpfen

Zu: „Nervöse Attacken gegen AfD“ (Nr. 15)

Es ist erfreulich, dass sich mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine neue – und wie ich hoffe – vernünftige politische Gruppierung herausgebildet hat und jetzt als Partei neu gegründet wurde. Es ist notwendig, die alten und etablierten Parteien aufzumischen. Die Alternativlosigkeit derselben schreit zum Himmel.

Eine neue Partei ohne Zensur wird Stimmen bringen und sie wird der politischen Korrektheit den Kampf ansagen, denn wir werden belogen und betrogen. Unsere Demokratie ist in höchster Gefahr. **Eckhard von Frantzius, Aichtal-Grötzingen**

Ernst zu nehmende Bewegung

Zu: „Was heißt hier ‚Alternative‘?“ (Nr. 11)

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) als neue Partei erhitzt die Gemüter der Medien- und Parteienlandschaft wie keine andere Partei in der Vergangenheit der BRD. Was ist passiert? Die eingefahrene Presse mit System informiert in der gewohnten schwarzgelbrotgrünen Manier und marginalisiert die alternativen politischen Kräfte. Seltsam nur, dass die AfD wohlgemerkt hinter der Verfassung und der Demokratie fest positioniert ist.

Bemerkenswert ist die Eile der Verurteilung dieser Partei, zumal sie erst seit ein paar Tagen ihr Parteiprogramm umrissen hat. Wer sich mit den Forderungen der AfD beschäftigt, erkennt die Unterschiede zur gegenwärtigen Parteienlandschaft. Die eigentliche Arbeit muss jedoch von aktiven Bürgern in kurzer Zeit gestemmt werden. Das Potenzial wird bei acht bis 18 Prozent für die Bundestagswahl vermutet.

Ein Kernthema, ob der Euro in dieser Form Zukunft hat, wird übrigens auch von einigen Abgeordneten der anderen Parteien in Frage gestellt. Dass die AfD das Zeug zu einer Alternative mit ihren Kernaussagen bietet, wird nicht bestritten und namenhafte Persönlichkeiten mit dem Potenzial an Sachkenntnis sind zur Arbeit bereit. Das bisherige Heer der Nichtwähler ist insbesondere zu beachten, da ein Großteil dieser Gruppe seine Stimme bisher nicht abgeben wollte. Anzunehmen ist, dass Politikverdrossenheit da eine Rolle spielte.

Die Versuche einer AfD in Deutschland oder der „Clownpartei“ mit dem Komiker Beppe Grillo in Italien sind ernst zu nehmende Bewegungen.

In der Tat passiert etwas in der Gesellschaft. Es muss auch etwas passieren, um keine Staatspleite zu riskieren. Die Partei „Alternative für Deutschland“ sieht sich nicht als Splitterpartei. Entscheidend ist die Reaktion der Nichtwähler, die bisher keine Perspektiven in der Politischen Landschaft sahen. **Udo Heinz Barendt, Alsdorf**

Take it easy, Ladys

Zu: „Es gibt Wichtigeres“ (Nr. 14)

Wenn sich Feministinnen bei jeder Kleinigkeit „diskriminiert“ fühlen, dann sagt das über sie mehr aus als über die Männer nach dem Motto, dass Kritiken über den Kritiker mehr aussagen als über den Kritisierten.

Als Mann sehe ich das umgekehrt völlig entspannt. Ich habe zum Beispiel keine Probleme damit, dass Schiffe seit jeher weiblich sind. Es heißt also die „Deutschland“ oder die „Hamburg“. Selbst der 100 000 Tonnen Wasser verdrängende US-Flugzeugträger „Ronald Reagan“ ist die „Ronald Reagan“. Also meine Damen, take it easy! **Rolf Bürgel, Darmstadt**

Nur eine Frage der Zeit

Zu: „Von der Realität eingeholt“ (Nr. 12)

Dass die Bundestagsparteien die Gefahr, die von der Euro-kritischen „Alternative für Deutschland“ für sie ausgeht, „schon jetzt“ erkennen, ist vielleicht nicht korrekt. Es könnte auch heißen: erst jetzt! Denn dass eine politische Gruppierung mit anderen Zielen kommen würde, war vorauszusehen. Die Frage war nur wann und von welcher Qualität.

Es zeugt von einer grenzenlosen Naivität seitens der Vertreter aller unserer gegenwärtig etablierten Parteien, wenn diese plötzlich vom großen Zuspruch einer Euro-kritischen Partei überrascht sind. Vielleicht war es auch nur die vom Volk abgehobene Politik, die sie alle Warnhinweise ignorieren ließ und sie jetzt in Panik versetzt. Dabei war und ist jedem normaldenkenden Bürger klar und verständlich, dass dieser volkszerstörenden Politik schnellstens Einhalt geboten werden muss. Der Normalbürger versteht, dass er, seine Kinder und gegebenenfalls auch noch seine Enkelkinder den von diesen Politikern angehäuften Schuldenberg bezahlen müssen.

Ebenso verhält es sich mit der unkontrollierten Zuwanderung direkt in die soziale Hängematte, für die schließlich der einfache Bürger, der jetzt bereits mit über 50 Prozent seines Verdienstes belastet ist, aufkommen muss. Wohin das führt, hatte Dr. Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ beschrieben. Anstatt darüber nachzudenken, hat man sofort versucht, ihn auf schmutzigste Art und Weise zu diffamieren. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich von der sich jetzt formierenden Front gegen diese neue Partei, der „Alternative für Deutschland“, nicht noch viele potenzielle Wähler beeinflussen lassen. **Horst Vajen, Arandi/Estland**



Beschlossene Sache: Beim Gründungsparteitag der „Alternative für Deutschland“ war man sich einig, den etablierten Parteien einen Euro-kritischen Kampf anzusagen Bild: Leh

Keiner fragt uns

Zu: „Vom Sozialneid geblendet“ (Nr. 15)

Genau betrachtet, machen die sogenannten Steuerhinterzieher das Richtige, indem sie ihr sauer verdientes Geld vor diesem raffgierigen Raubritterstaat in Sicherheit bringen. Würde dieser Staat sorgfältig und sparsam mit den Steuergeldern umgehen, dann wären insgesamt die Steuern erheblich niedriger und kein Mensch käme auf die verrückte Idee, sein Geld im Ausland zu verstecken.

Aber im Gegenteil tut der Finanzminister alles zugunsten der europäischen Pleitestaaten und zieht seine Bürger dafür bis aufs Hemd aus. Obgleich er verpflichtet ist, die Rettung Zyperns im Parlament zu erörtern, damit die Parlamentarier darüber befinden können, entzieht er sich dem. Lediglich die Fraktionsvorsitzenden wurden darüber informiert.

Wir können also getrost unsere Parlamentarier verabschieden, denn die werden eh nicht mehr gefragt. Dann kann der Staat wenigstens an dieser Stelle sparen. **Gerhard Paschedag, Gütersloh**

Blutsauger

Zu: „Vom Sozialneid geblendet“ (Nr. 15)

Wen haben die Steuerbeschlüsse der letzten Jahre am meisten getroffen? Die fleißig arbeitende Mittelschicht, die mehr und mehr verarmt. Die Politiker wissen genau, wo es viel zu holen gibt: bei der wehrlosen Masse. Was toll funktioniert, ist die Integrationsindustrie, die sich um die neuen Kunden aus Rumänien und Bulgarien reißt. Die Hochqualifizierten, die unser Land trefflich nach vorne bringen, benötigen zwangsläufig viel Geld. Jeder, der hier viel Geld verdient und versteuert, wäre dumm, wenn er es nicht dem Zugriff der Blutsauger entziehen würde. **Peter Schumacher, Melsungen**

Neue Partei könnte Interessen von Vertriebenen wahren

Zu: „Die Geschichte gibt ihnen recht“ (Nr. 16)

Wenn man bedenkt, dass wir zirka 40 Prozent Nichtwähler im Land haben, wird es einmal Zeit, dass eine Partei diese Gruppe der Nichtwähler anspricht. Wähler der Vertriebenen, der ländlichen Bevölkerung und anderer benachteiligter Gruppen im Land haben sich von den Wahlen schon seit Längerem abgemeldet, weil die Politiker vorher anders sprachen, als sie nach der Wahl bereit waren, ihre Versprechen einzulösen.

Die etablierten Parteien dümpeln mit ihren Stimmenanteilen vor sich hin, weil sie dem Bürger vor der Wahl mit markigen Worten und kurzfristigen Aktionen zeigen wollen, dass sie noch da sind. Die Wahlergebnisse waren stets ein Zufallsprodukt, das gerade einmal die Tagesform der Wähler widerspiegelte.

Besonders die Vertriebenen und ihre Nachkommen haben in den letzten Jahrzehnten vor den Wahlen nur Sprechblasen von den Politikern vernommen. Wenn es nach dem Wahlgang darum ging, für diese Klientel etwas zu bewirken, dann knickten alle ein.

Die südlichen Länder wie Bayern und Österreich blieben über Jahre ihrer Linie treu, was heute ein Einlenken mancher ehemaliger Ostblockstaaten zeitigt. Die nördlichen Länder haben die Vertriebenen auf lange nicht mehr auf dem Plan. Genauso haben sie damals die Deutsche Einheit schon frühzeitig aufgegeben. Die Geschichte geht manchmal doch seltsame Wege. Diese „Alternative für Deutschland“ zeigt auf, dass Entscheidungen der Politik nicht immer alternativlos sein müssen.

Unsere Kanzlerin betont immer wieder, dass ihre Entscheidungen alternativlos seien. Doch das ist beileibe nicht so. Wer meint, die gewählten Volksvertreter handeln nach der Wahl anders, als vor der Wahl versprochen, sollte sich auf diese Alternative einlassen.

Wer sich als Wähler in der Vergangenheit übergangen fühlte und in die innere Emigration geflüchtet ist, und sich geschworen hat, nie wieder zur Wahl zu gehen, weil die da oben sowieso machen, was sie wollen, sollte einmal diese Möglichkeit nutzen. Die Stammwähler der Etablierten brauchen dabei ihrer Partei nicht den Rücken zu kehren. Bei der kommenden Bundestagswahl hätte der Wähler eine Alternative, seinen Willen durchzusetzen. Nichtwähler sollten sich jetzt überwinden und zur Wahl gehen.

Die Alternative, die diese Partei bietet, ist eine andere Möglichkeit. Wenn die Masse der Nichtwähler sich besinnen würde, könnte eine bessere Alternative für eine Zusammenarbeit mit der stärksten Partei geschaffen werden. Die Interessen der Vertriebenen könnten damit besser durchgesetzt werden. Mit diesem Stimmenanteil hätten sie die Möglichkeit, Politik auch für die abseits stehenden Menschen zu machen. **Jürgen Schultz, Soest**

Rote Karte

Zu: „Panoptikum der politischen Korrektheit“ (Nr. 12)

In vielerlei Hinsicht erfährt man als national denkender Deutscher die Verzweiflung und den Frust der Menschen vor Ort in Kirchweyhe, wo ein junger Mensch von Gleichaltrigen mit Migrationshintergrund getötet wurde. Doch sich einer systembekämpfenden Alternative anzuschließen, fehlt den Menschen die endgültige Entschlusskraft.

Man kann das sehr schön bei den Wahlen ablesen. Die Bürger wählen immer dieselben Versager. Unterhaltung und Spaß sind die Triebfedern, die dieses System in Deutschland stützen. Die bewusst herbeigeführte Individualisierung der Gesellschaft hat die Zerstörung des Gemeinschaftsbewusstseins bewirkt.

Viele Deutsche – zumindest diejenigen, die sich einen Rest an Verstand bewahrt haben – wissen genau, dass dieses Deutschland ihnen keine Zukunft bietet. Daher ist eine Parteienerneuerung dringend geboten. Daher werde ich mich der Bewegung der „Alternative für Deutschland“ anschließen. Auch wenn diese Bewegung nicht alle Wünsche erfüllen kann, es muss aber den etablierten Parteien die rote Karte gezeigt werden. **Volker Hardt, Bad Nenndorf**

Dekadente Welt

Zu: „Zweierlei Maß bei Echo-Verleihung“ (Nr. 13)

Gegen das ominöse „Rechts“ wird mit allen – auch undemokratischen – Mitteln gekämpft, „Links“ dagegen mit wohlwollenden Worten und Taten begleitet. Und fast niemand außer der *PAZ* schreibt dagegen an.

Nicht nur Deutschland ist nach links gerutscht, das gesamte Europa geht diesen Weg. Wer bei Wahlen die meisten Wohltaten verspricht, bekommt die höchste Zustimmung. Leider wollen fast alle Menschen möglichst viel Umverteilung bei möglichst wenig eigener Anstrengung. Dies ist die römische Dekadenz, von der Westerwelle so richtig sprach, und auch Europa wird den Weg aller früheren Hochkulturen in die totale Bedeutungslosigkeit und Armut (geistige und materielle) gehen. **Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg**

Litauen entzweite Memelländer

Zu: „Beeindruckendes Bindeglied“ (Nr. 11)

Ich habe das Memelland von unten nach oben und umgekehrt bereist (von Schmalleningken bis Nimmersatt), vor Ort gründlich recherchiert und mir mit Hilfe der in der Heimat verbliebenen Deutschen manche Hintergründe erschlossen. Das in der *PAZ* rezensierte Buch „Das Memelland“ von Hermann Pölking reizt aber zum Widerspruch. Meine Erfahrungen sowie die mir zur Verfügung stehenden Quellen decken sich nicht mit den Aussagen im Buch.

Erstens: Das Gesicht des Memellandes von der frühen Ordenszeit über das Herzogtum Preußen bis zur Neuzeit war vorwiegend preußisch-deutsch geprägt beziehungsweise vom deutschen Kulturbewusstsein durchdrungen. Das wird von Pölking bestritten, der schreibt das Preußen bis 1871 ein „multi-ethnischer“ Staat gewesen sei. Weit hergeholt ist auch die pauschale Feststellung: „Ein Preuße war noch lange kein Deutscher.“

Zweitens: Litauen betrieb eine unverhohlene Entdeutschungspolitik. Die sechs stattgefundenen Wahlen bis 1938 ergaben jedoch ein eindeutiges Bekenntnis zum Deutschtum. Auch in Anbetracht dessen, dass ein Teil der Memelländer als Haussprache einen litauischen Dialekt sprach (Preußisch-Litthauer). Man sprach quasi Litauisch und Polnisch und wählte deutsch.

Drittens: Das NS-Regime hat die Menschen nicht allein entzweit, dafür hat Litauen schon vorher gesorgt. Leider kann das Memelland jetzt nicht mehr als Bindeglied fungieren. Wie sollte das denn geschehen? Das Memelland ist jetzt litauisch und der Einfluss der verbliebenen Deutschen ist gleich null. **Bernd Dauskardt, Hollenstedt**

Islam als Macht-Ideologie

Zu: „Dubiose Quellen und Fehlinterpretationen“ (Nr. 10)

Ihr positives Urteil über das von Ihnen vorgestellte Buch „Im Schatten des Schwertes“ von Tom Holland kann ich nach den ersten Seiten bestätigen. Es ist lesenswert und lesbar. Inhaltlich beziehungsweise wissenschaftlich mögen in den letzten 160 Jahren neue Erkenntnisse zum Forschungsgebiet „Islam“ hinzugekommen sein, aber das Standardwerk bleibt dennoch Aloys Sprengers „Das Leben und die Lehre des Mohammad“ von 1862.

Sprenger prüft sämtliche Hadithen auf historischen Gehalt, filtert diesen heraus und verbindet diese mit den Suren. Er ordnet dann die Suren des Korans chronologisch. Diesen unterwirft er einer sprachwissenschaftlichen Untersuchung, um die Herkunft einiger Aussagen zu bestimmen. Er zeigt auch, dass Mohammad neben jüdischen und christlichen auch aus anderen Quellen schöpft. Letztlich eröffnet dieses dreibändige Werk ein breites Panorama, dessen wissenschaftliche Tiefe in der heutigen Zeit kaum mehr erreicht wird.

Wer einen nicht weniger fundierten, gleichwohl aber leicht lesbaren Einblick in die Geisteswelt des Islam erhalten möchte, dem sei Heinrich von Maltzans „Meine Wallfahrt nach Mekka“ empfohlen. In diesem dokumentarischen Reisebericht, der sich fast wie ein Abenteuerroman liest, wird dem Leser in atmosphärischer Dichte die Hadsch nahegebracht.

Wer Sprenger und/oder Maltzan gelesen hat, wird sich Hollands Urteil über den Islam anschließen und ihn als das erkennen, was er war und ist: eine Ideologie zur Machtausübung. **Gernot Schmidt, Wilnsdorf**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 17 – 27. April 2013

15 Volkslieder neu arrangiert

Dem geschenkten Gaul soll man nicht ins Maul schauen, aber bei der vom Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung der Republik Polen und dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig finanzierten jüngsten CD von „Warmia“, die auf Polnisch und Deutsch den Titel „Vier Jahreszeiten in Ostpreußen“ trägt, kann man es ruhig tun. Zwei Jahre hatte sich der Verein der deutschen Volksgruppe in Heilsberg Zeit gelassen, bevor er nun mit dieser zweiten CD an die Öffentlichkeit getreten ist. Sie enthält die 15 früher nicht nur in Ostpreußen gesungenen schönen deutschen Volkslieder „Auf einem Baum ein Kuckuck“, „Alle Vögel sind schon da“, „Der Mai, der Mai, der lustige Mai“, „Tra ri ra, der Sommer, der ist da“, „Linde“, „In unserem Walde singen die Vögel“, „Ein Jäger aus Kurpfalz“, „Es klappert die Mühle“, „Ein Tiroler wollte jagen“, „Bunt sind schon die Wälder“, „Guten Abend, schön Abend“, „Laterne“, „Tal und Hügel“, „Kling, Glöckchen, klingelingeling“ und „O Tannenbaum“. Alle vereint, dass sie über die Jahreszeiten erzählen, daher der Titel der CD. Die Auswahl der Stücke traf Ewa Huss-Nowosielska, die Chefin des Chors.

Die Produktion im Aufnahmestudio von Radio UWM FM der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein erwies sich dabei als langwieriger denn geplant. Der Chor ging nämlich mit etwas anderen Plänen ins Studio als der Tonmeister. „Wir hatten eine traditionelle Ausführung geplant, doch dann hat uns der Realisator der Platte Radek Hrynek im Verlauf der Proben davon überzeugt, sie zu modernisieren. Er hat neue musikalische Unterlagen vorbereitet, ein schnelleres Tempo und einen moderneren Klang vorgeschlagen, und im Resultat unterscheidet sich die neue Platte sehr von der ersten“, erzählt Ewa Huss-Nowosielska.

»Warmia« will neuen Stil beibehalten

Jetzt singt der Chor schneller, mit größerer Energie. Und das Ganze klingt voluminöser. Auf der Platte werden zwei Lieder von einem Duo gesungen, dem sich im Refrain der Chor anschließt, auch eine neue Idee, welche bei der CD-Aufnahme erstmals umgesetzt wurde.

„Den Einen gefallen die moderneren Arrangements sehr, den Anderen weniger. Ein Teil der Zuhörer sagt, dass wir jetzt fröhlicher singen. Die generellen Meinungen sind positiv“, merkt Ewa Huss-Nowosielska an.

Radek Hryneks Veränderungsvorschläge scheinen jedoch die nicht mehr so ganz junge Gruppe überzeugt zu haben, denn der Chor will den neuen Klang nach der CD nun auch auf ihren Konzerten die alten Lieder in neuen Arrangements präsentieren.

Die in einer Auflage von 500 Stück erschienene CD wird von „Warmia“ im Rahmen von Werbemaßnahmen kostenlos abgegeben. Eine Chance, in den Genuss dieses Geschenkes zu kommen, besteht beispielsweise nach den Konzerten des Chors. *PAZ*

Putin entdeckt Kant als Markenzeichen

Königsberger Gebiet soll Symbolkraft des deutschen Philosophen nutzen – Forscher Kalinnikow übt Kritik

Wladimir Putin hat dem Direktor sowie Studenten und Dozenten der Königsberger Kant-Universität empfohlen, mit der Symbolkraft ihres Namensgebers für die Region zu werben. Anlass zu dieser Empfehlung bot ihm ein inoffizielles Treffen in seiner Residenz Nowo-Ogarjowo nahe Moskau, dem weitere mit Studenten und Dozenten der übrigen acht föderalen Universitäten der Russischen Föderation folgen sollen. Föderale Universitäten genießen in der russischen Hochschullandschaft insoweit eine herausgehobene Stellung, als sie autonomer sind denn andere staatliche Lehranstalten und über die Verwendung der Mittel, die sie aus dem Staatshaushalt erhalten, freier verfügen können.

Wörtlich sagte der Präsident seinen Gästen aus Königsberg: „Der Philosoph Immanuel Kant muss zum Symbol für die gesamte Oblast Kaliningrad werden. Die Figur Kants ist Symbol für das heutige Weltgefüge. Ich denke, dass Kant nicht nur das Symbol Ihrer Universität sein kann und muss, sondern auch das der gesamten Region, der Oblast Kaliningrad sein sollte.“

Putin vertiefte sich in die wissenschaftlichen Ansichten Kants und stellte Vergleiche zur Gegenwart an: „Eine seiner ersten fundamentalen Arbeiten ist der Entwurf ‚Zum ewigen Frieden‘. Im Grunde genommen ist das der erste Versuch einer Einigung Europas nach dem Siebenjährigen Krieg. Es ist die philosophische, religiöse und kulturelle Begründung für die Notwendigkeit eines Einigungsprozesses in Europa. In diesem Sinne ist die Figur Kants unbedingt symbolisch für das heutige Weltgefüge.“

Putin ließ es nicht bei allgemeinen Aussagen bewenden, sondern machte konkret Vorschläge zur Herausgabe der Werke des deutschen Philosophen in russischer Sprache, damit eine größere Zahl von Russen sich damit bekannt machen kann.

Diese Worte stießen im Königsberger Gebiet bei Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auf große Resonanz. Gouverneur Nikolaj Zukanow beklagte, dass der Name Kant ein Markenzeichen von Weltrang sei, das bislang in der Region nicht effektiv genutzt worden sei. Nichtsdestoweniger werde schon seit einiger Zeit daran gearbeitet. Der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland im Königsberger Gebiet, Rolf-Friedrich Krause, sagte: „Der deutsche Philosoph Immanuel Kant sollte Symbol für das Königsberger Gebiet sein ebenso wie die Büste der ägyptischen Königin Nofretete eines für das kulturelle Erbe Deutschlands wurde. Die Büste der Nofretete ist der schönste Botschafter der ägyptischen Kunst und der ägyptischen Kultur in Deutschland. Kant kann ein Botschafter der deutschen Kunst und Kultur in Königsberg und in Russland insgesamt werden.“

Leonard Kalinnikow, Professor an der Baltischen Föderalen Kant-Universität und einer der bekanntesten russischen Kant-Forscher, übte hingegen Kritik an den Ausführungen seines Präsidenten. Er warf ein, dass Kant ohne jede Eingabe von oben schon lange das Symbol Königsbergs sei. „Die gesamte kulturelle Welt verbindet Kaliningrad-Königsberg mit seinem Namen, nur die offiziellen Kreise verstehen das nicht.“ Alljährlich veranstalteten Mitglieder der Kant-Gesellschaft Feiern zu Ehren des großen Philosophen an dessen Geburtstag und Todestag. An diesen Tagen hielten Wissenschaftler aus Russland und dem Ausland Lesungen in der Universität und im Deutsch-Russischen Haus. „Diese Tradition“, so Kalinnikow weiter, „wurde bereits 1974 begründet, als man das 250. Jubiläum Kants feierte, und seit dieser Zeit ist sie nicht ein einziges Mal abgerissen.“

Demgegenüber fehle Stadt, Gebietsregierung und Universitätsleitung, so Kalinnikows Vorwurf, jegliches Interesse an der großen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung Kants. Für ihn sind die aktuellen Stellungnahmen aus der Politik zu Kant nur Ausdruck schnöden Materialismus. Für die Politiker sei der große Philosoph nur aus pragmatischen Gesichtspunkten interessant, als Markenzeichen einer Ware, die zusätzlichen Gewinn oder Vorteil bringen soll. *Jurij Tschernyschew*



Name und Plakette erinnern schon jetzt an den deutschen Philosophen: Baltische Föderale Kant-Universität Bild: Tschernyschew

Spende für die Bruderhilfe

Liebe Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*,
Liebe Landsleute und Freunde Ostpreußens,

die Bruderhilfe Ostpreußen arbeitet nunmehr im siebenten Jahrzehnt zum Wohle armer und bedürftiger Landsleute. Seit 1951 die ersten Päckchen und Pakete in die ostpreußische Heimat versandt worden sind, um dort notleidenden Deutschen zu helfen, ist sie zu einer festen Einrichtung geworden. Allen Schwierigkeiten und Widerständen zum Trotz hat die Bruderhilfe bis heute ihre Aufgabe erfüllt: *„Zu helfen, solange Hilfe notwendig ist“.*

Vieles hat sich in dieser Zeit verändert. Der „Eiserne Vorhang“ in Europa zerriss, neue, demokratische Regierungen wurden gewählt. Polen und Litauen gehören heute dem westlichen Verteidigungsbündnis, der Europäischen Union und dem „Schengen-Raum“ an. Zumindest in diesen beiden Ländern sind wirtschaftliche Erfolge deutlich spürbar. Wer Arbeit und ein festes Auskommen hat, konnte seine Situation verbessern. Die Löhne und Renten der einfachen Menschen wurden zwar angehoben, liegen aber dennoch oftmals am Rand oder gar unterhalb des Existenzminimums.

Besonders schlimm ist die Lage vieler älterer Landsleute in Ostpreußen, die oft unter menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen. Kommt zum Alter noch Krankheit oder Behinderung dazu oder sind jüngere Menschen oder Ernährer von diesen Übeln betroffen, ist die Existenz gänzlich in Frage gestellt. Kranke, Arbeitslose und Behinderte sind in vielen Fällen auf die Mildtätigkeit ihrer Mitmenschen angewiesen. Die Deutschen im Land zwischen Weichsel und Memel, zwischen Ostsee und Rominter Heide, hoffen auch auf unseren Beistand.

In diesem Jahr sollen wieder möglichst viele Menschen unterstützt werden, durch direkte Auszahlung von Geldbeträgen an die Bedürftigen. Dabei geht es um Notwendigkeiten, wie zum Beispiel Heizmaterial und wärmende Kleidung im Winter, die für die Menschen in der Heimat ohne unsere Unterstützung unerschwinglich sind. Daneben möchte die Bruderhilfe einer Gruppe heimatverbliebener Landsleute den Besuch des Deutschlandtreffens 2014 in Kassel ermöglichen. Für die Finanzierung der Fahrt-, Unterbringungs- und Verpflegungskosten der Landsleute, die an dieser größten Zusammenkunft der weltweiten Ostpreußenfamilie teilnehmen, brauchen wir Ihre Hilfe und Unterstützung.

Deshalb wende ich mich heute wieder mit der Bitte um Spenden für die Bruderhilfe Ostpreußen an Sie, damit weiterhin unseren Landsleuten durch Ihre Solidarität und Mitmenschlichkeit geholfen werden kann. Jede noch so kleine Spende, jedes Vermächtnis, hilft und gibt den bedürftigen Deutschen in der Heimat Ostpreußen ein Zeichen, dass sie von uns nicht vergessen sind.

Wie in den Vorjahren können Sie ganz sicher sein, dass die Unterstützung nur den wirklich Bedürftigen zugutekommt: Die Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen prüfen die Bedürftigkeit und stehen dafür ein, dass Ihre Hilfe direkt zu den Alten und den Kranken, den Notleidenden, den kinderreichen Familien und den Arbeitslosen gelangt. Sie sorgen dafür, dass schnell, direkt und unbürokratisch geholfen werden kann. Durch die ehrenamtliche Überbringung des Geldes fallen keine Verwaltungskosten an, so dass Ihre Spenden in voller Höhe die Empfänger erreichen.

Bitte unterstützen Sie die Fortsetzung unserer humanitären friedensstiftenden Arbeit und helfen Sie mit, armen Landsleuten mit einer Spende zu mehr Lebensqualität zu verhelfen. Deutsche helfen Deutschen, Ostpreußen unterstützen heimatverbliebene Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!
Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Stephan Grigat
Rechtsanwalt
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Wenn Sie helfen möchten, überweisen Sie Ihre Zuwendung auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e. V. bei der HSH Nordbank, Konto-Nr.: 600 502 000, BLZ 210 500 00. Für Überweisungen aus dem Ausland: IBAN: DE 93 2105 0000 0600 5020 00.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

die lauen Lüfte sind nun endlich erwacht, es zwitschert, flötet und piept schon am frühen Morgen – leider auch auf meinen Bronchien. Mich hat es nun doch noch erwischt, und da bekommen auch die Leser zu spüren, die mit mir telefonisch Kontakt aufnehmen wollen. Zwar habe ich es versucht, doch mein Gekrächze konnten höchstens Nebelkrähen verstehen, aber nicht meine Telefonpartner, so dass es – wenn überhaupt – nur zu irreführenden Gesprächsversuchen kam. Als schließlich ein Teilnehmer meinte, er würde lieber mit Frau Geede sprechen, und ich verzweifelt in den Hörer krächzte: „Aber ich *bin* doch Frau Geede!“ und er daraufhin auflegte, beschloss ich, erstmals zu schweigen. Was meinen Bronchien gut tat, aber weniger den nun auf Warteposition geschobenen Rückrufheischenden. Also, ich bitte die Betreffenden, sich noch ein wenig zu gedulden. Verständlicherweise!

Bei Frau **Gerda Fritz** aus Steinhagen zwitschert es auch, jedenfalls in der Erinnerung. Meine Storchengeschichte in Folge 13 ließ sie an das Storchennest auf dem Scheunendach des elterlichen Hofes im Kreis Tilsit-Ragnit denken, zu dem sie als Kind immer aufschaute. Genau wie zu den Schwalbennestern, an die sie ganz besondere Erinnerungen hat. Die Ankunft der „Schwoalkes“ wurde ebenso wortreich begrüßt wie die der Störche. Ihr Gezwitscher hatte es Gerdas Vater besonders angetan, er konnte es wunderbar nachmachen, und er wusste dazu auch einen plattdeutschen Vers, den die damals Fünfjährige bis heute nicht vergessen hat. Da sie meint, dass es sich um eine Vogelstimmenversion handelt, die in Ostpreußen bekannt war, schrieb sie ihn auf und sandte ihn uns mit. Und ich muss sagen: Der Vers stimmt, liebe Frau Fritz. Vor allem diejenigen unter unseren Landsleuten, die tohuus plattdeutsch sprachen, werden sich daran erinnern, wie den Schwalben zugerufen wurde: „Wie eck wegtog, wie eck wegtog, wäre Kiste on Kaste voll. Wie eck wedderkäm, wie eck wedderkäm, wär allet rutjeschmeete, oppjefräte, utjescheete!“ Frau Gerdas Vater hängte aber noch einen reichlich derben Nachsatz an: „Freet, datt du di terwärgst!“ Also, futter so viel, bis es dir zum Hals rauskommt!“ Na ja, der war wohl weniger für die Schwoalkes bestimmt, als für einen menschlichen „Gierschlung“. Soviel zu dieser Deutung. Frau Fritz meint, dass es in Ostpreußen auch weitere Vogelsprachversionen gab und hat bisher vergeblich nach ihnen gesucht. Mit einigen können wir helfen wie mit der Deutung des Kiebitzrufes: „Kiewick, wo bliew eck?“ Er geht zurück auf eine alte Sage, dass das Haus des Vogels – der ein verzauberter Korbflechter war – zerstört worden war. Den Nester bauenden Singvögeln wurde zugerufen:



Es führte kein Weg mehr zurück nach Schillfelde

„Driew, Peterke, driew. Häst e gode Wirt, denn bliew. Häst e schlechte Wirt, denn teh (zieh fort) wiet-wiet-wiet-wiet-wiet!“ Diese und andere Versionen kann ich Frau Fritz übermitteln, und sie wird sich wohl freuen.

Freude kam auch bei Frau **Margot Gehrmann** auf, als sie unseren Beitrag über das Kochbuch „Reise durch das kulinarische Hohenhorst“ las, für das sie als Mitherausgeberin und Co-Autorin zeichnet – und noch mehr, als sie die Reaktionen unserer Leserinnen und Leser zu spüren bekam. Denn da waren einige von diesem „kulinarischen Europa in der Einbauküche“ so angetan, dass sie das Kochbuch gleich bestellten. Was Frau Gehrmann besonders erfreute: Sogar aus Arys kam eine Anforderung, die Bestellerin allerdings ist für die Herausgeberin des Kochbuchs keine Unbekannte, denn diese enthält seit 15 Jahren persönliche Geburtstagsgrüße von Margot Gehrmann, die sie im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Betreuungsarbeit versendet. Und da auch die Arbeit an dem nun großartig gelungenen Kochbuchprojekt ehrenamtlich von der Ostpreußin geleistet wurde, interessierte sich eine Hamburger Regionalzeitung für Margot Gehrmann und machte ihre Tätigkeit zu einem Titelthema: Im hohen Alter von 77 Jahren noch ehrenamtlich tätig! Anerkennung ist eben auch ein „Honorar“ – ein Ehrensold, selbst wenn er nicht in klingender Münze ausgezahlt wird, aber er zählt eben viel, viel mehr.

Und das zeichnet auch unsere „Ostpreußische Familie“ aus, wie uns Frau **Edelgard Hesse** aus Crivitz bestätigt: Dieses für einander da sein zeigt, dass die Seite zu Recht ihren Namen trägt. Sie selber hat es nun auf vielseitige Weise erfahren, denn Frau Hesse hatte uns vor einiger Zeit mehrere Fragen vorgelegt, auf die sie von verschiedenen Seiten Antwort bekam. Ausschlaggebend – weil am leichtesten zu beantworten – war die Frage nach der Lage der Hindenburgstraße in Lyck, zu der wir ein Luftbild der Stadt veröffentlicht hatten. „Seitdem erhielt ich mehrere Anrufe und Briefe. Ich möchte all jenen Dank sagen, die mir Auskunft über das Wohnhaus und die Straße, in der meine Eltern wohnten, gegeben haben. Obwohl ich selber nie dort sein konnte, ist es mir, als wäre ich jetzt dort angekommen!“ Aber es gibt noch einen anderen Ort, der für Frau Hesse Bedeutung hat und nach dem sie gefragt hatte: Riesenburg, die Stadt, in der sie 1943 geboren wurde. „Beide Städte werden für mich immer gleichbedeutender, wohl auch weil es Gemeinsamkeiten gibt. In beiden Städten wohnten einst meine Eltern. In beiden Städten wurde der einstige Wasserturm zur Gedenkstätte über die Geschichte der Stadt. Durch die mir zugesandten Stadtpläne kann ich jetzt in Gedanken durch die Städte und ihre Umgebung wandern.“ Die Veröffentlichung war zu einer Zeit erfolgt, in der sich Edeltraut Hesse im Krankenhaus befand. Als sie entlassen wurde, fand sie bereits die ersten Briefe vor. Das war für sie „wie ein Schluck guter Medizin“! Ihr Dank gilt nun allen, die sich bemüht haben, ihr schriftlich oder telefonisch Auskunft zu geben. „Stellvertretend für alle möchte ich mich besonders bei Frau **Edeltraud Grüncke** aus Halsenbach bedanken. Sie hielt beim Heimattreffen nach möglichen Verwandten von mir Ausschau und wurde sogar fündig: **Erich Bendig** und **Ernst** Bendig tragen den gleichen Namen wie Edelgards Vorfahren, die aus dem Kreis Johannisburg stammen. Urgroßvater **Jakob** Bendig wurde 1828 in Sulimmen geboren, heiratete in Drigallen. Sein Sohn **Adam** Bendig, *1880 in Jurgasdorf, der Großvater von Frau Hesse, war anscheinend der einzige männliche Nachkomme, er hatte aber noch zwei Schwestern. Die gefundenen „Namensvettern“ könnten Nachkommen unbekannter Geschwister ihres Urgroßvaters sein. „Das macht mich neugierig“, schreibt Frau Hesse, und so wird sie wohl weiter forschen. Eine andere Frage ist noch offen und wird es wohl auch bleiben: Wann fuhr der letzte Zug mit Zivilpersonen von Riesenburg – Deutsch Eylau nach Lyck? Aber immerhin ist das Thema „Letzte Züge“ in letzter Zeit bei uns stark in den Vordergrund gerückt und hat unsere Leserschaft aktiviert. Ein kleiner Hoffnungsschimmer bleibt eben immer! (Edelgard Hesse, Weinbergstraße 38 in 19089 Crivitz, Telefon 03863/222577.)

Einen überglücklichen Brief bekam ich von Frau **Käte Werner**: „Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich es bis heute nicht fassen kann, in Herrn **Grünsfelder** aus Travemünde jemanden gefunden zu haben, der so viel von der Fluchtgeschichte meiner Heimat weiß und miterlebt hat und fast gleichzeitig – eine Fahrt vorher – auf der „Monte Rosa“ war. Es dürfte dauern, bis ich dies alles begreifen und einordnen kann.“ Ja, wenn die Vergangenheit wieder transparent wird und auf einmal viele Jahrzehnte ausgelöscht scheinen, ist das nicht leicht zu begreifen, und es ist es gut, wenn man sich mit Menschen austauschen kann, die einen aufgrund des eigenen Schicksals verstehen. Übrigens habe ich auch mit Herrn Grünsfelder gesprochen, allerdings wegen meines Gekrächzes auf Sparflamme, doch so viel weiß ich nun doch, dass er nicht unter den jungen Marinern war, die mir damals im Januar 1945 auf das rettende Schiff in Pillau geholfen haben. Aber er konnte von anderen „Wundern“ erzählen, die für ihn die letzten Kriegstage unvergessen machen.

In jene schwere Zeit – für viele von uns die schlimmste in unserm Leben – führt der Suchwunsch zurück, mit dem Herr **Hans Wunder** aus Hochheim an uns herangetreten ist. Sein Familienbild spiegelt das ganze Leid einer ostpreußischen Familie wieder, chronologisch aufgelistet von 1944 bis 1948, und es beeindruckt besonders durch die emotionslose Angabe über Leben und Tod der einzelnen Mitglieder, die zumeist mit dem Wort „Unterernährung“ endet. Um seinen Suchwunsch verständlich zu machen, muss ich kurz auf die Familiengeschichte eingehen, die voller Irrungen und Wirrungen ist. Bereits vor der ersten Flucht am 1. Juli 1944 aus Schillfelde, Kreis Schloßberg (Schillehnen, Kreis Pillkallen), stirbt die Mutter von Hans Wunder. Nach Rückkehr und erneuten Fluchtversuchen werden Hans und einige seiner Geschwister nach Sachsen evakuiert, darunter auch seine Schwester **Maria Lippki**, *1924, mit ihren kleinen Söhnen **Erwin** und **Horst**. Vater **Friedrich** Wunder bleibt in Ostpreußen, kommt zum Volkssturm nach Wehlau, findet nach seiner Entlassung wegen schwerer Krankheit Ende Januar 1945 in Sachsen seine dorthin evakuierten Angehörigen wieder. Im Juni 1945 wollen die Wunders nach Ostpreußen zurückkehren, aber es wird eine Irrfahrt: Es führt kein Weg mehr nach Schillfelde, die „Heimkehrer“ werden in das russische Zwangslager Groß Gauden und dann in das Lager Zweilinden gebracht. Dort stirbt Vater Friedrich, ihm folgt seine Tochter **Helena**, dann auch Tochter Maria Lippki, ihr Sohn Erwin kommt ins Waisenhaus, sein Bruder Horst war bereits auf der langen Fahrt verstorben. Die noch lebenden Familienmitglieder – Hans und seine Schwestern **Lisbeth** und **Gretel** – kommen nach Stobricken zur Feldarbeit, ehe sie dann 1948 nach Pirna/Sachsen ausgewiesen werden. Soweit also fast nur in Stichworten die Familiengeschichte als Basis für den Suchwunsch von Hans Wunder, in dem es um den Verbleib seines Neffen Erwin Lippki, *17. Juli 1941 in Schillfelde, geht. Seit 1949 sucht und forscht sein Onkel nach ihm, bisher umsonst. Mit Sicherheit weiß Herr Wunder, dass Erwin – genannt **Bubi** – nach dem Hungertod seiner Mutter Maria Lippke im Juni 1946 zusammen mit anderen Kindern nach Nemmersdorf in das so genannte Waisenhaus (Werfen-Pennacken) gebracht wurde. In diesem Zusammenhang werden ein Mann namens **Brandstätter** und eine Frau **Wolter** oder **Walter** erwähnt. Gibt es noch Überlebende aus diesem Waisenhaus, die sich an Einzelheiten erinnern können? Wann wurde es aufgelöst und wohin kamen die Kinder? Der damals vierjährige Erwin war bereits Vollwaise, denn sein Vater **Viktor Lippki** war im Juli 1944 auf der Rollbahn in Witebsk verstorben, wie Herr Wunder erst vor kurzem von der HOK erfuhr! So kann es sein, dass „Bubi“ schon früh in eine Pflegestelle kam oder adoptiert wurde. Herr Wunder möchte so viel wie möglich über dieses Waisenhaus erfahren und hofft, dass sich in unserem Leserkreis Zeitzeugen finden, die vielleicht ein paar Mosaiksteinchen zur Klärung dieses Falls beitragen könnten. Die Ostpreußische Familie ist nun für ihn der einzige noch begehbare Weg. Wir hoffen mit ihm. (Hans Wunder, Danziger Allee 89 in 65239 Hochheim, Telefon 06146/3579, E-Mail: h.d.wunder@t-online.de)



Ruth Geede Bild: Pawlik

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Es geschah im beschaulichen Gumbinnen

Eine heitere Jugenderinnerung von Dieter Dziobaka

Wenn im Frühjahr die Natur aus ihrem Winterschlaf erwacht, die ersten Blumen – Schneeglöckchen, Krokusse und Narzissen – zu blühen beginnen, wenn die Bäume ihre Blätter treiben und überhaupt alles voller Saft und Kraft ist, spüren auch die Menschen neue Lust und frischen Tatendrang“, so beginnt **Dieter Dziobaka** aus Hamburg eine seiner kleinen Geschichten, die ihn zurück in die Kindheit führen. Und die verlebte er in Gumbinnen, der Stadt, der er noch heute die Treue hält, denn er pflegt viele Heimattreffen der Vertriebenen mit seiner musikalischen Präsenz zu bereichern: Der Mittachtziger leitet den in und um Hamburg bekannten und beliebten LAB-Chor. Dieses Kürzel steht für die Chormitglieder, die auch in ihrem späteren Leben musikalisch aktiv sein wollen, denn es sind die Anfangsbuchstaben ihres Leitfadens: Länger aktiv bleiben. Für die Aktivitäten, die Dieter Dziobaka seinen Sängerinnen und Sängern für ihre heiter-beschwingten Liederprogramme vorgibt, muss man schon in der Jugend eine gehörige Portion Vitalität mitbekommen haben, und dass dies der Fall ist, belegt die kleine Geschichte, mit deren Anfangszeilen wir eingeleitet haben. Sie beweist seine bereits im Jungenalter vorhandene „ungebremste Vitalität“ im wahrsten Sinn des Wortes: „Meine Eltern sahen dieser Jahreszeit allerdings mit einiger Besorgnis entgegen, besonders als ich im Alter zwischen acht und elf Jahren war, denn in dieser Zeit geschah oft mit mir ein Malheur. Schon lange war es mein Wunsch gewesen, Besitzer eines Fahrrades zu sein. Infolge der rigorosen Sparsamkeit in unserer Familie musste ich das Geld für den Ankauf selber aufbringen. Dazu gab es glücklicherweise mancherlei Gelegenheiten. So ließen verständnisvolle Seelen wie Großeltern oder Patentanten schon mal einige Dittchen springen. Jedenfalls war es eines Tages so weit, und Papa ging mit mir zum Fahrradhändler Prange in der Goldaper Straße, wo ich nach langem Hin und Her ein Fahrrad der Marke Rixe für 50 Reichsmark erstand. Dieses Rad besaß Vollballonreifen und ich hatte es mit Bedacht ausgewählt, weil viele Straßen in Gumbinnen damals holpriges Kopfsteinpflaster aufwiesen. Vollballonreifen konnten das Rütteln etwas abmildern. Trotzdem suchten mein Klassenkamerad **Hans Gerd Kerp** und ich für unsere Fahrten zur Schule eine möglichst holperfreie Route aus. Überall glatter Kiesweg oder Asphalt bis – ja bis auf die Luisenstrasse,



Dieter Sziobaka mit seinem LAB-Chor Bild: xyz

in deren hinterem Ende die Kerps ein Reihenhaus bewohnten. Wir vermieden das dortige Kopfsteinpflaster, indem wir frech auf dem Bürgersteig radelten. Man muss wissen, dass man damals die kleinsten Abweichungen von den gesetzten Normen als schwere Verfehlungen ansah und die Übeltäter streng bestrafte. Nun war die Luisenstraße jedoch still und meist unbelebt. Unbekümmert, wie es unserem Alter entsprach, missachteten wir das Fahrverbot und kamen so flott und glatt jeden Tag von der Schule nach Hause. In der Mitte der Luisenstraße gab es einige Villen, und gleich die erste wurde von der Familie **Köberle** bewohnt. Der Besitzer, ein Oberingenieur, hatte einen schwarzweißen Foxterrier, einen üblen Kläffer. So manches Mal, wenn ich verträumt die Luisenstraße entlang fuhr, hob er – unmittelbar hinter dem Zaun lauernd – urplötzlich ein lautes Gebell, so dass ich mich maßlos erschrak. Wie ich diesen Köter hasste! Aber er mich auch. Zum Glück war die Gartenpforte immer geschlossen, so dass mir eine direkte Konfrontation mit dem Hund erspart blieb. Eines Tages waren wir wieder auf dem Bürgersteig unterwegs, ich fuhr vorweg, mein Freund hinter mir. Diesmal war aber alles anders als sonst: Wahrscheinlich hatte der Terrier auf uns schon gelauert oder befand sich zufällig am Zaun, und – die Pforte stand offen! Urplötzlich kam der Hund voller Wut herausgeschossen und stürzte sich auf uns. Das heißt: auf Hans Gerd, denn ich war gerade noch so vorbei- und davongekommen. Hinter mir erhob sich aber ein Mordslärm. Der Hund bellte und jaulte wie verrückt, Hans Gerd schrie, da hinein mischte sich der Knall des stürzenden Fahrrads. Ich schaute mich um: Da lag Hans Gerd am Boden und bildete mit dem Fahrrad und dem kläffenden Köter ein ineinander verschlungenes Knäuel. Na, dachte ich, da hast du noch mal Glück gehabt, als es rums machte und ich mit meinem Fahrrad eine Frau über den Haufen fuhr. Sie war, während ich mich umsah, von mir unbemerkt vor das Fahrrad gelaufen. Vorher war sie nicht da gewesen, wo sie so schnell herkam, weiß ich bis heute nicht. Jetzt lagen nicht nur Hans Gerd, der Hund und sein Fahrrad auf dem Boden, sondern ich auch mit der Frau. Es war obendrein keine Unbekannte, sondern Frau **Borm**, eine ehemalige Nachbarin von uns. Wie es sich dann herausstellte, hatten wir Jungen außer einigen Schürfwunden keinen Schaden erlitten. Nicht so Frau Borm, die sich den Arm gebrochen hatte! Man kann sich vorstellen, was dann zu Hause los war! Dieser Vorfall muss meinen schlechten Ruf noch verstärkt haben, denn bei dem sich anschließenden Schadensersatzprozess sagte eine Zeugin zur Bestätigung, dass ich ein übler Bursche sei, denn ich hätte einmal ein fahrendes Auto mit einem Schneeball beworfen! Schon schlimm, die Jugend von damals!“ (Dieter Dziobaka, Eitnerweg 6 in 22339 Hamburg, Telefon 040/5382661.) *R.G.*

Am 28. April tritt der LAB-Chor im Seniorentreffpunkt Fuhlsbüttel, Fliederweg 7 in Hamburg auf.





ZUM 103. GEBURTSTAG

Orzessek, Otto, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 21. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kümetz, Herbert, aus Hasselpusch, Kreis Heiligenbeil, und Osterode, am 24. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bux, Otto, aus Sorquitten (Gehland), Kreis Sensburg, am 3. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baier, Frieda, geb. **Kraasz**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April
Borris, Siegfried, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. Mai
Dembski, Karl jun., aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Kallweit, Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hoffmann, Else, geb. **Buczilowski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 4. Mai
Hohmann, Irma, geb. **Bondzio**, aus Kreis Lyck, am 4. Mai
Schulz, Emmi, geb. **Marschewski**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Turowski, Erich, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Ueckert, Ida, geb. **Totzi**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 30. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bork, Frieda, geb. **Kurella**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Fratzscher, Ilse, geb. **Keibel**, aus Germau, Kreis Samland, am 4. Mai
Krüger, Lydia, geb. **Meyer**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 3. Mai
Markowski, Gertrud, geb. **Sostak**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 5. Mai
Meendermann, Hilde, geb. **Kohnert**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 5. Mai
Pofalla, Helene, geb. **Warda**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 2. Mai
Wilken, Elfriede, geb. **Mazeyzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartelt, Horst, aus Treuburg, Schloßstraße 19/Bahnhofstraße, am 4. Mai
Conrad, Dr. Hartmut, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. April
Dobler, Gisela, geb. **Schön**, aus Pillau, Kreis Samland, am 30. April
Hoffmann, Hildegard, geb. **Machmüller**, aus Ebenrode, am 5. Mai
Kaiser, Erich, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. April
Kukulies, Willi, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 29. April
Lagerpusch, Helmut, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 5. Mai
Lettau, Heinz, aus Stollendorf, bei Arys, Kreis Johannisburg, am 25. April
Packeiser, Eva, geb. **Gromball**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 2. Mai
Pienkos, Gertraud, geb. **Kröhnert**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 30. April
Ruchay, Heinz, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 29. April
Tatzko, Babeth, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 3. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dziomba, Heinrich, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 29. April
Harm, Elli, geb. **Ankschun**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 2. Mai
Huber, Hildegard, geb. **Dubbin**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Hülle, Lita, geb. **Kurrek**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Müller, Irmgard, geb. **Wagner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
Nieswandt, Maria, aus Kreis Bartenstein, am 2. Mai
Ratzmann, Lydia, geb. **Ludwanowski**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 3. Mai
Simniok, Edelgard, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 3. Mai
Sonntag, Günter aus Lyck, am 1. Mai
Stiegler, Eva, geb. **Rossbach**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Turowski, Hans-Georg, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 4. Mai
Walther, Ursula, geb. **Elfert**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Wieser, Alice, geb. **Enseleit**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Mickwitz, Ursula von, aus Reuß, Pfarrhaus, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Openkowski, Ruth, geb. **Jedamski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Polwitz, Erwin, aus Lyck, am 5. Mai
Riekeles, Renate, geb. **Brall**, aus Lyck, Hindenburgstraße 23, am 1. Mai
Stern, Margarete, geb. **Palloks**, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Waschulewski, Friedrich, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai

Kreisgemeinschaften erteilen Auskunft:

Die Rechtslage schreibt vor, dass Adressen nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen, würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare nicht mehr zu veröffentlichen.

Damit Glückwunsch- und Grußkarten die Jubilare doch noch erreichen können, haben die Vertreter der Kreisgemeinschaften bei der diesjährigen Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) sich dazu bereit erklärt, bei der Adressenvermittlung behilflich zu sein. Wer also einem Jubilar persönlich gratulieren möchte, wende sich bitte an die angegebene Kreisgemeinschaft. Ihre *PAZ*

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böhm, Anni, geb. **Grünbaum**, aus Nodems, Kreis Samland, am 2. Mai
Goetzke, Marianne, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Günther, Ilse-Dore, geb. **Schneider**, aus Rudau, Kreis Samland, am 2. Mai
Harths, Hedwig, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 3. Mai
Heinze, Elfriede, geb. **Eckstein**, aus Partheinen/Wärterhaus, Kreis Heiligenbeil, am 5. Mai
Heitländer, Gertrud, geb. **Augustin**, aus Walden, Kreis Lyck, am 5. Mai
Mlinarzik, Helmut, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 2. Mai
Petereit, Franz, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Verch, Horst, aus Neidenburg, am 29. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Benczak, Margarete, geb. **Köhler**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 2. Mai
Brunkhorst, Erna, geb. **Tomuschat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Christochowitz, Max, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 5. Mai
Dornbusch, Hildegard, geb. **Meyhöfer**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Ennulat, Gerhard, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 29. April
Fürstenberg, Edith, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April
Klöß, Otto, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
Krämer, Adelheid, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 5. Mai
Kutz, Gustav, aus Benkheim, am 25. April
Lewandowski, Eva, geb. **Tomuschat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Link, Manfred, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. April
Lorenz, Elfriede, geb. **Nothelm**, aus Lyck, Leo-Schlageter-Straße 9, am 2. Mai
Wenzel, Gerhard, aus Lyck, Yorkplatz 5, am 5. Mai
Wienberg, Helga, geb. **Czarczkowski**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 3. Mai
Wrobbel, Werner, aus Treuburg, Lycker Straße, am 1. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bastisch, Gertrud, geb. **Derlath**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Brasse, Irmgard-Getrud, geb. **Gerschau**, aus Pillau, Kreis Samland, am 2. Mai
Gleim, Lieselotte, geb. **Nowak**, aus Ebenrode, am 1. Mai
Graumann, Inge, geb. **Sadowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 17, am 29. April
Hager, Ursula, geb. **Nowak**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Heins, Erika, geb. **Tellermann**, aus Schaaksvitte, Kreis Samland, am 2. Mai
Holtmann, Erika, geb. **Radzio**, aus Treuburg, am 1. Mai
John, Edeltraut, geb. **Duscha**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Link, Manfred, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. April
Müller, Anneliese, geb. **Gregel**, aus Borken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Müller, Erna, geb. **Purwien**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Nitsche, Ursula, geb. **Neumann**, aus Tenkitten, Kreis Samland, am 29. April
Philipzik, Gerhard, aus Malshöfen, Kreis Neidneburg, am 29. April
Rochhausen, Gertrud, geb. **Glaß**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 2. Mai
Seharfenorth, Lothar, aus Bißnen, Kreis Ebenrode, am 5. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Achterberg, geb. **Rahn**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 3. Mai
Behr, Manfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Biswurm, Marianne, geb. **Schlicht**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 4. Mai
Brill, Gisela, geb. **Poganski**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Brix, Anneliese, geb. **Kobialka**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Degenhardt, Dieter aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Domnik, Günter, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Galla, Horst, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Gerth, Angelika, geb. **Barkschat**, aus Königshuld II, Kreis Tilsit/Ragnit, am 29. April
Geuder-Wittrin, Inge, geb. **Wittrin**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. April
Karok, Joachim, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 2. Mai
Kuster, Edith, geb. **Tuttas**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 1. Mai
Lipowski, Edith, geb. **Steinecke**, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 30. April
Lumma, Herbert, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 2. Mai
Mutschke, Gerda, geb. **Klingschat**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Neumann, Lothar, aus Schuditten, Kreis Samland, am 1. Mai
Olschewski, Gerhard, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Payk, Heinz, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Schlemenat, Siegfried, aus Wolfsberg, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Schude, Eitel, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 30. April
Seidler, Adalbert, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 3. Mai

Staschek, Günter, aus Ebenrode, am 1. Mai



Konstanski, Herbert, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Sieglinde, aus Waldfrieden/Westpreußen, am 3. Mai

Landsmannschaft der Ostseedeutschen, Kreisgruppe Bergstraße

Sonnabend, 11. Mai ab 14:30 Uhr, Restaurant Stadtgraben, Heppenheim, Graben: Mitgliederversammlung 2013 mit Wahlen.

Um rege Teilnahme wird gebeten. Auch Nichtmitglieder, die sich für das reichhaltige Kulturprogramm der „Ostseedeutschen" interessieren, sind herzlich eingeladen.

Die Tagesordnung liegt am Versammlungsort aus.

TERMINE DER LO

Jahr 2013

5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.
17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
25. bis 27. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März 2014: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April 2014: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai 2014: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.
3. bis 7. November 2014: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

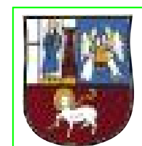
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 27. April, 18 Uhr, RBB: Pflege – Horrorjob oder Berufung?
SONNABEND, 27. April, 20.15 Uhr, Phoenix: Das Adlon – Die Dokumentation.
SONNABEND, 27. April, 21 Uhr, Phoenix: Deutsche Dynastien. Die Hohenzollern.
SONNTAG, 28. April, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 28. April, 12.30 Uhr, Arte: Max Liebermann und die französischen Impressionisten.
SONNTAG, 28. April, 20.15 Uhr, 3sat: Superbauten – Die Dresdner Frauenkirche. Sebastian Koch berichtet.
MONTAG, 29. April, 14 Uhr, 3sat: Der Bernsteinzug – Eine Reise durchs Baltikum.
MONTAG, 29. April, 20.15 Uhr, ARD: Bruno, der Bär ohne Pass.
MONTAG, 29. April, 22.50 Uhr, MDR: Der brave Soldat Schwejk. Kriegssatire. CSSR 1957.
MONTAG, 29. April, 23.30 Uhr, ARD: Wie viel Kraniche braucht das Land? Doku 2013.
DIENSTAG, 30. April, 20.15 Uhr, Arte: China, die neue Supermacht. F 2012.
DIENSTAG, 30. April, 20.15 Uhr, WDR: Abenteuer Erde. „Wildes Deutschland – Der Spreewald." Tierreportage.
DIENSTAG, 30. April, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte. „Berlin Alexanderplatz". Doku.
DIENSTAG, 30. April, 20.45 Uhr, MDR: Die FDJ-Kaderschmiede am Bodensee. DDR-Geschichte.
MITTWOCH, 1. Mai, 9.55 Uhr, SWR: Winnetou und das Halbblut Apanachi. 11.20 Uhr: Winnetou und sein Freund Old Firehand. Wildwest-Abenteuer. D/Jugosl. 1966 mit Pierre Brice.
MITTWOCH, 1. Mai, 13.10 Uhr, MDR: ... und Tante Ju zog in den Krieg.
MITTWOCH, 1. Mai, 17 Uhr, Arte: Eröffnungsgottesdienst zum Evangelischen Kirchentag in Hamburg.
MITTWOCH, 1. Mai, 18.30 Uhr, ARD: Karl der Große. Historiendrama. D 2013.
DONNERSTAG, 2. Mai, 11.30 Uhr, NDR: Die Oder – Schlesiens wilder Strom.
DONNERSTAG, 2. Mai, 15.35 Uhr, 3sat: Im Herzen Kabuls. Altstadt im Aufbau. Doku.
DONNERSTAG, 2. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Planspiel Atomkrieg. Adenauers Kampf um die Bombe, 21 Uhr Raketenpoker um die Nachrüstung. Doku.
DONNERSTAG, 2. Mai, 22.30 Uhr, SWR: 1945 – Als die Franzosen Deutschland besetzten.
DONNERSTAG, 2. Mai, 23.05 Uhr, MDR: Lene Voigt. Die sächsische Nachtigall.
FREITAG, 3. Mai, 11.30 Uhr, NDR: Die Oder – Von der Neiße bis zur Ostsee.
FREITAG, 3. Mai, 16.10 Uhr, 3sat: Ungeküsst soll man nicht schlafen gehen. Verwechslungslustspiel. A 1936. Mit Heinz Rühmann.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche (komm.), Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.alleinstein-landkreis.de

Kreistagssitzung 2013

Diese fand am 14. April im großen Sitzungssaal des Rathauses in Hagen a. T. W. statt. Dort konnten der Vorsitzende, Johann Certa, und die stellvertretende Bürgermeisterin der Patengemeinde, Mechthild Lauxtermann, 21 von 25 Kreistagsmitgliedern begrüßen. Herausragende Themen waren die durch Rücktritte erforderlich gewordenen Vorstandsnachwahlen und die Verabschiedung einer neuen zeitnahen Vereinssatzung. Nach dem Rücktritt von Herbert Monkowski am 1. Mai 2012 wurde der bisherige Stellvertreter Hans-Peter Blasche, Verwaltungsjurist, zum neuen Kreisvertreter und das Kreistagsmitglied Siegfried Keuchel, Postmeister a. D., zum stellvertretenden Kreisvertreter gewählt. Für den erkrankten Klaus Schwittay wurde der 1975 in Wartenburg geborene kaufmännische Angestellte Artur Korczak zum Schatzmeister einstimmig bestimmt. Zweiter Stellvertreter des Kreistagsvorsitzenden wurde Oswald Massner. Die neue Vereinssatzung, wie sie im letzten Heimatjahrbuch Nr. 43/2012, Seiten 170–176 den Mitgliedern und Lesern vorgestellt wurde, fand die allseitige Zustimmung mit der Ergänzung, dass verdiente Kreisvertreter oder 1. Vorsitzende zum Ehrenvorsitzenden ernannt werden können. Die wesentliche Änderung besteht in der Abschaffung der Doppelspitze in der Vereinsführung und der Zurückführung auf das Vereinsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches (§§ 21 ff.) mit der Verringerung der Mitglieder des Gesamtvorstandes. Die neue Satzung erlangt erst Gültigkeit nach Anhörung des Finanzamtes und nach Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Osnabrück durch einen Notar. Zum Verhandlungspunkt „Ehrungen“ ist zu erwähnen, dass mit Zustimmung aller Kreistagsmitglieder sechs Förderer des Vereins, die umfangreiche Arbeiten bei der Erfassung alter Namenskarteiunterlagen und mit der Auswertung der Friedhofsbilder sämtlicher Friedhöfe aus dem alten Kreisgebiet nach neuestem Stand geleistet haben, der Landsmannschaft Ostpreußen zur Ehrung durch Verleihen des Verdienstabzeichens mit Urkunde vorgeschlagen werden sollen. Die Friedhofserfassung selbst ist so gut wie abgeschlossen. Weil sich kein Helfer fand, hat der frühere Kreisvertreter Herbert Monkowski im Sommer 2012 an mehreren Tagen die Grabsteine auf dem alten und dem neuen katholischen Friedhof von Wartenburg fotografisch festgehalten. Dafür und für die umfangreichen Nacharbeiten im Vorstand bedankte sich der neue Kreisvertreter bei ihm mit einem Buchgeschenk. – Die Redaktion Heimatjahrbuch gab dem Kreistag bekannt, dass durch ein Versäumnis 563 Spender im letzten Heimatjahrbuch namentlich nicht erwähnt wurden und dass diese Spender in der nächsten Ausgabe Nr. 44 besonders genannt werden.

Neuerung bei Ehrenmitgliedschaft

Die beiden Kassenprüfer haben an Hand der vorhandenen Unterlagen und neu eingeholter Bankauszüge die Vereinskasse des erkrankten Schatzmeisters geprüft und Beanstandungen nicht erhoben. Daraufhin wurden ihm und den weiteren Vorstandsmitgliedern Entlastung erteilt. Klaus Schwittay, „Mann der ersten Stunde“, wird in Kürze an seinem Wohnsitz geehrt werden. Es bleibt nachzutragen, dass unser Kreisausschuss nach seiner Sitzung im Januar des Jahres in Hagen am Teutoburger Wald die Gelegenheit hatte, mit unseren Paten in Osnabrück und Hagen a. T. W. und unserem Partner, dem Landrat in Allenstein [Olsztyn], zusammenzukommen. Von der Gemeinde Hagen waren alle Bürgermeister seit den 70er Jahren, dem Wechsel unsere Kreistreffen von Osnabrück nach Hagen, zugegen, so Hubert Große Kracht, Martin Frauenheim, Dieter Eickholt und Peter Gausmann. Auch unser Ehrenmitglied Irmgard Vogelsang (einst Landtagsabgeordnete), der pensionierte Osnabrücker Landrat Manfred Hugo und der Landtagsabgeordnete Martin Bäumer sowie die Partnerschaftsbeauftragten der Landkreise Osnabrück und Allenstein, Karl-Heinz Finkemeyer und Anna Wagner-Rybinska, waren unter den Teilnehmern. Die Repräsentanten der Paten, des Partners und der Kreisgemeinschaft, Erster Kreisrat Stefan Muhle aus Osnabrück, Bürgermeister Peter Gausmann aus Hagen, Landrat (Starosta) Miroslav Pampuch aus Allenstein und Kreisvertreter der KG Allenstein-Land, Hans-Peter Blasche, bedankten sich für das Bestehen und die Hilfe der anderen und versicherten sich auch weiterhin gegenseitiger Unterstützung auf dem längst beschrittenen Wege der Völkerverständigung. Der Allensteiner Landrat Miroslav Pampuch verlieh dem Altbürgermeister von Hagen und Ehrenmitglied unserer Kreisgemeinschaft Hubert Große Kracht in Würdigung seines Einsatzes um die Städtepartnerschaft Wartenburg/Hagen a. T. W. und die Schulpartnerschaft zwischen einem Hohensteiner und einem Osnabrücker Gymnasium in Anwesenheit der örtlichen Presse die höchste Auszeichnung des Landkreises Allenstein [Olsztyn], die „Ehrenstatue des Powiat Olsztyn“, eine gläserne Meerjungfrau der Lyna (Alle). Das nächste Heimatkreistreffen ist am 14. September 2013, ab 14 Uhr in Gelsenkirchen-Horst, Schloss Horst, zusammen mit der Stadtgemeinschaft Allenstein.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Trauer um Ingelor Friedrich

Voll Sorge haben wir die Zeit ihrer Krankheit verfolgt. Allen, die sie in ihrer schweren Krankheit erlebt haben, mag Ingelor Friedrichs Tod ein Trost sein. In Ostpreußen, nach ihrer Geburt in Rastenburg und kurz danach in der kleinen Stadt Arys im Kreis Johannisburg in Masuren gelebt, blieb ihr, wie vielen von uns, die Flucht aus Ostpreußen als Kleinstkind mit Mutter und Großmutter nicht erspart. Weitere örtlich notwendige Veränderungen nach dem leidvollen und entbehrungsreichen Kriegsgeschehen und seinen Folgen fanden schließlich in Hannover ein Ende, wo sie später dann auch beruflich Fuß fassen konnte und ihren Lebensmittelpunkt einrichtete. Nachdem die beruflichen Möglichkeiten es zuließen, opferte sie ihre Zeit auch für heimatliche Aufgaben. Als Kirchspielvertreterin für die Gemeinschaft Arys–Land wirkte sie zunächst bei den heimatlichen Treffen mit und war behilflich beim Erstellen und Verbreiten des Jahresheftes „Die Seufzerbrücke“ der Gemeinschaft Arys Stadt und Land in der Kreisgemeinschaft Johannisburg. Im Herbst 2009 war es dann eine glückliche Fügung, dass Ingelor des Weiteren sich in Vorstand und Kreistag, den beiden organisatorischen Institutionen der Kreisgemeinschaft Johannisburg, als Schriftführerin zur Verfügung stellen konnte und damit umfangreiche Tätigkeiten auszufüllen hatte, bis sie, für uns alle noch unfassbar, aus unserer Mitte herausgerissen wurde. Zur Erinnerung ist in diesem Zusammenhang besonders ihre unbändige Freude hervorzuheben, noch einmal in ihrer Heimat im Kreis Johannisburg und hier insbesondere in Arys gewesen zu sein. Diese Möglichkeit ergab sich im letzten Herbst während einer Betreuungsfahrt dorthin, also drei Monate vor ihrer schwerwiegenden Erkrankung. Die außergewöhnlichen Anlässe dort waren dieses Mal in Sonderheit das 20-jährige Jubiläum des Deutschen Vereins in Johannisburg, eine feierliche Übergabe von historischen Tafeln in deutscher und polnischer Sprache über die Historie der Stadt Johannisburg und nicht zuletzt nach umfangreichen Renovierungen die Einweihung der einzigen evangelischen Kirche im heutigen Kreis Johannisburg im Ort Weissuhnen und zugleich die Einführung des evangelischen Pastors als Probst. Diese für sie besonderen freudigen Erlebnisse und ihre ohnehin im Vereinsalltag trotz aller Aufgabenvielfalt und Herausforderungen aufgezeigten immerwährenden fröhlichen und unbeschwerten Wesenszüge lassen sie für uns in steter Erinnerung bleiben



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Busreise nach Königsberg

Zehntägige Busreise nach Königsberg – Von Dienstag, 16., bis Donnerstag, 25. Juli, geht die Fahrt von Duisburg los. Ab Hauptbahnhof, Westeingang, 6 Uhr. Ab Bochum 6.30 Uhr. Ab Hannover 10 Uhr. Ab Berlin-Schönefeld 14/14.30 Uhr. Dann Richtung Schneidemühl, Hotel Gromada/Rodlo mit Übernachtung. Am Mittwoch, 17. Juli, geht es weiter über Schlochau, Marienburg mit Fotostopp über Braunsberg an die polnisch-russische Grenze. Weiter geht es nach Königsberg, Hotel Kaliningrad. Tagesfahrten ab 18. bis 23. Juli nach Waldau mit Folklore, Arnau, Heiligenwalde. Am 19. Juli Fahrt nach Labiau, Tilsit, Breitenstein Museum, Insterburg, Tapiau. Am 20. Juli nach Gumbinnen zur Rominter Heide und zurück über Angerapp, Insterburg, Königsberg. 21. Juli: Tag zur freien Verfügung. 22. Juli: Palmnicken, Rauschen, Neukuhren. 23. Juli: Kurische Nehrung mit zwei Stunden zum Baden, Vogelwarte und Dünen. 24. Juli: Rückreise über Kolberg nach Stettin, Hotel Panorama. 25. Juli: Rückreise auf der Strecke der Hinreise. Weitere Informationen und das komplette Programm sowie die Anmeldungen sind erhältlich bei Willi Skulimma, Telefon (0203) 335746 oder Greif-Reisen, Telefon (02303) 24044.

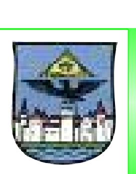


LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Borschimmer Treffen

In der Zeit vom 2. bis 5. Mai findet im Ostheim in Bad Pyrmont das Kirchspieltreffen Borschimmen statt. Kreisvertreter Gerd Bandilla würde sich freuen, wenn das Borschimmer Treffen gerade nach dem Tode des verdienten Bezirksvertreters Alfred Faltin einen guten Zuspruch fände. Auskünfte über die näheren Einzelheiten des Treffens erteilt Karteiwart Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180.

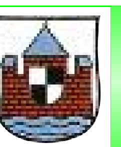


TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Nachbarschaftsgespräch in Soest

Vertreter der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit treffen sich seit einigen Jahren im Frühjahr zu einem Nachbarschaftsgespräch, um gemeinsame Anliegen zu erörtern. In diesem Jahr hatte die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit nach Soest eingeladen, wo am 5. Oktober 2013 das nächste Regionaltreffen der Memelstromer stattfinden wird. Für das Treffen hatte Kreisvertreter Dieter Neukamm eine umfangreiche Tagesordnung vorbereitet. Sie umfasste Rückblicke auf das erfolgreiche Regionaltreffen 2012 in Halle und das Deutsch-Russische Forum in Königsberg, die finanzielle Situation der Kreisgemeinschaften, die Herausgabe der Heimatbriefe und einen Ausblick auf das nächste Regionaltreffen. Zum Regionaltreffen in Halle waren wesentlich mehr Teilnehmer gekommen als erwartet, was auch auf die zentrale Lage der Stadt Halle in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist. Für das nächste Regionaltreffen in Soest ist der Programmablauf so gestaltet worden, dass genügend Zeit für Gespräche bleibt. Zur finanziellen Situation wurde festgestellt, dass die Spendenaufkommen der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und der Stadtgemeinschaft Tilsit rückläufig sind, während das der Kreisgemeinschaft Elchniederung noch stabil ist. In allen drei Gemeinschaften verursachen die Heimatbriefe hohe Kosten. Allerdings finden die Heimatbriefe eine gute Resonanz, so dass die Ausgaben gerechtfertigt sind. Die Gesprächsreihe soll im Frühjahr 2014 in Schmalkalden fortgesetzt werden.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Vorstandssitzung

Zu seiner turnusmäßigen Sitzung trat der Vorstand im Seehof bei Schloss Hubertusburg zusammen. Siegfried Dannath-Grabs wies eingangs auf die historische Bedeutung des Tagungsorts hin und schilderte in einem geschichtlichen Rückblick, wie vor genau 250 Jahren Preußen und Sachsen den Frieden von Hubertusburg schlossen und damit dem Blutvergießen des Siebenjährigen Krieges ein Ende setzten. Über den Verlauf und die Ergebnisse der Kreisvertretertagung in Bad Pyrmont erstattete Erwin Feige einen ausführlichen Bericht. Manfred Urbschat informierte über das Nachbarschaftsgespräch der drei Heimatkreise Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt und Elchniederung. Dort wurde die Notwendigkeit der Kontaktpflege und die Planung gemeinsamer Vorhaben mit Blick auf ein künftiges Zusammengehen bekräftigt. Die Vorbereitungen sollten zukunftsorientiert ohne Überstürzung weitergeführt werden. Nach dem Kassenbericht von Schatzmeister Manfred Gesien erläuterte Hans Dzieran seine Vorstellungen zu der diesjährigen Jahrestagung mit der Neuwahl der Stadtvertretung und für das Heimattreffen in Soest. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog wurde zum Beschluss erhoben.

Schätze in Ellingen

Schlesier benötigen Bleibe für Kulturgut

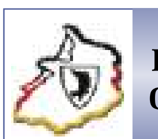
Nahezu 70 Jahre nach Flucht und Vertreibung haben sich bei der Landsmannschaft Schlesien, Landesverband Bayern, zahlreiche „Schätze“ angesammelt, die von Kultur und Brauchtum der Heimat zeugen. „Um diese Werte kommenden Generationen zu erhalten, vor allem aber um sie öffentlich zugänglich zu machen, benötigen wir dringend eine entsprechende Bleibe“, erklärte der Landesvorsitzende Christian Kuznik anlässlich der Landesdelegiertenversammlung seines Verbandes in Treuchtlingen. Das Anliegen sei nicht neu, so Kuznik, es beschäftige die „bayerischen Schlesier“ schon länger. Eine der Möglichkeiten zu einer öffentlichkeitswirksamen Unterbringung der Objekte ergebe sich in Schloss Ellingen, das noch Räume verfügbar habe. Die Anlage werde von der Bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung betreut, und beim Freistaat bestehe ein Interesse an einer sinnstiftenden Nutzung. Paul Hansel, Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, ermunterte die Delegierten in Treuchtlingen, „die Sache mit Ellingen anzupacken“. Eine überwältigende Mehrzahl sprach sich für Ellingen aus. Nicht endgültig entschieden ist noch die Frage der Kosten für eine adäquate Instandsetzung der Räume sowie die Miete an den Freistaat und für eine Beaufsichtigung der Exponate.

„Wenn Sie sich für Ellingen entscheiden, werden wir uns beim Finanzminister dafür einsetzen, dass sein Ministerium die Kosten für Renovierung und Miete übernimmt“, hatte Hansel bereits im Vorfeld der Veranstaltung in Aussicht gestellt.

Bislang ungeklärt: die Kostenfrage

Bisherige Bemühungen der Landsmannschaft Schlesien um Unterstützung durch die Bayerische Staatsregierung seien stets mit dem Hinweis auf das Land Niedersachsen, das Patenland der Schlesier, abgeblockt worden, erklärte Verbandschef Kuznik. „Mit dem ständigen Verweis auf Niedersachsen wollen wir uns jedoch nicht länger abspeisen lassen“, sagte er unter dem Beifall der Delegierten. „Wir Schlesier haben den Freistaat nach 1945 ebenso mit aufgebaut, wie andere Landsmannschaften und jahrzehntelang unsere Steuern bezahlt.“ Kuznik forderte die Staatsregierung auf, die Schlesier nicht länger im Regen stehen zu lassen. Es sei fünf vor zwölf, erklärte er, und die Erlebnisgeneration sterbe aus. „Unser kulturelles Erbe aber würden wir gern in geordneter Form in jüngere Hände legen.“ Im Hinblick auf Ellingen indes habe die Landsmannschaft Anlass zu Optimismus. *PAZ*

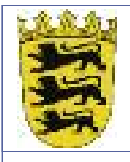
Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Sonnabend, 27. April: Teilnahme des BJO am Mai-Umzug, Beginn: 13.30 Uhr, Bochum-Harpen. Weitere Auskünfte erteilt Michael Kobus, Telefon (0234) 596903, E-Post: Gruppe-Bochum@Ostpreussen-NRW.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

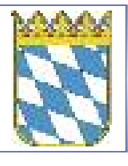
Landesgruppe – Sonnabend, 27. April, Beginn: 9.45 Uhr, Ende zirka 18 Uhr. Hotel Wartburg, Lange Straße 49, Stuttgart: Landesfrauentagung Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Baden-Württemberg. Der Vormittag der Frauentagung ist zum großen Teil der Arbeit der Gruppe gewidmet, mit Berichten über die kulturelle Frauenarbeit in Baden-Württemberg sowie über die Arbeit der Landesverbände der Ostpreußen und der Westpreußen. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil der Frauentagung mit einem Vortrag von Uta Lüttich über „Elisabeth-Christine, die ungeliebte Gemahlin Friedrich II.“ sowie einem DVD-Film „Memel und die Kurische Nehrung“. Gäste, die an der kulturellen Nachmittagsveranstaltung teilnehmen möchten, sind herzlich eingeladen, gegen 12.30 Uhr am gemeinsamen Mittagessen teilzunehmen. Bitte Anmeldung bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 85 40 93.

Lahr – Donnerstag, 2. Mai, 18 Uhr, Gasthaus Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 4. Mai, 14 Uhr, Zentrum für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: Maifest der LOW. Nach der Begrüßung und einleitenden Worten der 1. Vorsitzenden Ilse Hunger gibt es ein gemütliches Beisammensein. Es ist der Vorsitzenden gelungen, die Professoren-Band der Fachhochschule Reutlingen zu engagieren. Unter der Leitung von Professor Mayer stehen Heimat-, Frühlings- und weitere interessante Weisen auf dem Programm. Außerdem wird Frau Zaiss mit ihrem Vortrag „Frühling in der Heimat“ in die Kinder- und Jugendjahre zurückwandern. – Für den **Jahresausflug** am Sonnabend, 22. Juni, zur Schlossbesichtigung nach Bruchsal, Karlsruhe, Kakteenland Steinfeld, sind noch Plätze frei. Anmeldung unter der Telefon-Nummer (07121) 52541. Alle Landsleute und Freunde sind herzlich willkommen.



Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 11. Mai, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe und Schabbern.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonntag, 5. Mai, Gasthaus Bergwirt, Schernberg: Musikalische Heimatreise. Eine Veranstaltung aller Landsmannschaften (BdV, Stadt- und Kreisverband Ansbach) mit allen und für alle Landsleute. Ein Bus wird eingesetzt.

Bamberg – Mittwoch, 15. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Treffen der Gruppe zur „Muttertagsfeier – Geschichten zum Muttertag in Ostpreußen“.

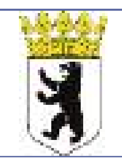
Kitzingen – Freitag, 17. Mai, 14.30 Uhr, Gaststätte Deutscher Kaiser: Vortrag „Ostpreußen heute“. Referent Wolfgang Peconik. – **Mehrtagesfahrt nach Süd-Ostpreußen** (Ermland und Masuren) von Sonnabend, 19. Juni bis Sonntag, 7. Juli. Sofortige Anmeldung dringend erforderlich unter Telefon (09321) 4405.

Landshut – Freitag, 10. Mai, 10 Uhr, Treffpunkt „Holzwurm“ in der Neustadt: Schlendern über den Landshuter Wochenmarkt, anschließend Brotzeit im Gasthaus Freischütz.

München – Freitag, 3. Mai, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Starnberg – Donnerstag, 16. Mai, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Die Gruppe trifft sich zur Muttertagsfeier.

Weiden – **Heimatnachmittag** – Sonnabend, 4. Mai, 14.30 Uhr, Café Mitte: Muttertags- und Vatertagsfeier.



BERLIN

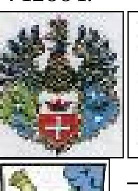
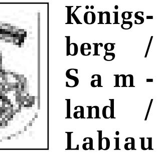
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



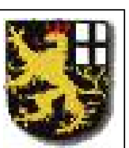
Angerapp / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 23. Mai, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Muttertag. Was gibt es Neues in Ostpreußen? Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



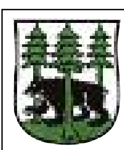
Frauengruppe – Mittwoch, 8. Mai, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Muttertag. Mit Beiträgen von den Frauen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 3. Mai, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppe. Informationen bei Professor Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Mohrungen – Donnerstag, 2. Mai, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin; Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.



Rastenburg – Sonntag, 5. Mai, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

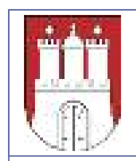
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

Bremen – Mit der Landsmannschaft West- und Ostpreußen e. V. vom 5. bis 15. September 2013 nach Armenien: Zu den bisherigen Ankündigungen in den Folgen 14 und 15 der *PAZ* wird ergänzt, dass Abflüge auch von allen anderen deutschen Flughäfen möglich sind. Voraussetzung ist lediglich, dass der Zubringerflug nach Paris so rechtzeitig dort ankommt, dass der Weiterflug um 13.20 Uhr erreicht werden kann. Eventuell erhöht sich der Reisepreis, wenn der jeweilige Zubringerflug nach Paris teurer als der von Bremen sein sollte. Einzelheiten unter Telefon (04231) 62626 (abends ab 19 Uhr).



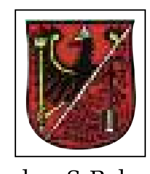
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 29. April, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Thema „Die Familie und besonders die Mutter früher und heute“.

KREISGRUPPE



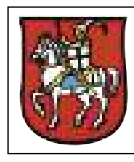
Gumbinnen – Sonnabend, 4. Mai, 14 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Blickrichtung Michaeliskirche. Fahrstuhl ist im Haus vorhanden): Treffen der Gruppe. Thema: „Der Mai ist gekommen“. Nach einer Kaffeepause erwartet die Teilnehmer ein Programm kultureller Art. Auf ein Wiedersehen freut sich Hans Günter Schattling, Telefon (040) 5224379.



Heiligenbeil – Donnerstag, 9. Mai: Tagesausflug mit einer Fahrt durch das Alte Land zur Obstbaumblüte und weiter in die Wingst. Nach dem Mittagessen (Spargel satt) wird die Gruppe eine Molkerei besichtigen. Bei einer Führung mit kleiner Verkostung erfahren die Teilnehmer Interessantes über die Herstellung und Verarbeitung von Milchprodukten. Den Tag wollen die Organisatoren in einem Restaurant mit Kaffee und Kuchen bei einem gemütlichen Beisammensein ausklingen lassen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950. Preis pro Person 46 Euro, alles inklusive. Abfahrt ZOB Hamburg 8 Uhr, Harburg-Bahnhof 8.30 Uhr, Meckelfeld, Höpenstraße 88, Gaststätte Waldquelle 8.45 Uhr.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail-Adresse: manfred-samel@hamburg.de.

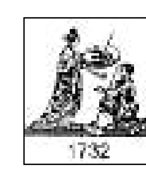


Osterode – Sonnabend, 4. Mai, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Rate- und Spielnachmittag. Zu Beginn gibt es eine gemeinsame Kaffeetafel, um einen fröhlichen Nachmittag zu verleben. Gäste sind herzlich willkommen.



Sensburg – Sonnabend, 11. Mai, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, 22337 Hamburg (Nähe U- und S-Bahnstation Ohlsdorf): Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 11. Mai, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Die Gruppe lädt herzlich zu folgendem Programm eingeladen: DVD-Video – Präsentation „Ostpreußisches Tagebuch“. Eine Dokumentation“ (H. Lehndorff). Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Kassel – Donnerstag, 2. Mai, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, AWO-Seniorenheim, Am Wehrturm 3: Lichtbildervortrag von Jörg Petzold, Dresden, „Von Memel nach Masuren“. Reisen mit der Schmalspurbahn.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonnabend, 27. April, 15 Uhr, Hoheluft, Stader Straße 15: Filmnachmittag bei Kaffee und Kuchen. Dietmar Kie-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

kel zeigt seinen sehr gelungenen Film über die Reise der Gruppe nach „Nordostpreußen und ins Baltikum 2011“. Statt eines Unkostenbeitrags bittet die Gruppe um eine Spende. Anmeldungen erbeten bis zum 23. April bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Helmstedt – Donnerstag, 16. Mai, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

Holzminden – Bericht von der Jahreshauptversammlung – Die erste Vorsitzende, Renate Bohn, hatte zur Jahreshauptversammlung eingeladen und freute sich über das Erscheinen so zahlreicher Mitglieder, deren Zahl leider immer weiter altersbedingt schrumpft. Denkbar, dass mit Aussterben der Erlebnisgeneration über kurz oder lang Zeitgeschichte zur Geschichte wird. Diese Holzmindener Gruppe trifft sich mit vielen abwechslungsreichen Themen und Aktivitäten mindestens ein Mal im Monat. Die Kassenprüfer Elsa Jendrysik und Karl-Heinz Bohn bestätigten die überaus gut geführte Kasse von Kassenwartin Gisela Ehrenberg. Wie gewohnt, wurde dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. Neuwahlen standen nicht an. Und was hatte sich 2012 sonst in diesem Verein getan? Der Jahresauftakt begann mit dem traditionellen Königsberger Klopsessen. Hans Henke hielt einen spannenden Vortrag über seine Fahrten ins nördliche Ostpreußen, die Redaktion der örtlichen Zeitung (TAH) wurde erkundet, Pastor i. R. Günther Grigoleit berichtete in einem Bild-Vortrag über seinen Bordpfarrerdienst auf einem Kreuzfahrtschiff, im Mai traf sich eine kleine Gruppe zur Orchideenwanderung am Burgberg. Ein Besuch des Klosters Wöltingerode mit Abstecher nach Goslar wurde im ersten Halbjahr sehr gut angenommen. Nach der Sommerpause wurde die Oelmühle im Solling besucht und der 2. Vorsitzende, Günther Grigoleit, berichtete über den Johanniterorden, dem er selbst angehört. Michael Welter beschrieb in einem Dia-Vortrag seine Heimat Siebenbürgen. Die Advent- und Weihnachtsfeiern waren gut besucht, vor allem der Gottesdienst in altpreußischer Union von Pastor i. R. Günther Grigoleit. Auch die Schlesier fühlen sich hier gut aufgehoben. Am Ende jedes Treffens werden Blümchen an die jeweiligen Monats-Geburtstagskinder überreicht. Diese Gruppe ist zu einer richtig „kleinen ostpreußischen Familie“ gewachsen mit vielen Gesprächen und Themen. Am 10. Mai treffen sich die Mitreisenden zur Halbtagesfahrt zum Schloss Marienburg mit anschließendem Kaffeetrinken in Ockensen. Am 8. Juni ist eine Tagesfahrt nach Lüneburg angesagt mit Führung durch das Ostpreußische Landesmuseum.

Osnabrück – Sonnabend, 4. Mai, 11 Uhr, Parkhotel (Altes Gasthaus Kampmeyer): **Jahreshauptversammlung** mit Grützwurstessen. Das Parkhotel ist ab Neumarkt mit den Linien 32/33, Bussteig A 2, Ausstieg Heger Holz, zu erreichen. – Dienstag, 7. Mai, 15.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Treffen der Gruppe zum Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 2. Mai, 15 Uhr (wegen Christi Himmelfahrt um eine Woche vorgezogen), Großen Saal des Hotels Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Dr. Hans-Walter Butschke, Lemgo, spricht zum Thema „Fische und Fischerei in Ostpreußen“. Der Eintritt ist frei, Gäste aus nah und fern sind herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 2. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Montag, 6. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost und Westpreußen. – Ostpreußisch Platt fällt aus! – Donnerstag 16. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – Dienstag, 7. Mai, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Vortrag „Landkirchen in Ostpreußen“. Referent Wlademar Micici.

Düren – Mittwoch, 8. Mai, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holz Straße 7 A: Heimatabend.

Düsseldorf – Sonnabend, 27. April, 9.30 Uhr: Wandertreff am Info-Stand, Hauptbahnhof. Ziel: Insterburger Stuben, Krefeld-Uerdingen und Zoo. – Dienstag, 7. Mai, 15 Uhr, GHH / Konferenzraum: Kinemathek „Krabat“. In memoriam Otfried Preußler. – Mittwoch, 8. Mai, 19 Uhr: Ausstellungseröffnung „Unerkannt durch Freundesland – Illegale Reise durch das Sowjetreich“. – Freitag, 10. Mai, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Dienstag, 14. Mai, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Lesung/Vortrag mit Helmut Braun und PD Dr. Halder „Generation unterm Hakenkreuz“. – Mittwoch, 15. Mai, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 16. Mai, 8.30 Uhr: Tagesfahrt zum romantischen Cochem an der Mosel (Bus- und Schiffsfahrt). Abfahrt Bus-Bahnhof Worringer Straße (Adorf-Bus). – Donnerstag, 16. Mai, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Ennepetal – Donnerstag, 16. Mai, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Essen – Freitag, 17. Mai, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Lesung aus Büchern von Arno Surminski. Referent Bernhard Kehren.

Gütersloh – Dienstag, 30. April, Beginn 21 Uhr, Einlass ab 20 Uhr, Haus Henkenjohann, Eiserstraße 18, 33415 Verl: Ostpreußen laden ein zum Tanz in den Mai. Alle, die gerne bei Livemusik tanzen und nette Leute um sich haben möchten sind herzlich zum „Tanz in den Mai“ eingeladen. Genießen Sie die Gastlichkeit in stilvoller Atmosphäre. Es spielt das Trio „Kampari-Band“. Karten gibt es nur an der Abendkasse. Infos unter (05241) 29211. – Sonntag, 5. Mai: Fahrt nach Werl. In Werl treffen sich alljährlich Ermländer aus dem gesamten Bundesgebiet. Gottesdienst ist um 10.15 Uhr in der Basilika. Die Busfahrt dorthin beginnt um 8 Uhr. Die Plätze sind begrenzt. Anmeldungen bei Josef Block, Telefon (05241) 34841. Der Fahrpreis bleibt unverändert bei 12 Euro pro Person. Zusteigemöglichkeiten: 8 Uhr Kahlerstraße/Ecke Magnolienweg, 8.05 Uhr Marktplatz/Haltestelle Friedrich-Ebert-Straße, 8.10 Uhr B 61/Ecke Grenzweg, 8.15 Uhr Café Raschke, 8.20 Uhr Gaststätte Roggenkamp, 8.25 Uhr Verler Straße/Markant Supermarkt. – Donnerstag, 16. Mai, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Treffen der Ostpreußischen Frauengruppe.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 4. Mai, 15 Uhr, Hotel Dülkener Hof, Lange Straße 54: Versammlung der Gruppe. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt (5 Euro/Gedeck). Gemeinsam möchte die Gruppe auf die Aktivitäten der Vertriebenen im letzten Jahr in Bild und Ton zurückblicken (Schloss Burg an der Wupper, Tag der Heimat in Anrath, Parlamentarischer Abend im Düsseldorfer NRW-Landtagsgebäude). Es stehen auch interne Regularien wie Kassenbericht und Vorstandswahl auf der Tagesordnung.

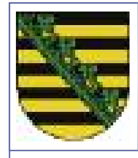
Wermelskirchen – Sonnabend, 27. April, Einlass 15.30 Uhr, Gaststätte Centrale: Jahresversammlung, verbunden mit einem Frühlingsfest. Für das leibliche Wohl wird mit Grützwurst und Frikadellen gesorgt. Die Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen. Anmeldungen bitte unter den Telefon-Nummern (02196) 5349 und (02196) 4320.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

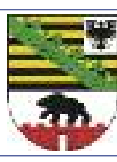
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Donnerstag, 25. April: Besuch des Museums für antike Schifffahrt Mainz, Neutorstraße 2b mit anschließender Einkehr. Treffpunkt: 13.30 Uhr am Eingang des Schifffahrtsmuseums.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 17. Mai, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Spielezirkel.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 13. Mai, 14 Uhr, Krötenhof: Treffen der Gruppe. Thema: Muttertag.

Halle – Freitag, 3. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Sonntag, 12. Mai, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Muttertag und Christi Himmelfahrt (Herrentag). Anschließend Vorstandssitzung. – Dienstag, 14. Mai, 13.30, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Bericht von der Aprilrunde – Nach Begrüßung der April-Runde der Ost- und Westpreußen übermittelte Gisela Brauer herzliche Grüße und Genesungswünsche an Hildegard Neppessen, Georg Baltrusch las mundartliche Verse zur Erinnerung an das vertraute Königsberg und seine Zerstörung 1944 und 1945. Ulrich Klemens sprach weiter über Friedrich den Großen als Feldherr und Philosoph und über sein Verhältnis zum Zeitalter der Aufklärung. Goethe, Schiller und Lessing waren seine Zeitgenossen. Friedrich II. duldete alle Religionen — jeder konnte nach seiner Façon selig werden, aber alle Zugewanderten hatten seine Gesetze und die preußische Disziplin anzuerkennen. Danach sprach Georg Baltrusch einen humorvollen Text über die Vergesslichkeit im Alter. In den anschließenden Gesprächen ging es wieder um die Heimat und besonders um die Zeit nach 1945, die einige der Teilnehmer noch in Ostpreußen nach Einmarsch der Roten Armee und der nachfolgenden polnischen Verwaltung über Jahre erlebten.

Flensburg – Freitag, 24. Mai: Busfahrt durch die schöne Landschaft Angeln. Besichtigt werden Rapsblüte, Kirchen, Gutshöfe mit anschließender Kaffeerunde. Ab 13 Uhr Exe Markthalle, 13.15 Uhr ZOB. Wasserrad. Führung durch Arno von Spreckelsen, Steinbergkirche. Großer Bus. Je Person 7 Euro zuzüglich Führungskosten und Kaffee/Kuchen. Anmeldung bitte bis zum 17. Mai.

Neumünster – Mittwoch, 8. Mai, ab 15, Uhr, Restaurant am Kantplatz: Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Neumünster, trifft sich. Ingrid Koch, eine typische ostpreußische Marjell mit Witz und Humor, trägt in ostpreußischer Mundart aus ihren Büchern vor. Plachanderstündchen und Liebe zur Heimat füllen den Nachmittag. Gäste sind willkommen. – **Bericht** – Die Kreisgruppe traf sich zur monatlichen Veranstaltung am 10. April im Restaurant am Kantplatz. Der Referent Hajo Westphal brachte den Teilnehmern mit Geschichten aus dem Buch „Der Geist der Mirabelle“ Siegfried Lenz näher. Bollerup, das kleine Dörfchen an der Ostsee, findet man nicht in einem Atlas, dafür den Namen „Feddersen“ umso häufiger. Man muss die Leute voneinander unterscheiden und so haben sie alle einen Beinamen – zum Beispiel Schinken-Peter, Dorsch, Schildkröte, Feddersen Ost oder Feddersen West. Bollerup hat seine Eigenheiten und zweifellos gehört der selbstgebraute Mirabellengeist dazu, der produziert krumme Gedanken, aber auch erstaunliche Einfälle und prägt Charaktere. Drei lustige Geschichten hörten die Anwesenden in temperamentvoller Sprache und Gestik, mit Humor und Witz vorgetragen. Es war ein sehr gemütlicher und vergnügter Nachmittag bei miesem Wetter, aber strahlenden Gemütern.

Hüter des Waldes

Erinnerungen ostpreußischer Forstmeister

Die Herausgeber des vorliegenden Buchs, Andreas Gautschi und Wolfgang Rothe, führen den Leser in ihr Werk ein: „Es sind schon viele Erinnerungen von Schriftstellern, adeligen Grundbesitzern und Offizieren ... und Jägern aus den ehemaligen preußischen Ostprovinzen erschienen... Doch wenig hat man gelesen aus der übergreifenden Sicht der Forstleute, die damals nicht nur Hüter des Waldes und forstliche Betriebswirte, sondern auch Berufsjäger und Landwirte, sowie oft auch Reserveoffiziere waren. So füllt der Band diese Lücke und gibt Aufschluss über Sein und Schicksal einer vergangenen Elite, einer gebildeten und zugleich praktisch im Wald tätigen, naturverbundenen Berufsklasse, deren Nimbus noch heute nachhallt.“

Fünf Forstmeister aus Ostpreußen, davon zwei aus der Rominter Heide im Kreis Goldap, schildern Herkunft und Studium, ihren persönlichen und beruflichen Werdegang bis zum Ziel Forstamtsleiter. Deren Stellung und Ausstattung setzte notwendig voraus, daneben auch einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen, gelegentlich verbunden mit der Trakehner-Züchtung. Sie waren zugleich Reserve-Offiziere in ostpreußischen Einheiten verschiedener Waffengattungen, nahmen am Zweiten Weltkrieg teil, wurden verwundet, einige schwer. Sie überlebten nicht nur durch Zufall, sondern auch, weil sie als Verwundete in kritischen Situationen entschlossen ihr Überlebensschicksal in die eigene Hand nahmen. Ihre forstliche Laufbahn setzten sie nach dem Kriege mit beachtlichem Erfolg fort, manche in gehobenen Funktionen. Alle blieben ihrer ostpreußischen Heimat oder Wahlheimat stets verbunden, auch durch Übernahme von Funktionen in entsprechenden Institutionen.

Nimbus des Berufs hallt bis heute nach

Die Herausgeber möchten mit ihrer Schrift Zusammenhänge verdeutlichen und einen Überblick geben: Denn die Forstleute zeichnen mit ihren Berichten ein authentisches, farbiges Gesamtbild der Lebensverhältnisse und der Gedankenwelt der (Forst-) Beamten in Ostpreußen und der gesamten Bevölkerung in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Alt gewordene Zeitzeugen oder ihre Nachfahren mögen wohl bekannte Personen und Örtlichkeiten wiedererkennen, die sie selbst noch erlebt oder von denen sie viel gehört haben. Das Erinnerungsbild ist auch geprägt durch die als Unglück empfundene bedrohliche Insellage der Provinz nach den Versailler Verträgen: Die Konstellation der Abtrennung vom übrigen Reich lebt heute kaum mehr als relevant im kollektiven Bewusstsein und wird nicht mehr als solche nachempfunden.

Die Lektüre der in dieser Art neuen Kombination von Lebensberichten wird nicht nur Angehörigen der „Grünen Farbe“ aller Generationen oder geborenen Ostpreußen neue und alte Erkenntnisse beleben, Einsichten verschaffen und Erlebnisse vermitteln, sondern jedem, der an Land und Leuten im vormals deutschen Osten interessiert bleibt. *PAZ*

Andreas Gautschi/Wolfgang Rothe (Herausgeber): „Wald-, Jagd- und Kriegserinnerungen ostpreußischer Forstleute 1925–1945“, *432 Seiten, Festeinband, 17 Abbildungen, 39,90 Euro. Bestelladresse: W. Rothe, (0201) 463807 und info@wolfgangrothe.de*

Pott an BdV-Spitze

Kreisverband Neuss wählte neuen Vorstand



Am 6. April fand die Sitzung des Vorstands des Kreisverbandes Neuss e.V. statt. Sie begann mit dem Jahresbericht der kommissarisch tätigen Vorsitzenden des Kreisverbandes Sigrid Bießner und den Jahresberichten der Vorsitzenden der Landsmannschaften, der Ortsverbände, der Stadtverbände und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Es folgten der Kassenbericht der Schatzmeisterin Gisela Kuntze und der Bericht des Kassenprüfers Christian Contny. Die Schatzmeisterin und der Gesamtvorstand wurden entlastet.

Aufgrund des für alle unfassbar frühen und plötzlichen Todes des 1. Vorsitzenden des Kreisverbandes Neuss – Jürgen Kuntze – im November 2012 musste ein neuer 1. Vorsitzender in den bereits bestehenden Vorstand in Form einer Ergänzungswahl berufen werden. Im Vorfeld hatte sich gezeigt, dass die enorme Arbeitsbelastung der bisher im Umfeld des Vorstands des Kreisverbandes arbeitenden Mitarbeiter dazu führte, dass keiner zusätzlich noch die Arbeit des Vorsitzenden des Kreisverbandes übernehmen wollte.

Ergänzungswahl wegen plötzlichem Tod des Vorsitzenden

Die verantwortungsvolle Arbeit des Kreisverbandes ist es, die Interessen der Landsmannschaften, der Orts- und Stadtverbände Neuss und Umgebung auf der Ebene Nordrhein-Westfalen zu vertreten.

Mit großer Erleichterung konnte daher festgestellt werden, dass Christian Contny und Peter Pott sich der Wahl stellten. Die Wahl ergab 17 Stimmen für Peter Pott und 8 Stimmen für Christian Contny bei 3 Enthaltungen. Peter Pott nahm die Wahl an. Da Peter Pott auch der 1. Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss, ist, wusste jeder, dass er die Interessen der im Kreisverband Neuss e.V. vertretenen Unterverbände mit großer Kompetenz vertreten wird. Wer ihn kennt, weiß außerdem, dass er diese Arbeit mit großem Elan und viel Herzblut tun wird. *PAZ*

Zum 80. Geburtstag

Hans-Günther Parplies begeht ein Jubiläum

Hans-Günther Parplies stammt aus jenem Teil Westpreußens, der nach dem Ersten Weltkrieg beim Deutschen Reich verblieben war und als Regierungsbezirk der Provinz Ostpreußen angegliedert wurde: Dort ist er in Marienburg am 26. April 1933 geboren. Im Alter von nicht einmal zwölf Jahren musste er auf der Flucht vor der Roten Armee mit Mutter und drei jüngeren Brüdern im Januar 1945 die Heimat verlassen, seit 1967 lebt und wirkt er in Bonn und Düsseldorf.

Nach dem Abitur 1952 in der Kreisstadt Soltau/Lüneburger Heide arbeitete er als Hilfsarbeiter auf dem Bau und in der Ziegelei. um sein Studium der Rechtswissenschaften in Köln, Tübingen und Göttingen 1953–59 finanzieren zu können, das er mit einem Prädikatsexamen beendete. Für drei Jahre übernahm er dann in Göttingen die Geschäftsführung der „Gemeinnützigen Gesellschaft Albertinum", woraus ein ostpreußisches akademisches Zentrum mit Studentenwohnheim entstehen sollte.

Ein Westpreuße wirkt im Rheinland

Durch diese 1958 „von ehemaligen Professoren und Mitarbeitern der Albertus-Universität Königsberg" gegründete Gesellschaft wurde 1964 das Studentenwohnheim „Collegium Albertinum" errichtet, das noch heute existiert.

Danach besuchte Hans-Günther Parplies in Speyer am Rhein die „Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften" und trat im Oktober 1962, in dem Jahr, in dem er Brigitte Kummer aus Rastenburg in Ostpreußen geheiratet hat, in Nordrhein-Westfalen den Vorbereitungsdienst für die zweite juristische Staatsprüfung an, die er 1967 in Düsseldorf ablegte. Wissenschaftlicher Referent für Staats- und Völkerrecht beim „Bund der Vertriebenen" in Bonn wurde er 1967, ein Amt, das er sechs Jahre (1967–73) ausfüllte. Unter dem Oberschlesier Herbert Czaja (1914–1997), wurde er Leiter des Kulturreferats (1973–79).

Seine Verdienste als Geschäftsführer der Stiftung „Ostdeutscher Kulturrat" in Bonn sind kaum aufzuzählen. Als er 1979 seine Arbeit dort aufnahm, war Götz Fehr (1918–1982) aus Budweis in Böhmen Präsident, der aber überraschend am 9. März 1982 starb.

Bis der Oberschlesier Herbert Hupka (1915–2006) im Herbst 1982 zum neuen Präsidenten gewählt wurde, musste der Geschäftsführer die Pflichten eines Präsidenten mit übernehmen. In den 19 Jahren (1979–98) bei dieser Stiftung, in denen der Autor dieser Zeilen sein Kollege war als Chefredakteur der „Kulturpolitischen Korrespondenz" (1983–2000), hat der Geschäftsführer eine Menge für die ostdeutsche Kulturarbeit geleistet.

Als herausragendes Beispiel zu nennen wären die zwölf Bände einer Studienbuchreihe „Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche" (1992–2005), die der Deutschbalte Wilfried Schlau aus Mitau bearbeitet hat.

Öffentliche Anerkennungen für seine Lebensleistung blieben nicht aus. So wurden Parplies 1978 der „Marienburg-Preis" seiner Landsmannschaft Westpreußen verliehen, später das „Goldene Ehrenzeichen" der Landsmannschaft Ostpreußen und die „Goldene Ehrennadel" des „Bundes der Vertriebenen", mit dem Bundesverdienstkreuz wurde er 1990 von Hans Daniels, dem Oberbürgermeister der Stadt Bonn, ausgezeichnet.

Jörg Bernhard Bilke

Großes Frühlingstreffen in Anklam

600 Landsleute folgten der Einladung – Mit anwesend: Tanzgruppen aus Ostpreußen



Führte durch das Programm: Landesvorsitzender Manfred Schukat Bild: Schülke

Wenn die Landsmannschaft Ostpreußen zum Heimattreffen nach Anklam ruft, ist fast immer ein volles Haus garantiert: Trotz heftigen Schneetreibens waren zum Frühlingstreffen fast 600 Landsleute gekommen. Fleißige Hände hatten das „Volkshaus" mit leuchtenden Forsythien, den Fahnen und Schildern aller ostpreußischen Heimatkreise ausgeschmückt und so den Frühling in die Halle geholt. Am 9. März 1991 – auf den Tag genau vor 22 Jahren – waren der Bund der Vertriebenen und zugleich die Landsmannschaft Ostpreußen im Theater Anklam ins Leben gerufen worden. Der Landesvorsitzende Manfred Schukat verwies in seiner Begrüßung erfreut auf die nicht nachlassenden Besucherzahlen. Dies ist kein Grund zu Stolz und Selbstzufriedenheit, sondern vielmehr zu Freude und Dankbarkeit. Viele Landsleute haben in dieser Zeit eine große Verbundenheit bewiesen. Sein besonderes Willkommen galt Professor Dr. Jürgen Udolph, dem fernsehbekannten Namensforscher aus Leipzig, der für einen ganz besonderen Vortrag gewonnen werden konnte: „Schimkus, Grigoleit, Naujokat – woher kommen und was bedeuten unsere Familiennamen?"

Das geistliche Wort sprach Siegfried Barsch aus Züssow, der im vorigen Jahr an einer Busreise nach Königsberg teilgenommen hatte. Der Pfarrer i. R. wies passend zum Thema auf Namen in der Bibel hin – angefangen vom Namen Gottes über biblische Personen bis hin zum Namen eines jeden einzelnen Menschen, mit dem Gott jeden persönlich ruft. Es folgte das feierliche Gedenken an die Toten der Heimat und das stehend gesungene Ostpreußenlied, feierlich begleitet vom Posaunenchor Bansin, der den gesamten Vormittag musikalisch umrahmte. Grußworte entboten der CDU-Bundestagsabgeordnete für Vorpommern-Greifswald, Matthias Lietz, sowie für die Stadt Anklam deren Ordnungsamtsleiter Dirk Bierwerth, der seit 1991 die landsmannschaftliche Arbeit in Anklam begleitet.

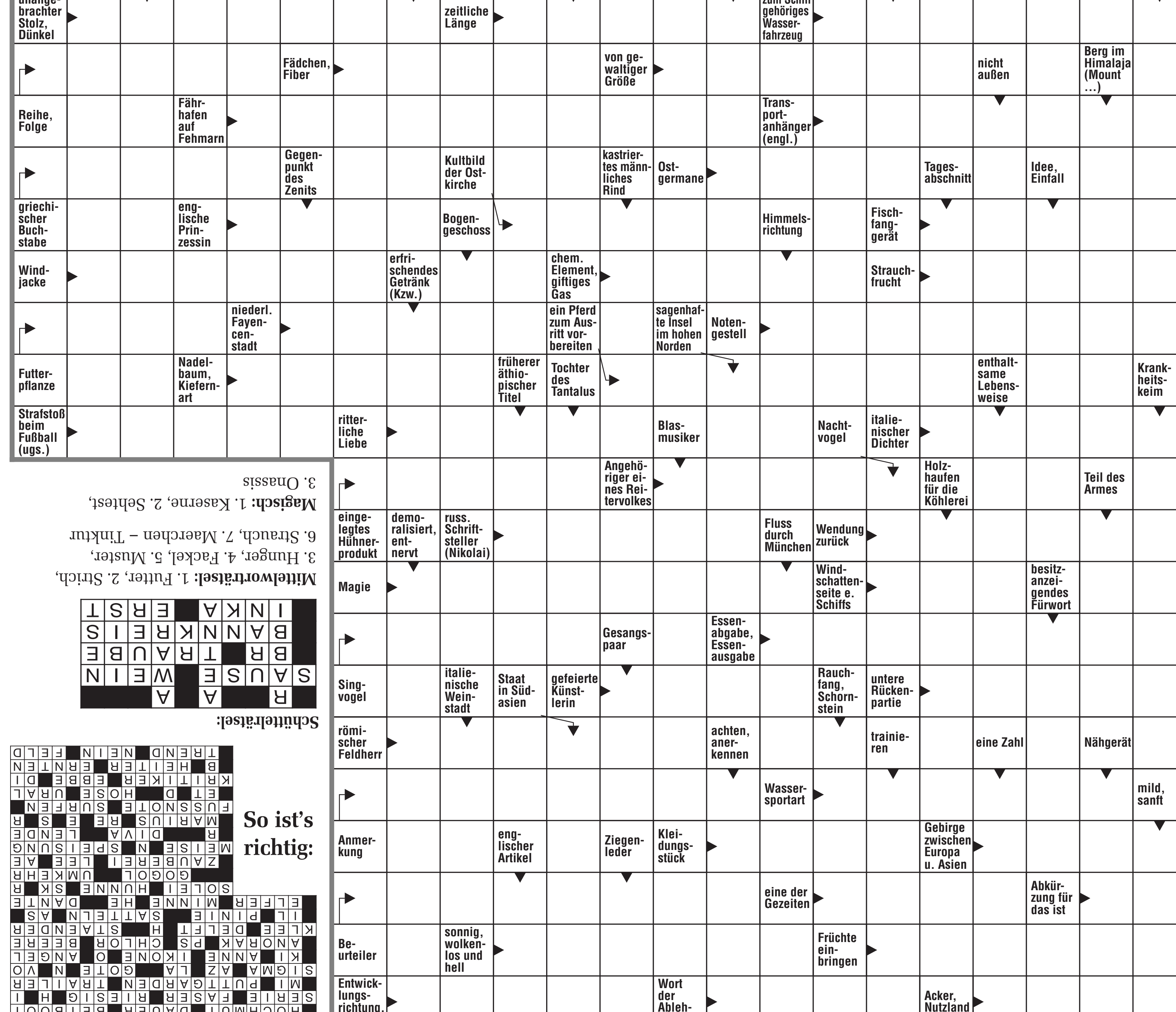
Gebannt lauschten die Gäste dem Vortrag von Professor Udolph

Zum Gedenken an den angloamerikanischen Bombenangriff auf Swinemünde vor 68 Jahren am 12. März 1945 intonierte der Posaunenchor das Swinemünde-Lied, das sein Leiter Helmut Friedrich erst vor wenigen Jahren wiederentdeckte.

Mit großer Spannung erwarteten die Besucher den Vortrag von Professor Udolph. Und sie sollten nicht enttäuscht werden. Der Referent brillierte nicht nur durch versiertes Fachwissen, sondern auch eine ausgezeichnete Rethorik, die jeden fesselte. Zuerst ging es um wichtiges Grundwissen, wie überhaupt Familiennamen entstanden sind und wie man sie einteilt. Die Zuhörer lernten etwas über Vaternamen, Herkunftsnamen, Wohnortnamen, Berufsnamen und die größte Gruppe – die Übernamen, die jemand wegen einer Eigenschaft oder eines Merkmals erhielt. Am Beispiel des Rattenfängers von Hameln, der in Wirklichkeit ein Lokator war, rekonstruierte Professor Udolph sogar die deutsche Ostsiedlung. Auch Ostpreußen mit seiner Vielfalt baltischer, slawischer und deutscher Familiennamen kam nicht zu kurz – allein 16 Völker haben hier Spuren hinterlassen: Wowereit – das Eichhörnchen, Schimkus – der kleine Simon, Grigoleit – kommt von Gregor, Naujokat – der Neuling. Man kann sich im Institut des Professors ein eigenes Zertifikat ausstellen lassen, allerdings für 150 Euro Gebühren (Zentrum für Namenforschung, Grimmaische Straße 10, 04109 Leipzig, Telefon 0341-9897560, gutachten@prof-udolph.com). Solch einen Referenten hatten die Anklamer Ostpreußen noch zu keinem Heimattreffen erlebt, und die gebannten Zuhörer dankten ihm mit lang anhaltendem Applaus und zahlreichen Nachfragen.

Zur Feier des Tages wurden die Gäste mit einem reichlichen Mittagessen versorgt. Gesteigert wurde die gute Laune durch die schon obligatorische Saalrunde selbstgemachten, kräftigen Bärenfangs mit einem vorangeschickten ostpreußischen Trinkspruch. Inzwischen waren direkt aus Ostpreußen zwei befreundete Folklore-Ensembles eingetroffen: Die Tanzgruppe „Saga" aus Bartenstein und der Kammerchor „Kant" aus Gumbinnen, zusammen 40 Personen. Sie überbrachten musikalische Grüße aus der Heimat – ob mit dem Gumbinner und dem Insterburger Tanz, mit deutschen und russischen Chorälen und Volksliedern oder mit ostpreußischen Heimatliedern – beide Gruppen hatten mehrere Programmteile einstudiert, die für eine heimatliche Atmosphäre sorgten. Die Moderation lag in den bewährten Händen von Heimatsänger BernStein, der die Saga-Leiterin Jadwiga Piluk und die Kantchor-Dolmetscherin Vera Kurnosowa auf der Bühne Auskunft geben ließ. So blieben die meisten Besucher auch bis zum großen Finale. Alle Mitwirkenden kamen auf die Bühne, Gastgeschenke und Urkunden wurden ausgetauscht, und gemeinsam stimmten Besucher und Gäste mit gegenseitig gereichten Händen das Ostpreußenlied an. Manfred Schukat konnte in seinem Schlusswort nur noch Danke sagen für so viel Treue.

Friedhelm Schülke



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

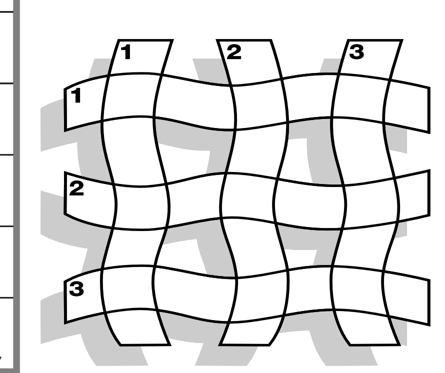
ABBIR, ANRU, AAENT, AAERW, EERU, BIIS, ENST, EINW, AESSU, ABERTU, ABEIKNNRS, AIKN, ERST

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Extrakt aus tierischen oder pflanzlichen Grundstoffen.

1	KRAFT	TROG
2	LAND	MAENNCHEN
3	MACHT	LOHN
4	PECH	ZUG
5	SCHNITT	HAFT
6	WACHOLDER	DIEB
7	SCHAUER	BUCH

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Truppenunterkunft
2 Prüfung der Augenschärfe
3 griechischer Reeder (Aristoteles)

Landesgruppe NRW erfolgreich

Rückblick auf die vergangenen Jahre bei Frühjahrstagung in Oberhausen



Veranstaltungseröffnung: Jürgen Zauner begrüßt die Anwesenden

Bild: ostpreussen-nrw.de

Die Wahl des neuen Landesvorstandes war wohl der wichtigste Punkt der Frühjahrstagung von Nordrhein-Westfalen in Oberhausen, aber interessante Vorträge und Berichte wurden den Teilnehmern auch geboten. So konnte Gerd Schultze-Rhonhof, Autor des Buches „Der Krieg, der viele Väter hatte", für einen Vortrag gewonnen werden. Laut Programm sollte er über „Historische Forschung und Geschichtspolitik zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – Gedanken zur Geschichtsschreibung" sprechen, aber er änderte die Thematik für die Ostpreußen und setzte sich mit der Situation Ostpreußens und Danzigs zwischen den beiden Weltkriegen auseinander.

Der Versailler Vertrag hatte zu neuen Staatsgrenzen geführt, die eine Entmachtung der Verliererstaaten bewirken sollten, ohne dass die dort lebende Bevölkerung gefragt oder ihre Bedürfnisse berück-sichtigt worden wären. Zwischen 1918 und 1921 wurden rund 19 Millionen Deutsch sprechende Menschen fremden Staaten zugeordnet. Das bedeutete Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes und Zerstörung der kulturellen Identität. Der Redner schilderte die Situation der seit 1920 vom Deutschen Reich abgetrennten Freien Stadt Danzig.

Die Bevölkerung Danzigs bestand zu 97 Prozent aus Deutschen und Danzig hatte Hoheitsrechte (Post, Wasserstraßen, Handelszonen), die Polen nicht anerkennen wollte. 1921 legte Polen 24 Behörden in den Freistaat und verlangte exterritorialen Status. Der Völkerbund bestimmte jedoch, dass die Behörden der deutschen Hoheit unterstanden. Die polnischen Behörden wollten den Danzigern polnische Pässe geben, was der Völkerbund untersagte. Polen beanspruchte den Danziger Hafen für seine Kriegsschiffe, dehnte seine Post auf ganz Danzig aus und weigerte sich, den Danziger Gulden anzuerkennen. In allen Fällen intervenierte der Völkerbund. Es soll 136 Fälle gegeben haben, in denen der Völkerbund gegen polnische Ansprüche interveniert hat.

Mit dem Erstarken der NSDAP wuchs bei der Bevölkerung der Wunsch nach Anschluss an das Deutsche Reich, der 1939 bei Kriegsbeginn erfolgte. Polens Regierung soll erklärt haben, der Anschluss Danzigs ans Deutsche Reich sei für sie ein Kriegsgrund.

> Gastredner Schultze-Rhonhof stellte sich lebhafter Diskussion

Über die Situation in Ostpreußen erfuhren die Zuhörer Neues. Das zu 70 Prozent deutsch besiedelte Westpreußen wurde 1921 durch die Siegermächte an Polen abgetreten. Der Polnische Korridor wurde die Verbindung Ostpreußens zu Pommern und zu den westlichen Teilen des Reichs. Es gab acht Bahnverbindungen, ab 1936 wurde eine Strecke nach der anderen geschlossen. Fahrkarten und Transportgebühren mussten in Zloty bezahlt werden, was das Deutsche Reich nicht konnte. Die Energieversorgung für Ostpreußen wurde immer schwieriger, weil die Kohlenzüge aus Oberschlesien behindert wurden. Als Polen damit drohte, die letzte Bahnlinie zu schließen, wurde der „Seedienst Ostpreußen" eingerichtet, doch der Königsberger Hafen war überfordert. Im März 1939 verbündete sich die Tschechei mit England. Polen habe im März 1939 mit der Mobilmachung begonnen, Deutschland drei Monate später.

Noch am Vorabend des Krieges forderte die deutsche Seite den Anschluss Danzigs an das Deutsche Reich, eine Trasse nach Pommern und Rechte für die deutschen Minderheiten. Forderungen zur Rückgabe Oberschlesiens, Westpreußens und Posens wurden nicht erhoben. Der Referent riet zur Unterscheidung zwischen „Auslösung" und „Verursachung" des Krieges. Deutschland habe den Krieg ausgelöst, aber verursacht worden sei er von mehreren Seiten. Die Deutschen sollten sich dagegen wehren, dass ihnen die Schuld an ihrer Vertreibung zugewiesen werde.

Nach einer lebhaften Aussprache zwischen dem Referenten Schultze-Rhonhof und den Teilnehmern gab der Vorsitzende von NRW Jürgen Zauner seinen Tätigkeitsbericht. 44 Gruppen gehören zum Landesverband NRW, als dessen wichtigstes Organ er die Internet-Seite nannte. Er appellierte an die Landsleute, dieses Forum zu nutzen und dankte Werner Schuka für die gute Betreuung der Internet-Seite.

Nordrhein-Westfalen war auf dem Deutschland-Treffen in Erfurt gut vertreten, und die Kultur-Veranstaltungen auf Schloss Burg im Juli 2011 und 2012 sind zufriedenstellend verlaufen. Auch auf den „Parlamentarischen Abend" im Düsseldorfer Landtag ging Zauner ein, der vom BdV-Landesverband organisiert worden war. Er lobte die interessanten Reden, bedauerte aber die schwache Außenwirkung in der regionalen Presse. Auch der Termin im Spätherbst sei nicht so günstig gewesen. Abschließend forderte er die Landsleute (und die OLV) auf, Gegenstände aus den Heimatstuben und aus Privatbesitz nicht nach Litauen oder Polen zu geben, sondern nach Lüneburg und Ellingen. Dazu passte auch der mit reichem Bildmaterial veranschaulichte Vortrag der Museums-Pädagogin Delia Güssefeld über Heimatstuben, der den Teilnehmern viele Anregungen bot.

Die Neuwahlen des Vorstandes unter der Wahlleitung von Herrn Leitzen brachten die Wiederwahl Jürgen Zauners als Landesvorsitzenden. Als Stellvertreter wurden Prof. Dr. Ulrich Penski und Arnold Schumacher gewählt. In das Amt des Schatzmeisters wurde Arno Lemke gewählt und in das Amt des Schriftführers Wilhelm Kreuer. Bezirksvorsitzende wurden Margitta Romagno (Düsseldorf), Dieter Mayer (Arnsberg) und Manfred Ruhnau (Köln). Detmold und Münster bleiben vakant. Die Landesgruppe NRW wird von den Herren Zauner, Penski, Schumacher und Kreuer in der OLV vertreten. *B. Beutner*

Wir als Vorbild

6. Baltische Tafelrunde tagte in Elmshorn

Für Neulinge wurde die 6. Baltische Tafelrunde, die seit 2008 in Elmshorn veranstaltet wird, ein Abend der Überraschungen. Hausherr Raimar Neufeldt begrüßte jeden Gast beim Betreten des Hauses.

Seit mehr als drei Jahrzehnten (1982) ist er der Vorsitzende des Vereins „Dittchenbühne", der inzwischen viel mehr bietet als „nur" Theateraufführungen. Daher seit einigen Jahren auch die verdienten Zusätze „Forum Baltikum" und „Mehrgenerationenhaus Elmshorn".

Eine festlich gedeckte Tafel, dabei eine mit Aufwand hergestellte Karte der Speisen- und Programmfolge auf jedem Platz, beeindruckte den Gast als erstes in dem für Feierlichkeiten und Veranstaltungen vorgesehenen Bereich des Hauses. Wer als Wiederkehrer oder Stammgast an diese Stätte vielfältiger Aktivitäten kommt, wird sich stets unter den Teilnehmern eines Abends umsehen, um festzustellen: Unerwartete Wiedersehensfreude ist nahezu garantiert.

Den meisten Gästen noch nicht bekannt war der angekündigte Referent des Abends, Dr. Per Tryding, der Generalsekretär des Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA), der Ostseehandelskammern, und stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Südschweden. Tryding, der auch an Hochschulen von Kristianstad und Lund tätig ist, beschäftigt sich mit Projekten hinsichtlich der Forschung und der Entwicklung der Region. Die Vereinigung von 40 Handelskammern rund um die Ostsee wurde 1992 in Rostock gegründet. Das riesige Potenzial des elektronischen Handels in diesem Raum ist bis heute nicht ausgeschöpft.

So verwunderte das Thema seines Vortrags nicht: „Alles Wissen stammt aus der Bildungspolitik – neue Bildungsideen des Ostseeraumes". Der von ihm gewählte Einstieg in das Thema erfreute: „Bildungsvorbild Deutschland". Er hatte die Lacher auf seiner Seite, als er hinzufügte: „Ich denke vor allem an das 19. Jahrhundert." Er erinnerte an Wilhelm von Humboldt, an Bernhard Faust, den fast vergessenen Erfinder des Spielplatzes, an das preußische Bildungssystem, das der Amerikaner Horace Mann, beeindruckt vom preußischen Schulsystem, 1852 nach Massachusetts brachte.

> Schwedischer Referent erinnerte an preußische Bildung

Und heute? Per Tryding stellte die Behauptung auf, dass im 21. Jahrhundert Integration und deutliche Tendenzen in Richtung Forschung eine Rolle spielen. Unter den Universitäten und Hochschulen herrsche Wettbewerb, doch werde der Fokus auf die Qualität der Lehre gerichtet.

An neuen Technologien wie „E-learning", komme niemand mehr vorbei. Aber: Grundschulen werde endlich wieder mehr Bedeutung zugesprochen. Der Beruf des Lehrers benötige beste Ausbildung und gesellschaftliche Anerkennung.

Die Förderung von Begabungen solle früh beginnen. Das internationale Austauschprogramm für Studenten (ERASMUS), eingeführt 1984, habe sich bewährt. Es wird internationale Bildungsregionen geben, vor allem in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte. Als bereits existierendes Beispiel führte er „Boswash" an (den Raum zwischen Boston und Washington). Erstrebenswert sei die Entwicklung eines Wissenskorridors Oslo-Göteborg-Öresundregion-Hamburg.

Wer diesen Abend erlebte, nahm Anregungen und auch Fragestellungen mit nach Hause. Ein unangefochtenes „Sehr gut" muss der Küche des Hauses, die mit landestypischen Spezialitäten aus fünf Ländern des Ostseeraumes aufwartete, ausgesprochen werden, vor allem ein Dank den Menschen, die vor und hinter den Kulissen zum Gelingen dieses Abends beitrugen. Die „Schwedische Frostknolle vom Elch" bleibt genauso unvergessen wie der Referent aus diesem Land mit seinen Denkanstößen. *Ute Eichler*

Rückkehr des Riesen-Rindviehs

Die Wisente standen kurz vor der Ausrottung – Jetzt setzte man im Rothaargebirge eine Zuchtherde in die Freiheit

Masurens traditionsreiches Charaktertier lebt jetzt auch westlich der Oder erstmals wieder in freier Wildbahn. In einem europaweit einmaligen Versuchsprojekt wurde eine Wisentherde ausgewildert. Im Rothaargebirge sollen sich die Ur-Rinder an die Freiheit gewöhnen, ohne den Menschen gefährlich zu werden.

Der 11. April dieses Jahres sei ein historisches Datum für den Landkreis Siegerland-Wittgenstein, das Land Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa. Ein Datum, das in die Geschichte eingehen werde. So jedenfalls sieht es Uwe Riecken vom Bundesamt für Naturschutz, der das bahnbrechende Wisent-Projekt im Herzen des Rothaargebirges seit 2004 tatkräftig unterstützt und begleitet. Denn durch die Auswilderung der achtköpfigen Wisent-Herde – ein Bulle, fünf trächtige Kühe und zwei Kälber – im Wittgensteiner Wald bei Bad Berleburg können sich Wisente erstmals auch westlich der Oder wieder frei in Europa bewegen.

Darüber freut sich ganz besonders der Initiator des Projektes Richard Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, in dessen Forst die Tiere seit 2010 – nach über sechsjähriger Planungsphase – in einem rund 88 Hektar großen Eingewöhnungsareal auf den großen Tag vorbereitet wurden. Mit der Durchtrennung des Zaunes stehen den faszinierenden Riesen nun – theoretisch – bis zu 12 500 Hektar fürstlichen Waldes zur Verfügung und mehr. Ist Siegerland-Wittgenstein doch zu zwei Dritteln mit Laub- und Nadelwald bedeckt und damit der waldreichste Kreis Deutschlands.

Doch bis die Tiere wirklich frei sind, werden noch einige Jahre vergehen. Vorerst bleiben sie unter Beobachtung, haben einen eigenen Wildhüter, werden weiterhin veterinärmedizinisch versorgt und gefüttert. Zudem sind die Leitkuh und der erwachsene Bulle mit Telemetrie-Halsbändern ausgestattet, die ihren Aufenthaltsort verraten.

Ursprünglich war die größte europäische Rindtierart bis in den asiatischen Teil Russlands verbreitet und bevölkerte als Könige der masurischen Heiden auch die ostpreußische Wildnis. In Geschichtsbüchern ist zu lesen, dass der schon 1000 v. Chr. hier sesshaft gewordene Volksstamm der Galinder die Tiere jagte.

Gejagt wurde weiter, immer, solange man denken kann. Doch ausgerottet hatte Masurens größtes Charaktertier dabei keiner. Die einst in Ostpreußen herrschenden Fürsten sorgten selbst nach tiefsten Einbrüchen dafür, dass die Population ihrer begehrten Jagdbeute sich nicht völlig auflöste. Doch was alle Jäger nicht geschafft hatten, erledigten schließlich Krankheit und Krieg, Infektionen und Wilderer.

Nur 54 Tiere überlebten in Zoos

Schon Anfang des 20. Jahrhunderts fand man Europas größte Landsäugetiere nur noch im polnischen Bialowieza-Urwald und im Kaukasus frei lebend vor. Bis auch sie 1919 beziehungsweise 1927 hier ausgerottet waren. Ganze 54 Tiere überlebten in Zoos und Wildgehegen. Sie bildeten den Grundstock des seit 1932 im Zoologischen Garten von Warschau geführten internationalen Zuchtbuches, das bis heute das wichtigste Instrument bei der Planung der Arterhaltung ist.

Glücklicherweise hatten Wissenschaftler und Naturschützer die bedrohten Riesen nie fallen gelassen. Auch dann nicht, als ihnen für ihre Zuchtbemühungen nach dem Zusammenbruch der Population gerade noch zwölf Tiere zur Verfügung standen: Elf Kühe und ein Bulle. Trotz dieser minimalen Zuchtbasis hat sich der Bestand in den letzten 100 Jahren bemerkenswert erholt. Insgesamt ist die „Wisentsche Weltbevölkerung“ wieder auf rund 4500 Tiere angewachsen. Knapp zwei Drittel davon leben heute in 33 freien Herden in Polen, Russland, Litauen, der Slowakei, Weißrussland, Rumänien, der Ukraine und jetzt erstmals auch in Deutschland. Alleine in der Republik Polen findet man wieder über 600 Wisente in Freiheit. Diese verbindet sich mit drei Gebietsnamen: dem Borker Wald bei Lötzen [Gizycko], der Johannisburger Heide bei Allenstein [Olsztyn] und dem Unesco-Weltnaturerbe Bialowieza, dessen Fläche sich weiter südöstlich grenzüberschreitend bis nach Weißrussland hinein erstreckt. Im polnischen Bialowieza-Urwald lebt mit zirka 450 Wisenten die größte dieser Herden.

Damit möchte man meinen, sei der Wisent in Freiheit gründlich erforscht. Doch die Bedingungen seien überall anders, so Landrat Paul Breuer, stellvertretender Vorsitzender des Trägervereins Wisent-Welt-Wittgenstein. Das Rothaargebirge sei kein Urwald wie in Polen, sondern eine besiedelte Kulturlandschaft mit bewirtschaftetem Wald. Da galt es besonders in der Bevölkerung Ängste abzubauen und Vertrauen zu gewinnen. Ein Prozess, der sich zu einem wissenschaftlichen Mammutprojekt entwickelte angesichts der vielen beteiligten Behörden, Institutionen, Verbände und Personen. 150 Wissenschaftler und vier Universitäten haben sich an den Machbarkeitsstudien beteiligt: die Tierärztliche Hochschule in Hannover sowie die Universitäten Siegen, Frankfurt am Main und Göttingen. Nichts wurde dem Zufall überlassen. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die Wisente auch erkenntnisgerecht verhalten, damit sich die 1,4 Millionen Euro, die das Wisent-Projekt im Rothaargebirge bis heute verschlungen hat, sowie die Folgekosten auch lohnen.

Zweifel daran hat derzeit übrigens keiner. Und daher stehe man in Kraansvlak in den Niederlanden, in den französischen Seealpen oder auf der dänischen Insel Bornholm auch schon in den Startlöchern, um dort ähnliche Projekte nach Wittgensteiner Vorbild zu realisieren, so Riecken. Denn der Artenschutz ist nur die eine Seite der Medaille.

Zeigt allen die Zunge: Bulle Horno zeigt sich Gästen gegenüber recht übermütig Bild: Schnehagen

Durch die Wisent-Auswilderung ist die Region ohne Zweifel nicht nur in Sachen Naturschutz, sondern auch im Hinblick auf ihre touristische Attraktivität in die Champions-League aufgestiegen. Und diese Attraktivität ist auch ohne „wilde“ Wisente durch den 2001 eröffneten Rothaarsteig bereits enorm hoch. Garantiert der 154 Kilometer lange Weg von Brilon im Sauerland über das Wittgensteiner Bergland und das Siegerland bis ins hessische Dillenburg am Fuße des Westerwaldes als Deutschlands erster Premiumweitwanderweg doch schon bisher erstklassige Naturerlebnisse, gut sichtbare Wander-Markierungen und eine auf die Bedürfnisse der Touristen ausgerichtete Infrastruktur.

Die Frage aber, wo man die scheuen Wisente zu Gesicht bekommt, werden selbst die erfahrenen Wildhüter am Rothaarsteig nicht immer beantworten können. Deshalb gibt es eine zweite Herde auf fürstlichem Grund: die Wisent-Wildnis am Rothaarsteig bei Wingeshausen, einem Ortsteil von Bad Berleburg, wo in einem 20 Hektar großen, naturbelassenen Areal der Bulle Horno, die Kühe Fasel, Faye und Gutelaune sowie die Kälber Quattro und Quelle leben. Zwischen den beiden Außenzäunen kann der Besucher auf einem drei Kilometer langen unbefestigten Wanderpfad (Trittsicherheit und festes Schuhwerk werden vorausgesetzt) deren Lebensraum umrunden und sicher sein, die Tiere auch mindestens einmal zu sichten. Seit der Eröffnung am 20. September 2012 haben 20 000 Besucher davon Gebrauch gemacht.

Wer die Tiere aber in Aktion sehen und fotografieren möchte, braucht Geduld. In der Regel dösen sie stundenlang träge vor sich hin oder käuen wieder und ihre einzigen Handlungen bestehen darin, sich von der Bauch- in die Seitenlage zu bequemen oder umgekehrt. *Helga Schnehagen*

Sicheres Warmduschen im Alter

Wenn die ersten Gebrechen kommen, kann Hygiene zum Problem werden – Barrierefreie Bäder bieten Abhilfe

Sag mal Mami, kann es sein, dass Ur-Omi irgendwie ... stinkt?“ Ein wenig peinlich berührt blickt die Mutter ihre fünfjährige Tochter an und nickt. „Ja“, erklärt sie, „deine Urgroßmutter kommt nicht mehr in die Dusche und kann sich nur noch mit Waschlappen am Waschbecken waschen und da sie aber auch nicht mehr so ganz dicht hält, wird sie halt nicht richtig sauber.“

Zwei Wochen später besuchen die Urgroßeltern mit ihren Kindern, Enkeln und der geruchssensiblen Urenkelin den Verein für Hilfsmittelberatung, Wohnraumanpassung und barrierefreie Bauberatung. Doch die beiden Rentner reagieren ablehnend. „Wir sind doch nicht behindert“, empört sich die 87-jährige Seniorin, sich dabei auf ihren Stock stützend. Zwar bräuchte sie längst einen Gehwagen, aber den konnte ihre Tochter nicht durchsetzen.

Immerhin haben die beiden Alten inzwischen in ihrem 1968 erbauten Reihenhaus einen Treppenlift. Doch im verwinkelten Bad, dessen Duschwanne einen sehr hohen Einstieg hat, wurde seit dem Bau nichts mehr gemacht. Schlecht gelaunt verlassen die Urgroßeltern mit Kind und Kegel die Beratungsstelle.



Barrierefreies Baddesign wie es zum Beispiel der Hersteller Keuco anbietet Bild: Keuco

„Gerade alte Menschen hören nicht gern, dass sie ihr Bad barrierefrei oder gar behindertengerecht umbauen müssen“, so Badexperte Andreas Bitter vom 1912 gegründeten Sanitärgroßhandel Peter Jensen in Hamburg. Gegenüber der *PAZ* erläutert er, dass inzwischen immer mehr Hersteller sich der alternden Gesellschaft anpassten und nicht nur praktische, sondern auch optisch ansprechende Möglichkeiten für barrierefreie und behindertengerechte Bäder anbieten würden. Baute man früher unbequeme weiße Stangenklapphocker in die Duschen für jene, die nicht mehr so gut stehen können, gebe es heute mehrere dezente und vergleichsweise hübsche Modelle.

Und wer genügend Platz habe, könne sich einen Absatz in die Dusche integrieren lassen, auf dem man sitzen kann. Allerdings könne man nicht jede Dusche barrierefrei machen, denn nicht jedes Bad biete die baulichen Voraussetzungen, betont Bitter. So manches Mal müsse man einen Kompromiss finden, doch zusammen mit dem Handwerker könne man mehrere alternative Möglichkeiten abstimmen.

Am wichtigsten beim Umbau sei jedoch, unterstreicht Bitter, die detaillierte Planung beim Fachmann. So müsse genau überlegt werden, ob zum Beispiel Griffe für den Einstieg in die Dusche benötigt würden und auf welcher Höhe der Handwerker sie später anbringen soll. Und in welcher Höhe die Toilette montiert werden muss, sind auch hier Haltegriffe für das Hinsetzen und Aufstehen notwendig und wie sieht es mit der Intimhygiene aus? Fragen über Fragen, die jedoch beantwortet werden müssen.

Wer Geld habe, könne sich heutzutage auch WC-Aufsetzer kaufen, die eine Gesäß-, Komfort und Ladydusche sowie einen Warmluft-Föhn und eine Sitzheizung integriert haben. Zwar koste dieser Luxus mindestens 700 Euro plus Montage doch wer Probleme beim Duschen hat, bei dem rentiere sich eine derartige Anschaffung.

Badsanierung dank staatlicher Finanzhilfe

Während Mieter bei nötigen Umbaumaßnahmen immer auf die Zusammenarbeit mit dem Vermieter angewiesen sind, haben Eigentümer mehr Möglichkeiten. Selbst wenn das Geld fehlt, um die schnell inklusive Arbeitslohn für den Handwerker 10 000 Euro kostenden Umbaumaßnahmen zu bezahlen, gibt es Möglichkeiten, diese trotzdem zu finanzieren. So bietet die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Gelder für „Altersgerechtes Umbauen“ an. „Sie können Schwellen entfernen, Wände und Durchgänge versetzen, die Küche und das Bad umbauen, Terrassen und Balkone gestalten und vieles mehr“, bewirbt die KfW ihren Förderkredit, der unabhängig vom Alter für Umbaumaßnahmen ab einem Prozent effektiven Jahreszins für bis zu 50 000 Euro Kreditbetrag je Wohneinheit gewährt wird.

Der Bad-Experte Bitter findet es beachtenswert, dass heutzutage immer mehr Mittfünfziger ihr Bad so renovieren, dass es barrierefrei ist. Hatte sich die Firma Peter Jensen vor einigen Jahren noch dagegen entschieden, ein barrierefreies und behindertengerechtes Bad in die Ausstellung mit aufzunehmen, hat die Nachfrage inzwischen dafür gesorgt, das Angebot entsprechend auszuweiten. Da immer mehr Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden bleiben wollen, nicht aber erst im hohen Alter Umbaumaßnahmen umsetzen wollen, planen immer mehr Hausbesitzer im Voraus. Die Hersteller bieten mittlerweile attraktive Lösungen an, so dass man auf modernes Design nicht verzichtet muss und jetzt auch die Urenkelin ihre Ur-Oma wieder gut riechen kann. *Rebecca Bellano*

Familie verhilft zum Glück

Ein typischer Nachmittag im Fitnessstudio: Während sich im Wellness-Bereich meistens Paare wohlig entspannen, bauen Singles in schweißtreibenden Aerobic- und Cycling-Kursen Stress ab. Dazu passt die Studie „Trendreport Familie“, welche der Kafferöster Jacobs in Auftrag gegeben hat. Demnach empfinden die Deutschen weniger Stress, wenn sie in einer Familie leben. So sagt die Hälfte der Eltern, sie seien zufrieden und glücklich. Ganz anders dagegen die Singles – 60 Prozent der befragten Alleinlebenden geben an, ihnen werde manchmal „alles zu viel“ – sie möchten dann von allen in Ruhe gelassen werden.

Das Familienleben tut der Seele gut und macht glücklich. Das bestätigt auch der Hamburger Diplom-Psychologe Michael Thiel: „Glückliche Eltern übertragen ihr Gefühl automatisch auf ihre Kinder, die wiederum mit ihrer Fröhlichkeit ihre Eltern glücklich machen – eine wechselseitige Bereicherung.“ Der Serotonin-Spiegel steigt, der Stress im Job verliert an Bedeutung. So beurteilen 86 Prozent der Befragten auch den Zusammenhalt ihrer Familie als besonders eng. Das gilt vor allem für Eltern in Paarbeziehungen. Im Vergleich dazu sagen die befragten Singles, sie seien deutlich gestresster: Etwa jeder Fünfte fühlt sich laut Trendcheck des Öfteren von allen genervt. *tws*

Immerhin überlebt

Flucht aus Westpreußen

„Zum Klagen keine Zeit. Die Lebensgeschichte einer tapferen Frau aus Westpreußen" betitelte Inge Genzmer ihre beeindruckende Biografie über ihre Mutter Margarete Wiens (1908–1998). Der Titel bezieht sich auf den Heimatverlust der mennonitischen Familie durch den Krieg und den schwierigen Neuanfang in Schleswig-Holstein. Die Autorin wurde 1940 als eines von sechs Kindern ihrer Eltern Franz und Margarete Wiens in Ladekopp, Westpreußen, geboren. Die Eltern bewirtschafteten einen Bauernhof mit 56 Hektar Land, der aufgrund des schweren, fruchtbaren Bodens gute Erträge abwarf. Alle acht Familienmitglieder überlebten den Krieg und die Flucht, wofür Margarete Wiens zeitlebens dankbar war. Nach dem Tod ihrer Mutter beschloss Inge Genzmer, ihr ein Buch zu widmen. Dafür sichtete sie Hunderte von Briefen und wertete die Memoiren ihrer Mutter aus. Hinzu kamen Kassettenaufnahmen ihres Sohnes von den Erzählungen seiner Großmutter. Diese hatte im Alter viel über ihre Kindheit und Jugend und ihre Erlebnisse im Krieg und auf der Flucht gesprochen. Außerdem zog die Autorin Verwandte ins Gespräch und bat sie um Mithilfe.

Mitte März 1945 entkamen Margarete Wiens und die Kinder auf einem ehemaligen Frachter aus der von der Roten Armee eingekesselten Stadt Danzig. Die Fahrt des überfüllten Flüchtlingsschiffs ging nach Dänemark. Von Kopenhagen wurden sie nach Grove bei Aarhus, Jütland, gebracht, wo sie mehr als drei Jahre festgehalten wurden. Im Sommer 1948 konnten sie nach Preetz in Ostholstein übersiedeln, wo Franz Wiens nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft bei einem Bauern Unterkunft gefunden hatte. 1951 wurde der Familie im Zuge der Aufteilung ehemaliger Staatsgüter ein kleiner Bauernhof in Scharstorf bei Preetz zugesprochen.

Von dem Leben auf dem einsam gelegenen Hof bei Scharstorf erinnert die Autorin vor allem die jahrelange tägliche Schwerstarbeit. Auch die Kinder hatten nach der Schule ihr Arbeitspensum zu erledigen. Selbst am Sonntag gab es keine Ausnahme. Dabei herrschte ein strenges Regime des Sparens, nur bei Verwandtenbesuchen wurde eine Ausnahme gemacht. Manchmal bedingen sich eine eherne Arbeitsmoral und emotionale Zurückhaltung gegenseitig, was den alltäglichen Umgang zwischen Menschen, die sich nahe stehen, nicht eben leichter macht. Eltern und Kinder vermieden es, einander ihre Liebe und Zuneigung zu bekunden.

Da keiner der beiden Söhne den Hof übernehmen wollte, wurde er 1966 verkauft, was dem Vater sehr schwer fiel. Mit 60 Jahren nahm Margarete Wiens noch einmal eine Arbeitsstelle in ihrem früheren Beruf als Krankenschwester an.

Ostholstein bot Familie neues Zuhause

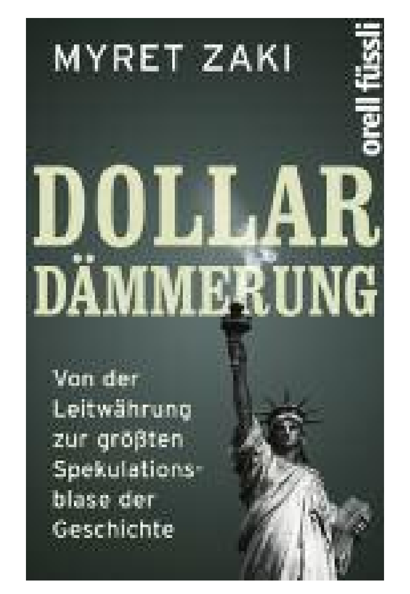
Ihre Töchter bemerkten, dass sie im Alter toleranter und nachgiebiger wurde, besonders ihren Enkeln gegenüber. Als Witwe fand sie mit 83 Jahren im Altersheim noch die große Liebe ihres Lebens. Drei Jahre dauerte das Glück ihrer späten Freundschaft mit Ernst.

Mit dem Buch wendet sich die Autorin hauptsächlich an ihre Verwandtschaft in Deutschland und den USA, doch sind vor allem sämtliche Kapitel des ersten Teils auch von allgemeinem Interesse. Inhaltlich weniger ergiebig und wesentlich kürzer ausgefallen ist der zweite Teil.

Dagmar Jestrzemski

Inge Genzmer: „Zum Klagen keine Zeit. Die Lebensgeschichte einer tapferen Frau", Selbstverlag, zu bestellen: Hans-Böckler-Straße 15, 65929 Frankfurt am Main, brosch., 190 Seiten, 13,90 Euro

Alle Bücher sind über den PMD, Mottelerstr. 7, 04155 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.



Euro-Krise ist Glück für USA

Politologin ist überzeugt, dass die Vereinigten Staaten pleite sind

Euro-Krise? Kinderkram! „Der Dollar, nicht der Euro, ist für die gesamte Welt und ihr Wirtschaftssystem eine Gefahr." So lautet jedenfalls die Meinung der Schweizer Politologin und stellvertretenden Chefredakteurin des Wirtschaftsmagazins „Bilan". Sie sieht ein ganz anderes Problem am Himmel heraufziehen, das die Weltwirtschaft derart in den Abgrund reißen wird, dass die letzten Jahre der Banken-, Finanz- und Euro-Krise dagegen verblassen. Da sie in „Dollar Dämmerung. Von der Leitwährung zur größten Spekulationsblase der Geschichte" zahlreiche Zahlen und Fakten anführt, kann man ihr leider auch nicht vorwerfen, eine Verschwörungstheorie zu verbreiten oder billigen Alarmismus zu betreiben.

Allerdings wundert man sich schon, warum in den Wirtschaftszeitungen von dem von ihr angesprochenen Problem kaum die Rede ist. Zaki gibt hierauf Antwort: „... wir müssen unbedingt den Dollar und die amerikanische Wirtschaft mit allen Mitteln stützen, denn wenn sie zusammenbrechen, dann können wir alle einpacken", so ein Londoner Finanzanalyst im Gespräch mit der Autorin. Und die Welt hänge nicht nur am Dollar, weil er Leitwährung ist, sondern weil viele Länder US-Staatsanleihen halten. Vor allem China und Japan, letzteres selber dicht an der Zahlungsunfähigkeit, haben den USA jeweils mehr als eine Billion Dollar geliehen, überwiegend zwangsweise. Weil im Welthandel Waren in Dollar bezahlt werden, musste das Geld irgendwo investiert werden. Da liegt der Kauf von US-Staatsanleihen nahe.

Ganze Welt ist vom Wohl und Wehe der USA abhängig

Zaki ist überzeugt, dass die USA bereits jetzt technisch bankrott sind. Grundsätzlich sei das Land nicht mehr in der Lage, seine Schulden zurückzubezahlen und seinen sozialen Verpflichtungen adäquat nachzukommen. Da demnächst in den USA die Babyboomer-Generation in Rente geht, würden die Löcher in den Rentenkassen offenbar. Doch die USA hätten das große Glück, dass die Welt nicht auf ihren Bankrott blickt, sondern auf die Probleme im Euro-Raum. Und so würden schizophrenerweise die Haushaltsprobleme von im Vergleich zu den USA winzigen Ländern wie Griechenland oder Spanien bewirken, dass Investoren ihr Geld von dort abziehen und stattdessen in US-Staatsanleihen investieren. Genau dies würde dazu führen, dass die USA, obwohl sie ein höheres jährliches Defizit und eine ähnliche Staatsverschuldung im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) aufweisen wie Griechenland, mit Geld überschüttet werden und sogar weniger Zinsen zahlen müssen als zu Zeiten, in denen ihre Verschuldung niedriger war. Zaki ist überzeugt, dass die Euro-Krise von den USA verschärft wird und spricht von einer „Hexenjagd gegen den Euro", die es den USA erst ermögliche, sich weiter zu derart niedrigen Zinsen weiter zu verschulden.

Die USA lebten schon seit Jahrzehnten auf Pump. Das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahrzehnte sei überwiegend durch billiges Geld und die massive Verschuldung der Privathaushalte möglich gewesen. Doch ein Wachstum, das nur auf über Schulden finanzierten Konsum basiere, sei gar keines. „Das FED hat auf lange Sicht dem amerikanischen Wohlstand mehr Schaden zugefügt als die Angriffe vom 11. September 2001", zitiert Zaki den republikanischen Abgeordneten Ron Paul mit seiner Meinung zur Strategie der US-Notenbank FED. Deren Politik überschwemme die Welt mit billigem Geld, mache Handel und Devisengeschäfte instabil und zwinge andere Länder wiederum ihre eigene Währung zu manipulieren, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Zaki betont auch, dass der Dollar als Leitwährung keineswegs Tradition habe. Vor dem Ersten Weltkrieg teilten sich das Pfund Sterling, der französische Franc und die deutsche Währung die Funktion, zwischen 1920 und 1930 seien es Pfund Sterling, Franc und Dollar gewesen. Auch nennt die Autorin die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds als Alternative zum Dollar und betont, dass der Goldstandard angeblich eine Wiedergeburt erlebe. Hier kann man Zaki nicht immer folgen, auch geht sie nicht darauf ein, wie das US-Schuldenproblem dadurch gelöst werden könnte. Denn entscheidet sich die Welt, nicht mehr auf den Dollar im Handel zu setzten, dann stürzt dieser schneller ab, als man schauen kann, und alle Schuldner der derzeit offiziell mit über 16 Billionen Dollar verschuldeten USA sitzen auf nahezu wertlosen Schuldscheinen. *Rebecca Bellano*

Myret Zaki: „Dollar Dämmerung. Von der Leitwährung zur größten Spekulationsblase der Geschichte", orell füssli, Zürich 2012, gebunden, 239 Seiten, 19,95 Euro



Schlagzeilen hinterfragt

Journalist beleuchtet den Rücktritt von Wulff und die »NSU-Morde« näher

Sinkende Auflagen der Mainstream-Medien dokumentieren den Verlust der Glaubwürdigkeit dessen, was in der Zeitung steht. Dabei nimmt das Informationsbedürfnis zu. Genau das ist die Chance „alternativer" Publikationen. Eine gute Quelle ist auch in diesem Jahr wieder das von Gerhard Wisnewski verfasste Jahrbuch „Verheimlicht, vertuscht, vergessen 2013". Aus der Fülle der unter „ferner liefen" erwähnten Ereignisse stechen drei hervor: Die Hintergründe für den Rücktritt des Bundespräsidenten Christian Wulff, die Umtriebe der Menschenrechtsorganisation „Amnesty International" und schließlich die unendliche Geschichte der „Dönermorde", die nunmehr als „NSU-Morde" bezeichnet werden.

Wisnewski sieht einen Zusammenhang zwischen den Euro-kritischen Bemerkungen Wulffs und der Kampagne gegen ihn. Der Bundespräsident muss nach Artikel 82 Grundgesetz prüfen, ob Gesetze nach den „Vorschriften dieses Grundgesetzes zustande gekommen" sind. Hinter Wulffs Aussage kurz vor seinem Rücktritt, dass er den massiven Aufkauf von Anleihen einzelner Staaten durch die Europäische Zentralbank „für rechtlich bedenklich" halte, vermutet der Autor dessen „politisches Todesurteil".

Wisnewski beleuchtet auch die Rolle, die „Amnesty International" bei der Findung von Kriegsgründen gegen Syrien spielt. Das habe eine gute Tradition, denn auch bei der Suche nach Kriegsgründen gegen Libyen und den Irak war „Amnesty" beteiligt. Der Autor bohrt tiefer: Schon bei der Gründung von „Amnesty International" waren Geheimdienstleute oder Menschen, die den Diensten nahe standen, beteiligt. Der Autor sieht einen „roten Faden". Ganz im Sinne der USA „half" Amnesty dabei, den europäischen Mächten die letzten Kolonien zu entreißen, später standen „Schurkenstaaten" und die auf „Befreiung" wartenden Staaten der ehemaligen Sowjetunion im Fokus. Alles zum Nutzen US-amerikanischer Weltmachtpolitik und der Aufrechterhaltung einer „Pax Americana".

Auch zu den „NSU-Morden" bringt der Autor neue Erkenntnisse. Hinweise auf eine direkte Beteiligung von Verfassungsschutz-Mitarbeitern an den Vorfällen versuchen die Dienste immer wieder zu verschleiern. Die staatlichen Aufklärungsbehörden würden hier wenig Interesse zeigen, findet Wisnewski. Stattdessen würden den Bürgern immer wieder zweifelhafte Nachrichten über die letzte Überlebende des NSU aufgetischt. Eine direkte Beteiligung von Beate Tschäpe an den Todesfällen konnte bislang nicht nachgewiesen werden und die „Täter" Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt kann man ja nun nicht mehr befragen, weil sie tot sind – wie praktisch. *Hans Lody*

Gerhard Wisnewski: „Verheimlicht, vertuscht, vergessen 2013", Knauer, München 2013, 364 Seiten, 7,99 Euro

Berechtigtes Misstrauen, gefährliche Starrköpfigkeit

Polnischer Geschichtsprofessor über »Polen zwischen Hitler und Stalin«

„Polen zwischen Hitler und Stalin. Studien zur polnischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit" ist ein Sachbuch, wie es Professoren oft vorlegen, gesammelte Aufsätze zu einem Thema, aber nur selten so attraktiv schreiben: faktenreich ohne Verzettelung, gelehrt und leserfreundlich. Autor Marek Kornat, Jahrgang 1971, Geschichtsprofessor in Warschau, verfolgt, wie Polen „nach 123 Jahren der Staatenlosigkeit" als Staat auferstand, „der zu schwach ist, um eine Großmacht zu sein, aber stark genug, um Aspirationen zu haben, die den Status eines kleinen Staates überschreiten". Konnte es seine Unabhängigkeit zwischen Sowjetrussland und Deutschland durch Anlehnung, Konzessionen oder Neutralität bewahren? Würde das „Versailler System" ihm seine multiethnische Gestalt von 1772 wiedergeben, also Weißrussen, Litauer, Ukrainer einverleiben? War sein europäischer Wert so groß, dass „Allianzen" mit Frankreich und England seine Existenz garantierten, oder war es nur Teil des osteuropäischen „Vakuums", das der Niedergang der „Teilungsmächte" (Österreich, Russland, Deutschland) hinterlassen hatte?

Zwischen den Großmächten zerrieben

Polen kollidierte stets mit der Unvereinbarkeit des Nötigen mit dem Möglichen. Nötig war die Verständigung mit Nachbarn, aber wie war die möglich, wenn Deutsche Gebietsabtretungen und Russen Unterwerfung verlangten? Dazu Territorialprobleme mit kleineren Nachbarn, die Polen den Ruf als „Quelle unerwünschter Konflikte" eintrugen.

Polens außenpolitische Leitlinien waren Souveränität, Neutralität zwischen Deutschland und Russland, europäische Kooperation („nichts über uns ohne uns") und was noch „aus seiner Geografie resultierte" und von ihm in misstrauischer Kontinuität verfolgt wurde. In London und Paris habe man das als arrogante Starrköpfigkeit empfunden, in Moskau und Berlin hätte man es als Anlass genommen, um Warschau unter Druck zu setzen. Polen habe seine missliche Lage gesehen und sie im „Intermarium" beheben wollen, einem Block mitteleuropäischer Staaten von der Ostsee bis zur Adria unter Polens Führung. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 ließ diese Pläne platzen, Polen betrieb eine „Umkehr der Allianzen" und beteiligte sich mit Ungarn an der Beraubung der „Erbmasse" der Ex-CSR, was beiden eine gemeinsame Grenze eintrug.

Zudem: Rumänien misstraute Polen, Italien wies Polens Idee einer „horizontalen Achse Warschau–Rom" zurück, Jugoslawien war längst auf prodeutschem Kurs. Wäre das für Polen auch eine Option gewesen? Kornat neigt dieser Auffassung zu. Zwar billigt er die Auffassung Polens, dass „der Zugang zum Meer die Garantie der Unabhängigkeit" sei, aber er sieht auch die potenzielle Sprengkraft, dass „Ostpreußen vom restlichen

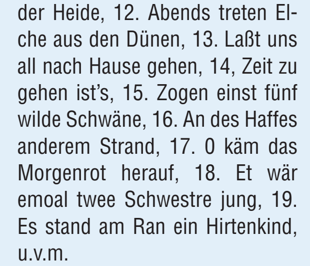
Allianzen hielten nicht, was sie versprachen

Deutschland abgetrennt wurde". Anfänglich sei Hitler bereit gewesen, Probleme mit einem „Korridore im Korridor" zu mildern, aber Polen habe alle Offerten abgelehnt. Das freute laut dem Autor nur Moskau, das seine Niederlage gegen Polen 1920 nicht vergessen hatte und nun keinen „gemeinsamen polnisch-deutschen Angriff" mehr fürchten musste. Nach dem Anschluss Österreichs und der Besetzung des Sudetenlands sah Hitler die deutsche Hegemo-nialposition in Europa greifbar nahe und einigte sich im August 1939 mit Stalin auf eine Aufteilung Osteuropas. Polens schlechte Meinung von Deutschen und Sowjets sei zwar bestätigt worden, aber das sei ein schwacher Trost gewesen. Und so sei Polen das erste Opfer des Zweiten Weltkrieges geworden, denn Frankreich und England kamen ihren Bündnisverpflichtungen Warschau gegenüber nicht nach, was Kornat als Fortsetzung früherer „Appeasement-Politik" empfindet.

Wolf Oschlies

Marek Kornat: „Polen zwischen Hitler und Stalin. Studien zur polnischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit", be.bra, Berlin 2012, geb., 303 Seiten, 19,95 Euro

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen



Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. 0 käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, u.v.m.

Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite

Best.-Nr.: 6934

€ 12,95

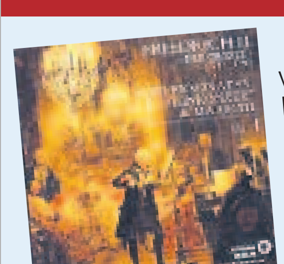


Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Musik von Friedrich II.



Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95



Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

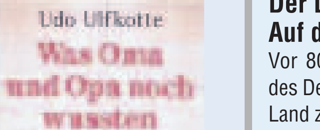
Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

Joachim Starbatty
Tatort Euro



Bürger, schützt die Demokratie, das Recht und euer Vermögen Eurokrise und kein Ende: Täglich erreichen uns Schreckensmeldungen über Schuldenhöchststände, verschleppte Staatspleiten, Rettungsschirme, Generalstreiks und soziale Brandherde. Immer verzweifelter versucht die Politik Probleme zu lösen, die es ohne den Euro gar nicht gäbe. Joachim Starbatty rechnet mit einer Idee ab, die von vorneherein zum Scheitern verurteilt war. Er warnt: Weil die Politik die Weichen falsch gestellt hat, geraten unsere demokratischen Rechte ins Wanken. Die Bürger müssen sich dagegen wehren, dass die Politik ihr Vermögen verspielt. Die Einführung des Euro war eine politische Entscheidung gegen jede ökonomische Vernunft. Er sollte den Frieden in Europa endgültig sichern und den europäischen Integrationsprozess vorantreiben. Jetzt sprengt er Europa. Gibt es Auswege aus dieser Krise? Joachim Starbatty dokumentiert, warum die Währungsunion nie ein politisches Fundament hatte, welche Folgen sie für unser Vermögen hat, wer vom Euro profitiert und warum Rettungsfonds, Vergemeinschaftung von Haftung und Notenpresse Irrwege in den Schuldensumpf sind. Sein Rettungsszenario weist einen gangbaren Weg aus der Eurokrise und eröffnet zugleich Möglichkeiten für Europas Zukunft.
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7226

€ 19,99





Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99

Der Deutsche Orden - Auf den Spuren der Ritter
Vor 800 Jahren begannen Ritter des Deutschen Ordens damit, das Land zwischen Weichsel und Memel zu erobern und Deutsche aus dem Westen dort anzusiedeln. Sie schufen das Land Preußen, das im Spätmittelalter als das modernste Gemeinwesen ganz Europas galt. Der Hauptfilm (ca. 90 Minuten) begibt sich auf die Spuren der Ostlandritter. Ihre gewaltigen Burgen, die heute in Polen stehen, werden ebenso vorgestellt wie ihre Stadtgründungen und die Methoden ihrer Landkultivierung. Über Jahrhunderte waren die Polen mit den Rittern verfeindet. Im Film wird deutlich, dass sich das Verhältnis entspannt hat. Polnische Historiker erkennen an, dass das heutige Polen dem Deutschen Orden vieles verdankt. Der zweite Film (ca. 55 Minuten) liefert ergänzende Informationen: die Geschichte des Deutschen Kreuzritterordens seit seiner Gründung im Heiligen Land, sein Wirken außerhalb Preußens, und vor allem die Tätigkeit des Deutschen Ordens heute.

Laufzeit: ca. 145 min
Best.-Nr.: 7221

€ 14,95



Asfa-Wossen Asserate
Deutsche Tugenden Von Anmut bis Weltschmerz
Gebunden, 239 Seiten
Best.-Nr.: 7222, € 17,95

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Wilhelm Hankel
Die Euro-Bombe wird entschärft
Die Euro-Krise lässt Europas Zauberlehrlinge von Brüssel, Straßburg bis Berlin ziemlich inkompetent, rat- und hilflos aussehen. Ihr Versuch, das erstrebte Vereinte Europa über eine für alle EU-Staaten gemeinsame Währung herstellen zu können, entpuppt sich jeden Tag mehr als eine fatale Illusion: als Verwechslung von Dynamik und Dynamit. Der Euro sprengt Europa, statt es zu vereinen. Jetzt gilt Goethes Stoßseufzer. »Herr die Not ist groß! Die ich rief die Geister, werde ich nun nicht los«.
Ein Gemeinschaftsstaat für 17, demnächst 28, nach Tradition, Kultur, Sprache, Mentalität, Wirtschaftsstruktur und –leistung höchst unterschiedliche Nationen kann nicht funktionieren. Weder sind Deutschland oder Österreich an der Misswirtschaft Griechenlands und der anderen Mittelmeerländer schuld, noch lässt sich vermitteln, dass Deutschland im Verein mit den noch ärmeren, aber solide wirtschaftenden Euroländern (wie Estland, Slowakei, Slowenien, Kroatien und Griechenlands nördlichen Nachbarn) dafür aufkommen und zahlen muss. Doch die bei Weitem schlimmste und explosivste aller Euro-Lügen lautet: Wir retten den Euro inflationsfrei über die Notenpresse, obwohl es sich nur um das vom Finanzsektor in den Krisenländern falsch und spekulativ investierte Kapital handelt – die Vermeidung von längst fälligen Bankpleiten und Staatsbankrotten!
Den Euro-Rettern ist es gelungen, den alten Kontinent in seine größte Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg zu stürzen. Dem Norden drohen jetzt Inflation und Währungsreformen, dem Süden das Versinken in soziale Anarchie: der Aufstand einer Jugend, die sich mit 30 Prozent und mehr Arbeitslosigkeit niemals abfinden wird.

Geb., 176 Seiten
Best.-Nr.: 7229

€ 19,99

Die schönsten Volkslieder



Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehn; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

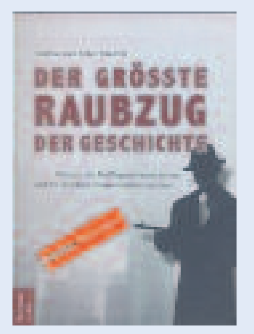


€ 14,95



Thomas Wieczorek
Abgewirtschaftet
Warum unser Land verkommt und wer daran verdient.
Kart., 350 Seiten
Best.-Nr.: 7223, € 9,99

Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945 Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Matthias Weik/Marc Friedrich
Der größte Raubzug der Geschichte
Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden
Kart., 381 Seiten
Best.- Nr.: 7224, € 19,90

Manfred Spitzer
Digitale Demenz
Digitale Medien nehmen uns geistige Arbeit ab.
Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7216, € 19,99

Wulf Wagner (Hrsg.)
Ostpreußen in 1000 Bildern
Reise in die alte Heimat
Einmalige historische Aufnahmen: eine Fundgrube auch für Postkarten-Sammler Ostpreußen – das Land zwischen Memel und Weichsel: Dunkle Wälder und fruchtbare Getreidefelder, meerumbrandete Küsten und einsame Seen, wehrhafte Burgen und vertraumte Dörfer. 1000 Bilder geben einen Eindruck vom Leben in Ostpreußen – eine ausführliche Zusammenstellung von bisher unveröffentlichten Aufnahmen der Sammlung Koschwitz.
Tauchen Sie ein in die „kleine Geschichte Ostpreußens" und lassen Sie sich auf eine Reise entführen, bei der Sie ein Land kennenlernen, das einst fest mit der deutschen Geschichte verbunden, heute mystisch entrückt scheint.



2. Auflage 2012
Geb., 400 Seiten, 21 x 27 cm, durchgehend farbige Abbildungen
Best.-Nr.: 7228
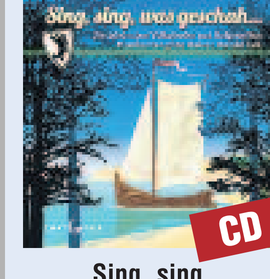
€ 16,99



Der Deutsche Osten
in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207, € 9,95

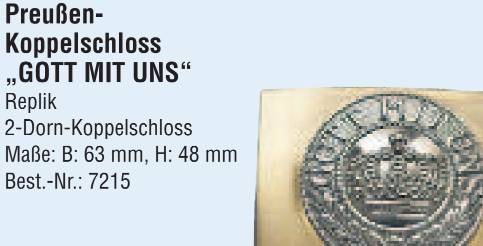


Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Preußen-Koppelschloss „GOTT MIT UNS"
Replik
2-Dorn-Koppelschloss
Maße: B: 63 mm, H: 48 mm
Best.-Nr.: 7215



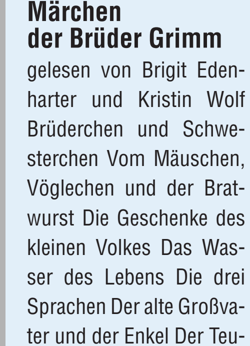


€ 19,95



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80

Märchen der Brüder Grimm
gelesen von Brigit Edenharter und Kristin Wolf Brüderchen und Schwesterchen Vom Mäuschen, Vöglechen und der Bratwurst Die Geschenke des kleinen Volkes Das Wasser des Lebens Die drei Sprachen Der alte Großvater und der Enkel Der Teufel mit den drei goldenen Haaren





Spieldauer: 72:53 Min
Best.-Nr.: 7227

€ 14,95

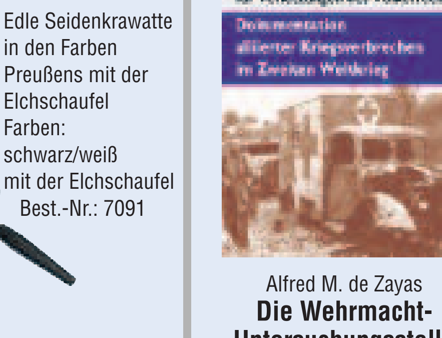
Pro Patria, Märsche und Lieder

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

€ 17,95



Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Alfred M. de Zayas
Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts
Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten,
8. erweiterte Neuauflage
Best.-Nr.: 2335, € 29,80

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 17/13
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Reichensteuer vertreibt Geld

Paris – Die vom sozialistischen Präsidenten François Hollande eingeführte 75-prozentige „Reichensteuer“ hat allein im vergangenen Oktober und November rund 70 Milliarden Euro aus Frankreich abfließen lassen. Dies ergaben die Zahlen des Euro-Clearingsystems „Target 2“. Was dem französischen Staat erhebliche Mehreinnahmen bringen sollte, führt stattdessen nun zu einer beträchtlichen Kapitalflucht, die das Land schwächt. *H.H.*

»Zeit« befolgt Islam-Regeln

Hamburg – Die Wochenzeitung „Zeit“ hat eine Abbildung des Religionsstifters Mohamed auf einem nachgedruckten Comic des französischen Satiremagazins „Charlie Hebdo“ geschwärzt. Damit möchte das Hamburger Blatt dagegen protestieren, dass Muslime „provoziert“ würden, denn im Islam sei die Abbildung des Religionsstifters verboten. Mit der Schwärzung des Mohamed will die „Zeit“ demonstrieren, dass sie die Regeln des Islam befolgt. *H.H.*

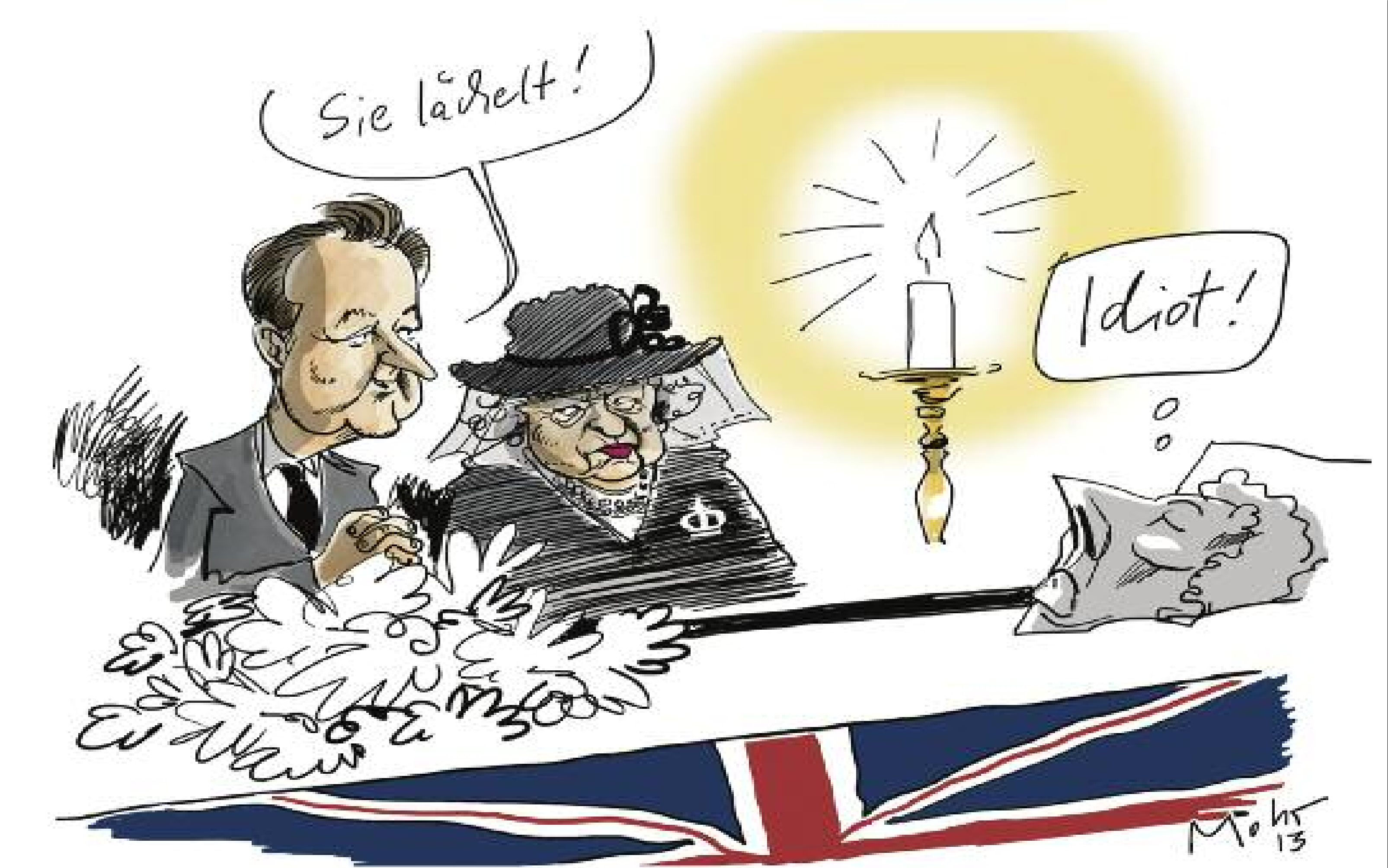
ZUR PERSON

Türöffner des Paten

Bis vor kurzem galt Deutschlands erfolgreichster Rapper **Bushido** als Musterbeispiel für gelungene Integration. Er diskutierte 2009 mit Heinz Buschkowsky (SPD), Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, über Integration, 2011 wurde ihm der Bambi-Integrationspreis verliehen, 2012 absolvierte er ein Praktikum beim Bundestagsabgeordneten Christian Freiherr von Stetten (CDU). Gerüchte über Kontakte des Künstlers zur Berliner Unterwelt tauchten immer wieder auf. Nun ist offensichtlich, dass Bushido enger mit dem berüchtigten Libanesen-Clan „Abou Chaker“ verbunden ist, als bisher angenommen. Der „Stern“ deckte auf, dass Bushido, bürgerlich Anis Mohammed Youssef Ferchichi, seinem Freund Arafat Abou Chaker Vollmacht über sein gesamtes Vermögen erteilt hat. Die beiden verbinden zahlreiche Geschäftsbeziehungen, sie gründen und verkaufen Firmen in allen Branchen, verschleiern ihre tatsächlichen Aktivitäten vor dem Finanzamt im Immobilien- und Plattenfirmenhandel. Arafat regelt die Finanzen, Bushido fungiert als Türöffner in die besten deutschen Gesellschaftskreise.



Der 34-jährige Ferchichi, Sohn einer deutschen Mutter und eines tunesischen Vaters, entwarf sich ein Image als Held eines gesellschaftlichen Milieus, das die Härte, mit der seine Mitglieder sich angeblich durch die Gesellschaft konfrontiert sehen, mit Härte beantwortet. In deutschen Kinderzimmern hatten Bushido und andere damit zum Schrecken vieler Eltern Erfolg. Mit beleidigenden, frauen- und homosexuellenfeindlichen Texten schaffte der Rapper es wiederholt auf den Index wegen jugendgefährdender Inhalte. Wie es aussieht, hat Bushido sich jetzt integriert, aber nicht in die deutsche Gesellschaft, sondern als Entertainer in der Welt der Paten, seiner neuen Familie. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Der Zweck heiligt die Bilder

Wie die Leute von »Spiegel TV« nass wurden, wie aus einem Film zwei werden, und wie die Adenauer-Stiftung die CDU bei der AfD fand / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Sind sie frei von der Versuchung der Schadenfreude? Wirklich? Dann verpassen Sie aber was. Ehrlich: Wer nach der Bushido-Bruchlandung der Berliner Polit-Schickeria nicht in diebisches Lachen ausgebrochen ist, der sollte sich mal untersuchen lassen. War er zu lange in einem Raum mit Claudia Roth und hat sich angesteckt?

Der Kerl ist der Multikulti-Totalschaden. Hingerissen von dem groben Klotz erkannte die Hautevolee des Berliner Polit- und Kulturbetriebs in dem „Skandal-Rapper“ so etwas wie den fleischgewordenen Integrations-Workshop. Und hat voller Stolz mit ihm angegeben: Der Duft ihrer bunten Republik schien aus dem anrüchigen Frauenverächter und Schwulenhasser einen richtig guten Menschen gemacht zu haben.

Pustekuchen: Der Duft ist verflogen, übrig blieb der wabernde Gestank, der aus den Katakomben der berlinisch-orientalischen Unterwelt gequollen ist und nun die erlauchten Hallen verpestet.

Und Bushido selbst? Der hat auch noch Spaß daran, den üblen Schurken zu geben und bestätigt lustvoll alle Klischees über bestimmte Immigrantengruppen, welche laut Frau Roth rassistische Vorurteile sein sollen.

Jetzt geht es vor allem darum, dass aus dem schmerzhaften Bauchklatscher die richtigen Lehren gezogen werden, und das sind wie immer: gar keine. Bushido ist nämlich als „Einzelfall“ zu betrachten, der über etwaige „kulturelle Sonderentwicklungen“ (oder wie man das nennt) in gewissen ethnischen Gruppen nicht das Geringste aussagt.

Sein Umfeld, diese Familie Abou Chaker, also die hat es ganz schön in sich. Ein Team von „Spiegel TV“ hatte sich aufgemacht, um einige besonders prachtvolle, schwere Jungs aus dem libanesischen Clan bei Gericht zu filmen. Mit offizieller Genehmigung, doch das scherte die Mitbürger einen feuchten Kehricht. Sie bepöbelten die „Spiegel“-Leute erst aufs Übelste, dann füllte einer in aller Seelenruhe einen Mülleimer mit Wasser in der erkennbaren Absicht, dem TV-Team eine Ganzkörper-Erfrischung zukommen zu lassen. Pikant: Das Ganze spielte sich vor den Augen von mehreren Sicherheitsleuten des Gerichts ab, die wie angewurzelt dastanden und gar nichts unternahmen, nicht einmal, als die Wasserattacke sichtbar bevorstand. Als der Libanese das Wasser in Richtung Journalisten und Kameraleute schüttete, guckten die Sicherheitsbeamten weg.

Die „Spiegel“-Filmer waren sichtlich enttäuscht, dass ihnen keinerlei Schutz gewährt wurde, ja richtig empört sogar. Und mindestens ebenso enttäuscht dürften sie gewesen sein, dass ihnen so eine zweite spannende Story entgangen war. Denn wären die Sicherheitsleute beherzt gegen die Libanesen vorgegangen, um die „Spiegel“-Leute zu schützen, hätten die doch gleich noch eine Geschichte produzieren können: „Rassistischer Zwischenfall an einem deutschen Gericht: Sicherheitsleute gehen brutal auf Migrantenfamilie los. Beobachter fühlten sich an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte erinnert!“ Claudia Roth hätte zu so einem „unerträglichen Skandal“ sicher einiges zu sagen gehabt.

> Was bei der ARD die Stadt Homs zeigen sollte, war beim ZDF plötzlich Kabul – merkwürdig

Dummerweise scheinen die Gerichtswächter den Braten gerochen zu haben und hielten sich zurück. Möglicherweise dachte sich der eine oder andere unter ihnen gar insgeheim: „So, ihr linken Journalistenschätzchen, jetzt erntet mal, was ihr gesät habt. Viel Vergnügen bei der Dusche!“

Technisch wäre es den TV-Profis ein Leichtes gewesen, aus dem einen Film zwei zu machen mit völlig unterschiedlicher Botschaft. Dass bei einer gut gemachten Fernsehreportage Bilder und Botschaft gänzlich verschieden sein können, haben vergangene Woche ARD und ZDF bewiesen. Um die Grausamkeit des Assad-Regimes zu demonstrieren, zeigte uns die „Tagesschau“ einen Film, der laut Sprecherstimme das Bombardement der Stadt Homs durch syrische Regierungstruppen zeige: Staub, Krach, Granatexplosion.

Kurze Zeit später, ebenfalls am Montag, den 15. April, zeigte das „Heute-Journal“ genau denselben Film. Nur dass es sich nun auf einmal um den Beschuss von Kabul durch die Taliban handeln sollte.

Ziemlich dreiste Täuschung, wie? Aber was soll damit bezweckt werden? Kann man nur mutmaßen. Immerhin hat der Bundestag gerade beschlossen, den syrischen „Rebellen“ noch ein paar Millionen Euro mehr zuzuschieben, selbstverständlich nur für „humanitäre Zwecke“. Dafür sind grausige Bilder „aus dem belagerten Homs“ sehr hilfreich. Denn da können die deutschen Steuerzahler ja „mit eigenen Augen“ sehen, was Assads Schergen anrichten.

Etwa zur gleichen Zeit kam aus Berlin der Beschluss, dass rund 600 bis 800 deutsche Soldaten auch nach dem offiziellen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan 2014 im Land bleiben sollen, als „Berater“. Um das zu rechtfertigen, kommen Fernsehbilder, auf denen die Deutschen „mit eigenen Augen“ sehen können, wie zerbrechlich die Lage am Hindukusch noch immer ist, nicht ungelegen.

So taten ARD und ZDF nur ihre Pflicht als Regierungssender. Und wir Zuschauer wissen, dass die Gelder aus der „Demokratieabgabe“ für die öffentlich-rechtlichen Stationen bestens angelegt sind – in unbestechlichen Journalismus, der uns ein unverfälschtes Bild der Wirklichkeit in aller Welt vermittelt.

Wenn es heißt, „die Medien sollen die Menschen für Politik begeistern“, bedeutet das ja nicht, für irgendeine Politik. Es gibt ja auch eine falsche Politik, deren Anhängerschaft sich bedrohlich ausbreitet im Land. Zehntausend Mitglieder soll die „Alternative für Deutschland“ (AfD) schon haben. Die jüngste Umfrage des Meinungsforschungs-Instituts „Insa“ sieht die neue Partei sogar erstmals bei fünf Prozent.

Da wurde es Zeit, diesen merkwürdigen Figuren genauer auf den Zahn zu fühlen. Wer wäre dafür geeigneter als die Experten der CDU-nahen „Konrad-Adenauer-Stiftung“ (KAS)?

Und die KAS-Fachleute haben in der Tat Bedenkliches ans Licht gebracht. Die AfD, so heißt es in ihrem Bericht, sei keine Basisbewegung, sondern eine „Partei von oben“. Über allem schwebe der Parteivorsitzende Bernd Lucke, dessen Wort auf dem Parteitag „Gesetz“ gewesen sei. Echte inhaltliche Auseinandersetzungen „scheinen unerwünscht“, die Mitglieder seien „ausgesprochen folgsam, fast obrigkeitshörig“, geben die KAS-Beobachter besorgt zu Protokoll. Insgesamt kämen „Auftreten, Programm und Kommunikation eher einer Marketing-Kampagne als einer politischen Bewegung gleich“.

„Partei von oben“? „Folgsame Mitglieder“? Wort des Chefs ist „Gesetz“? „Eher Marketing-Kampagne als politische Bewegung“? Wo sind die KAS-Leute gewesen? Kann es sein, dass sie ihre Beobachtungen vom letzten „Äindschie! Äinschie!“-Parteitag der CDU einfach aufgewärmt und auf AfD umgetopft haben?

Ganz zu schweigen von den „inhaltlichen Auseinandersetzungen“ in den etablierten Parteien. Stecken ihnen die engagierten Debatten auch noch in den Knochen, die in CDU-Orts-, Kreis- und Landesverbänden ebenso wie in der Bundespartei geführt wurden darüber, wie sich die Union nach dem Unfall von Fukushima zur Kernkraft stellen solle? Nein?

Das hat einen Grund: Diese Debatten hat es nie gegeben. Nach Fukushima hat die CDU-Chefin höchstens ihre Marketing-Berater zu Rate gezogen, die ihr offenbar mitgeteilt haben: Kernkraft kommt jetzt, aus Marketing-Sicht, nicht mehr so gut an. Also weg mit den Meilern. Gesagt, getan. Die, im Unterschied zu den „obrigkeitshörigen“ AfDlern, scheinbar chronisch aufmüpfige CDU-Basis machte den rabiaten Schwenk gehorsam mit.

Man sollte die Experten der KAS tatsächlich mal die CDU untersuchen lassen. Das Resultat sollten sie aber lieber geheim halten. Oder eben einfach „AfD“ einsetzen, wo in der Urfassung „CDU“ stand – wenn sie das nicht ohnehin schon getan haben.

MEINUNGEN

*Bundesfinanzminister **Wolfgang Schäuble** bestätigt gegenüber der „Wirtschaftswoche“ (22. April), dass **Sparguthaben** nach dem **Modell Zypern** auch in Deutschland bei Bankenpleiten **herangezogen** werden:*

„Die Beteiligung von Eigentümern, nachrangigen Anleihegläubigern und dann ungesicherten Anlegern muss der Normalfall sein, wenn ein Finanzinstitut in eine Schieflage gerät.“

***Ulf Poschardt** sieht in der Aufregung über die Mafia-Verstrickung des „Skandal-Rappers“ **Bushido** nur die „Heile-Welt-Gelüste“ unserer Zeit **entlarvt**, wie er in der „Welt“ (20. April) schreibt:*

„Bushido ist der Albtraum für Politiker wie Claudia Roth, die glauben, Integration sei ein endloser Karneval der Kulturen. Diese Trugbilder räumt Bushido ab und macht sich im selben Atemzug lustig über die Spießer aus den bürgerlichen Parteien ... Als wandelnde Provokation für die Lebenslügen der deutschen Gesellschaft erfüllt Bushido, systemtheoretisch betrachtet, jede Menge wichtige Aufgaben.“

*Für den FDP-Euro-Kritiker **Frank Schäffler** ist die neue Partei **AfD** nur Ausdruck einer Krise, deren Höhepunkt noch **bevorsteht**, wie er gegenüber „Focus online“ (17. April) erklärt:*

„Ich bin überzeugt, wir stehen erst am Anfang der Finanzkrise und werden noch ganz andere Entwicklungen erleben als die bislang gekannten. Deshalb werden wir auch andere Entwicklungen des Parteiensystems erleben, wenn die etablierten Parteien auf die Sorgen der Menschen keine Rücksicht nehmen.“

***Daniel Stelter** von der Unternehmensberatung „Boston Consulting Group“, die Banken und Regierungen berät, sagt im Deutschlandradio (20. April) voraus, dass **Privatvermögen massenhaft belastet** werden dürften, um die Schulden der Staaten und Banken zurückzuzahlen:*

„Dann muss irgendjemand dafür bezahlen und dann ist es in der Tat so, dass es naheliegend ist, diejenigen, die Vermögenswerte besitzen, die letztlich auch faktisch der Illusion unterliegen, dass die (Schulden) noch völlig zurückgezahlt werden, entsprechend an diesen Kosten zu beteiligen und auf diese Art und Weise die Party aufzuräumen, die Hinterlassenschaft der letzten 30 Jahre.“

***Bettina Röhl** geißelt in „Wirtschaftswoche online“ die aggressiven Versuche, die **„Alternative für Deutschland“** in die **rechtsradikale** Ecke zu drücken. Der „Euro-Mainstream“ wolle sich bloß das eigene Scheitern nicht eingestehen. Doch eine Alternative zur Einheitswährung dürfe kein Tabu sein:*

„Es ist schon etwas traurig, dass die Euro-Nomenklatura sich von einer AfD derart bedroht fühlt, dass inzwischen unter dem Stichwort der Wiedereinführung der unschuldigsten deutschen Mark Wolken aus brauner Vergangenheit herbei gerufen werden könnten. Wer argumentativ derart ins Niveaulose sinkt, ist auch dann, wenn diese Niveaulosigkeit nur zwischen den Zeilen transportiert wird, disqualifiziert.“